

gewonnen werden, überlegt man, wie durch die Meliorationen auch in Steiermark viel nutzbarer Boden geschaffen werden könnte. Weiters wurden ausgegeben für den Landeshochbau 51'74 Millionen Schilling, das sind 9'2<sup>0</sup>/<sub>10</sub>, im Bundeshochbau 81 Millionen Schilling oder 14'3<sup>0</sup>/<sub>10</sub>, Wohnhauswiederaufbau 94'7 Millionen Schilling oder 16'7<sup>0</sup>/<sub>10</sub>, in Summe 566'13 Millionen Schilling, die über das Landesbauamt zur Verarbeitung gelangten, also ein Mehr gegenüber dem Vorjahre. Im Vorjahre waren es 468 Millionen Schilling, also fast um 100 Millionen Schilling, fast um ein Fünftel mehr als im Vorjahre.

Es mußten all diese Arbeiten absolviert oder erledigt werden mit einem Angestelltenstand, der kaum höher war, er stieg von 676 Bediensteten auf 683. Der Stand der Diplomingenieure sank von 164 auf 160. Mit Ende des Jahres haben wir weitere 7 Diplomingenieure verloren, es hat sich also der Stand der Diplomingenieure von 164 im Jahre 1958 auf 153 verringert und damit ist dieses Arbeitsvolumen mit seiner großen Verantwortung zu bewältigen. Wir haben feststellen müssen, sie sind alle überarbeitet, das geht eindeutig schon daraus hervor, daß wir im letzten Jahre bemerken mußten, daß unsere Amtsleiter an schweren Erkrankungen litten und wir Arbeitskräfte auf diese Weise verloren haben. Ich möchte das Hohe Haus bitten, daß wir Sorge tragen und einen neuen Weg suchen müssen, um wieder junge Arbeitskräfte zu gewinnen. Wir haben vor 3 oder 4 Jahren schon einmal einen Weg beschritten, durch eine Bauleiterzulage jüngere Herren, die im Außendienst stehen, für diesen Dienst zu interessieren und über diese Klippe hinwegzukommen, da sie sonst, weil in die niedrigste Stufe gereiht, nicht zu uns kommen. Aber nicht nur zu uns, sondern auch in den Bundesdienst kommt kein junger Ingenieur, weil er diesen Verdienst nicht zur Kenntnis nimmt, weil die jungen Ingenieure ja genug andere Möglichkeit haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere jungen Studenten fast durchwegs mit einem Anstellungsschreiben in der Tasche zur Staatsprüfung gehen. Dadurch ist der öffentliche Dienst natürlich arg benachteiligt. Wir müssen aber Mittel und Wege suchen, um das zu ändern. Wir konnten zwar bisher noch keinen Weg finden, aber wir werden Wege finden müssen, damit wir der Not an wirklichen Fachkräften steuern können, weil wir sonst Gefahr laufen, daß wir trotz erhöhter Mittel die Arbeiten nicht so vollenden können, wie es notwendig wäre.

Es geziemt nun aber am Schluß dem Referenten, nach dieser summarischen Darstellung allen, die irgendwie an diesem Baugeschehen des Landes mitgewirkt haben, den Dank zu sagen. Dem Hohen Haus, dem Finanzreferenten selbstverständlich, weil wir denen danken müssen, die die Mittel freigeben, soweit es sich nicht um Bundesmittel handelt. Ferner ist zu danken allen im Bauamt Beschäftigten, vom Straßenwärter bis zum Baudirektor hinauf, allen möchte ich den Dank sagen, der ihnen gebührt. Ich glaube, Sie haben aus den wenigen Ziffern, die ich nennen konnte, ein eindrucksvolles Bild bekommen, welch gewaltiges Arbeitspensum hier vollbracht wurde und ich spreche daher gewiß auch in Ihrem Namen, wenn ich allen Mitarbei-

tern den herzlichen Dank für ihre Leistungen ausspreche. (Andauernder, sehr lebhafter Beifall.)

Landesrat **Prirsch**: Hohes Haus! Als Nachwort zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl. Ing. Udier möchte ich sagen, mein Wunsch ist es, daß die Straßen in der Oststeiermark, vor allem im Bezirk Fürstenfeld, in das erste Fünfjahresprogramm aufgenommen werden. (Heiterkeit.) Nachdem sie aber besonders erwähnt wurden, wird es schon so sein. (Abg. B a m m e r : „Ich bin überzeugt davon!“) Hinsichtlich der Flußbauten möchte ich sagen, daß man bei der Lafnitz und Ritschein in einem den finanziellen Mitteln entsprechenden Tempo fortfahren möge. Man soll hier nicht nachlassen, diese Flüsse zu verbauen. Vielleicht darf ich auch sagen, daß auf dem Gebiet der Wildbachverbauung in den letzten Jahren manches geschehen ist. Ja, man kann sagen vieles, und ich hoffe, daß durch die Katastrophen des vorigen und des heurigen Jahres sich auch die Wildbachverbauung in der Steiermark weitgehend durchsetzen wird bzw. daß der Nachholbedarf aufgeholt wird.

Meine Damen und Herren, der Herr Präsident Dr. Stephan hat hinsichtlich der Bauvergebung bei der Landwirtschaftsschule Hatzendorf Bedenken erhoben. Er hat uns mitgeteilt, daß bei diesem Umbau und bei der Aufstockung der Schule nicht der Bestbieter zum Zuge gekommen ist. Es war so, daß dieses Bauvorhaben öffentlich ausgeschrieben wurde. Beworben haben sich 5 Baufirmen, und zwar mit Ansätzen von 464.000 S bis 598.000 S. Die Firma, die die Bestbieterin war, ist, was Herr Präsident Dr. Stephan ganz richtig gesagt hat, bei verschiedenen kleinen Bauvorhaben an dieser Schule mit Aufträgen beteiligt worden. Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Ruf von Firmen hier im Hohen Haus irgendwie zu schädigen, aber ich möchte nur sagen, in diesem konkreten Fall, wenn wir den Bestbieter bei diesem Um- und Aufbau nicht in Betracht gezogen haben, so vor allem deshalb, weil wir Wert darauf legen mußten, daß dieser Um- und Aufbau in der schulfreien Zeit, also in einer sehr gedrängten Bauzeit erledigt wird. Wir haben auf Grund von Erfahrungen mit der Bestbieterin feststellen können, daß es schon bei diesen kleineren Arbeiten gewisse Termenschwierigkeiten gegeben hat. Abgesehen von diesem konkreten Fall ist es leider Gepflogenheit vieler Baufirmen, öffentliche Aufträge erst dann zu vollziehen und fertigzustellen, wenn sonst kein wesentlicher Auftrag mehr vorhanden ist. Wir konnten uns in diesem konkreten Fall aber nicht der Gefahr aussetzen, eine Firma heranzuziehen, die uns nicht die Gewähr bietet, daß diese Aufstockung auch wirklich in der schulfreien Zeit erledigt wird. Hinsichtlich der Preisdifferenz ist zu erwarten, daß auch die beauftragte Firma auf völlig normalem Wege sich wird Abstriche gefallen lassen müssen, weil in diesem Offert ein Winterzuschlag vorgesehen ist, der getrennt ausgeworfen wurde und hier nicht zum Tragen kommen wird, weil der Bau ja im Sommer vollzogen werden muß.

Hohes Haus, es hat mich außerordentlich gefreut, daß sich mehrere Herren Abgeordnete mit dem Wohnungsproblem im allgemeinen und mit der

Wohnbauförderung des Landes ausführlich beschäftigt haben. Ich begrüße es immer wieder, wenn wir sehen, daß sich die verschiedensten Stellen mit dieser wirklichen Geißel unserer heutigen Gesellschaft, mit der Wohnungsnot, beschäftigen. Ich werde nicht in der Lage sein und ich glaube auch sonst niemand im Hohen Hause ist in der Lage, hier konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie man aus diesem durch 40 Jahre gewordenen und gewachsenen Zustand ohne erhebliche Schwierigkeiten herauskommt. Trotzdem bin ich der Auffassung, wenn man sich vor Jahren, vielleicht vor 4 bis 5 Jahren, schon zu einer schrittweisen Lösung dieser Probleme auf der Wiener Ebene bekannt hätte, daß wir heute dann schon über die größten Schwierigkeiten, die es naturgemäß bei jeder Lösung dieser Frage gegeben hätte, hinaus wären. Ich glaube, von allen Seiten und Orten sieht man ein, daß man auf dem Weg der sozialen Wohnbauförderung allein der Wohnungsnot nicht Herr werden wird. Ich glaube deshalb, daß man sich doch in absehbarer Zeit, und nach meiner Auffassung je früher desto besser, zu einer schrittweisen Lösung dieses Problems auch auf anderen Ebenen wird entscheiden müssen. Ich kann es nicht überprüfen, aber es wird behauptet, daß in Wien 30.000 Wohnungen praktisch leer stehen, nicht zuletzt deshalb, weil für die Vermietung der Wohnungen teilweise kein Anreiz vorhanden ist, keine Notwendigkeit oder — auch diese Seite dürfen wir nicht übersehen — weil sich viele Hausbesitzer fürchten, wenn sie jemand hereinnehmen, bringen sie ihn nicht mehr hinaus. (Abg. Sebastian: „Das heißt, Sie wollen keinen Kündigungsschutz und Tausende Schilling Ablöse!“) Ich möchte Sie bitten, unterschieben Sie mir nichts in guter oder böser Absicht! Ich meine nur, daß man hier eine Lösung — selbstverständlich bei den gegebenen Verhältnissen brauchen Sie sich nicht zu fürchten — eine vernünftige Lösung wird suchen müssen. Je früher, desto besser für jene tausende und zehntausende von Menschen und Familien, die eben keine Wohnung haben. Ich weiß nicht, man kann es so oder so beurteilen. Es gibt auch hier in der Steiermark vielleicht Wohnungen, die für kinderreiche Familien groß genug wären, aber von den einzelnen Inhabern mit allen Kräften und auf Grund des Gesetzes behalten werden. Ich weiß, daß sich der Mieterschutz sicherlich auch wohltuend ausgewirkt und auch heute noch auf weiten Strecken seine Berechtigung hat, auch das muß offen gesagt werden. Auf der anderen Seite müßte ebenso wieder offensichtlich und rechtschaffen auf die Lösung einer so wichtigen Frage, wie es die Wohnraumfrage ist, hingearbeitet werden; es müßte getrachtet werden, einen Weg zu suchen, der den dringend notwendigen Schutz in breitester Form, soweit er irgendwie gerechtfertigt ist, gewährleistet. Man müßte die Möglichkeit schaffen, die Wohnungen für die Wohnungssuchenden in geeigneter Form und Weise in Anspruch zu nehmen. (Abg. Sebastian: „Ohne eine Ablöse von 60.000 oder 70.000 Schilling?“) Sie haben noch nie von uns gehört, daß jemand von uns für die Ablösen eingetreten ist. Die Ablösen werden durch eine entsprechend gerechte Mietzinsbildung in den allermeisten Fällen zu unterbinden sein.

Jedenfalls hat sich das Land bemüht, das in seinen Kräften mögliche für die Wohnraumbeschaffung, für die Erstellung von Wohnungen zu tun. Wir haben hier im Vorjahre eine große Debatte abgeführt, ob wir für die Landeswohnbauförderung eine andere Finanzierung finden sollen. Es hat sich, ich will das nicht im negativen Sinne aufzeigen, die Finanzabteilung dagegen ausgesprochen. Es ist doch gelungen, im Laufe dieses Jahres 4 Millionen Schilling zusätzlich für die Landeswohnbauförderung zu erreichen. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie wir diese Einzelsiedler in absehbarer Zeit zum Bauen bringen können. Derzeit liegen über 1800 Ansuchen auf. Ich darf dem Hohen Landtag ganz kurz sagen, daß dies Einzelsiedler sind, die von der sozialen Wohnbauförderung relativ am wenigsten kriegen und größte Eigenleistungen erbringen. Unter diesen Einzelsiedlern sind auch im heurigen Jahr wieder mehr als 75% sogenannte unselbständige Bauwerber. Um diesen 1800 Bauwerbern in absehbarer Zeit eine Hilfe angedeihen zu lassen, habe ich die Absicht, der Landesregierung in einer der nächsten Sitzungen vorzuschlagen, daß wir 2 Millionen Schilling aus dem Landeswohnbauförderungsfonds, der immerhin jährliche Rückflüsse von über 10 Millionen Schilling hat, für Zinszuschüsse verwenden. Wir haben mit den steirischen Sparkassen in den letzten Wochen Verhandlungen aufgenommen. Die steirischen Sparkassen und auch andere Geldinstitute gewähren diesen Einzelsiedlern und Bauwerbern Kredite bis zu 50.000 S. Das ist die Höhe, die in der Regel die Landesregierung bisher gegeben hat, zu denselben Zinssätzen von 7 oder 7½%. Wir haben angestrebt, einen generellen Zinsfuß von 7% zu erreichen. Das würde bedeuten, wenn das Land 4% auf 10 bis 20 Jahre Zinszuschüsse gewährt, daß für den Einzelwerber sich das Darlehen auf 3%, so wie es beim Landes-Wohn- und Siedlungsfonds bis jetzt üblich war, stellt. Ich bedauere außerordentlich, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, die Geldinstitute auf diesen Zinssatz von 7% zu bringen. (Abg. Edlinger: „Die Raiffeisenkassen.“) Die Raiffeisenkassen dürfen nur höchstens einen Zehnjahreskredit geben. Ansonst hätte ich schon darauf gedrungen, daß man auch diese Institute einschließt. (Zwischenruf: „Statuten ändern!“) Das hat mit einer Statutenänderung leider nichts zu tun. Ich verstehe, daß die einzelnen Geldinstitute, die ja lokal verschiedene Zinssätze haben, hier schwer auf einen Nenner zu bringen sind. Das eine steht fest, daß das Geld, das bei einem Geldinstitut aufgenommen wird, dem Bewerber nicht höher kommen soll, als wenn er es vom Land bekäme. Wir haben den Geldinstituten auch hinsichtlich der Sicherheit gesagt, daß sie auf den ersten Satz gehen können, obwohl das gewisse Schwierigkeiten bringt. Denn bei einem Darlehen von z. B. 50.000 S, das das Land bewilligt, werden viele Bauwerber gezwungen, sich noch zusätzliche Kredite von Bausparkassen zu beschaffen und in diesem Fall hat die Bausparkasse ihren Statuten gemäß dann den ersten Platz inne. Ich möchte, Hohes Haus, einer Landeshaftung aus dem Wege gehen und es wird noch einiger Überlegungen in der Landesregierung bedürfen, wie wir hier die Möglichkeit schaffen, um auch solchen Siedlern

helfen zu können. Wenn uns diese Aktion gelingt, dann werden wir in der Lage sein, die bis jetzt vorliegenden Ansuchen, soweit sie sitzungsreif sind, alle im Laufe des nächsten Jahres einer aufrechten Erledigung zuzuführen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, noch sagen zu dürfen, es ist ein Vorgriff, und wir werden diese 2 Millionen 10 bis 15 Jahre lang immer wieder aus den Rückflüssen decken müssen, aber das ist zu verantworten, und ich bin überzeugt, daß wir diesen sozialen Wohnungsbau, der begreiflicherweise die größte Eigenleistung bringt, nicht am längsten warten lassen wollen.

Hohes Haus, bei der Bundes-Wohnbauförderung 1954 waren wir bestrebt, für Wien und Graz einen gemeinsamen Weg, eine gemeinsame Linie zu finden. Wir hätten es in Graz ganz gerne und ich glaube, dieser Wunsch ist bei allen Fraktionen vorhanden, wenn die Mittel, die aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds aus dem Sozialministerium dem Land Steiermark zufließen, so verteilt werden würden, daß wir für die Steiermark dabei mitreden könnten. Wir haben da bisher keine guten Erfahrungen gemacht und ich möchte nicht auf das Interne kommen, aber vor einigen Jahren hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig einen gewissen Plan dem Sozialministerium vorgeschlagen. Wir sind aber damit in Wien nicht durchgekommen. Wir werden es jetzt aber auf anderer Ebene versuchen und ich hoffe, daß es uns gelingt. Ich muß offen sagen, das steirische Programm und das Programm für Wien müßte möglichst gleichzeitig durchgezogen werden. Es geht nicht an, daß rund 9 Millionen Schilling wie im Vorjahr, richtiger gesagt 6 Millionen Schilling, erst in der letzten Herbstsitzung in Wien für die Steiermark verteilt werden und 3 Millionen überhaupt noch ausständig sind. Wenn ich rechne, so sind das immerhin gegen 100 Wohnungen, und wer weiß, wie schwer die Bewerber auf ihre Genossenschafts- oder Gemeindewohnungen warten, wird verstehen, daß wir den größten Wert darauf legen müssen, daß die Mittel, auch die Wiener Mittel, möglichst frühzeitig den einzelnen Bewerbern, ob nun Gemeinde oder Genossenschaft, zur Verfügung stehen. Wir haben insgesamt 2200 Wohnungen im Jahr 1959 gefördert, und zwar alle Förderungen zusammengekommen. Bei der Wohnbauförderung 1954 ist nach wie vor ein großer Überhang. Die Landesregierung und auch der Beirat, der ja bei allen Maßnahmen gehört wird, haben sich bis jetzt nicht entschließen können, eine Sperre auszusprechen. Das habe ich immer wieder bedauert wegen der einzelnen Darlehenswerber. Wenn es uns gelingt, diese im nächsten Jahr fertigzustellen, dann kommt es erst zu den großen Vorhaben, bei denen es mehr Kanzlei- und Büro kämpfe gibt, denn die großen Bauvorhaben tragen die Genossenschaften und die wissen es ja und kennen die Situation, daß sie zum Teil jahrelang werden warten müssen, bis sie dran kommen.

Hohes Haus, ich möchte noch ein Problem besprechen, das auch von vielen Debattenrednern meiner Auffassung nach mit Recht vorgetragen wurde. Es ist gesagt worden, daß in Deutschland beim sozialen Wohnungsbau auch für große Bauten

Beiträge und Mittel, also Steuergelder nur gegeben werden, wenn die Bezieher dieser Wohnungen eine gewisse Einkommensgrenze nicht überschreiten. Wir haben z. B. einen Beschluß gefaßt, daß bei Großbauten, also Gemeinde- oder Genossenschaftsbauten, wenn eine Förderung bis 150.000 S pro Wohnungseinheit erfließt, 50% der Bezieher dieser Wohnungen mindestens 2 Kinder haben müssen. Was stellt sich aber dabei heraus? Es stellt sich heraus, daß viele dieser Bewerber zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung wirklich noch 2 Kinder im Haushalt aufweisen, zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Wohnung sind diese Kinder unterdessen beträchtlich älter geworden und haben sich bereits selbständig gemacht. Nun stellen Sie sich vor, daß man dann mit einem scharfen Schwert hineingreift und dem Bewerber sagen soll, dein seinerzeitiger Bauvertrag mit der Genossenschaft oder Gemeinde gilt nun nicht mehr. Ich kenne so einen Mann, er hat vier Kinder gehabt. Davon sind jetzt 2 schon selbständig und haben Familien gegründet, einer ist in der Bulme, einer in Wien. Ich habe dem Wohnungswerber gesagt, er müsse jetzt 30.000 S nachzahlen. Der ist fast umgefallen. Ich glaube daher, daß wir auf diesem Weg zu keiner Lösung kommen. Deshalb wäre es mein Wunsch, daß wir uns an und für sich dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds hinsichtlich der Förderungssätze noch weiter angleichen. Wir sind etwas höher. Wir werden trachten, daß das Gefälle zwischen Wien und Graz verschwindet. Jetzt sucht alles in Graz an, weil wir in den letzten Jahren vor allem aus sozialen Rücksichten in unserer Förderung großzügiger waren. Wir haben Zustände, daß beispielsweise in Wien nur Großgemeinden ansuchen, weil diese die Mittel haben, aus Eigenem die fehlenden, beträchtlichen Baukostenzuschüsse aufzubringen. Es ist das Bestreben, die Wohnbauförderungsansätze gleichzuziehen. Nun kann man sagen, das ist unsozial, was ist dann mit den Kinderreichen? Ich glaube, daß man aber dann, wenn diese Wohnungen wirklich bezogen sind und ein Notstand vorliegt, für die einzelnen Mieter oder Wohnungseigentümer zusätzlich eine Förderung gewähren könnte. Man kann in Österreich keine einheitliche Grenze festlegen. Man will allen, ob er nun Hilfsarbeiter oder Bankdirektor ist, die Möglichkeit geben, am sozialen Wohnungsbau teilzunehmen. Wir wollen zuerst nicht zu stark fördern, sondern erst dann, wenn wir wissen, wer letzten Endes die Wohnung bezieht, nachträgliche Mittel geben. Ich halte es für zweckmäßig, in berücksichtigungswürdigen Fällen bis zu einer Förderung von 150.000 S wieder zu gehen, wie es bisher üblich war. Ich möchte Sie heute infolge der vorgeschrittenen Zeit mit Zinsen usw. nicht belästigen. Ich möchte Ihnen nur versichern, daß es uns eine wahre Herzensangelegenheit ist, dieser Wohnraumnot Herr zu werden. (Allgemein sehr starker Beifall.)

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 6 des Landesvoranschlages ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Gruppe 6 des Landesvoranschlages ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtung  
und Wirtschaftsförderung.“

Berichterstatter ist Abg. Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hoher Landtag! Die Gruppe 7 beinhaltet das Feuerwehrwesen, die allgemeine Förderung der Land- und Forstwirtschaft, die Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, allgemeine Verkehrsförderung und Fremdenverkehrsförderung. Sie weist Ausgaben von 86,042.500 S auf. Zusätzlich ist im Zuge der Verhandlungen im Finanzausschuß eine Mehrausgabe von 701.000 S entstanden. Die Einnahmen belaufen sich auf 5,625.800 S.

Der Finanzausschuß hat sich auch mit Gruppe 7 eingehend befaßt und die im Voranschlag festgelegten Ansätze einstimmig genehmigt. Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, diesen Beschlüssen des Finanzausschusses ihre Zustimmung zu geben.

1. Präsident Wallner: Hoher Landtag! Wenn ich mich heute mit der Gruppe 7 kurz beschäftige, so will ich nicht auf die einzelnen Details der Förderung eingehen, sondern vorerst mich mit einigen grundsätzlichen Fragen beschäftigen: Ist überhaupt die Förderung der Landwirtschaft im Zeichen einer vollen Nahrungsfreiheit noch notwendig? Ich stelle diese Frage, deshalb, weil man oft feststellen kann, daß viele die Meinung haben, die Landwirtschaft müßte solange gefördert werden, als eben Nahrungsmittelmangel im Inlande herrscht und darüber hinaus hätte man zur Förderung keine Verpflichtung mehr.

Im vorigen Jahr, anlässlich einer Auseinandersetzung in Wien, als wir uns mit der großen Schwierigkeit wegen des Absatzes in der Molkereiwirtschaft beschäftigten, hat ein führender Sekretär der Wiener Arbeiterkammer erklärt, diese starke Produktion sei eine Folge des zu hoch angesetzten Milchpreises und man müsse auf jenes Niveau zurückgehen, das dann die Produktion auf die Erfordernisse des Inlandsmarktes zurückführt. Diese Einstellung richtet viel Schaden an. Wenn sich die österreichische Landwirtschaft vorbereiten soll, eines Tages in einer Großraumwirtschaft voll konkurrenzfähig sein, müssen für die Entwicklung der Landwirtschaft alle jene Voraussetzungen gelten, wie sie für die Entwicklung der übrigen Wirtschaft in Anspruch genommen werden. Sollen wir aber die Produktivität der Landwirtschaft steigern, dann kommt es zwangsläufig zu einer Steigerung der Produktion und zu Schwierigkeiten im Absatz. Hier werden dann nicht jene Maßstäbe angelegt werden, wie sie heute überall für die Wirtschaft gelten. Es ist eine Diffamierung der Landwirtschaft, wenn wir den Überschuß an unserer Viehproduktion zum Export bringen sollen und dann bei jedem Waggon am Bahnhof ein Vertreter der Arbeiterkammer steht und aufpaßt, ob ja nicht statt einer Kuh ein Stier oder statt eines Stieres ein Ochse verladen wird. Was würde die Industrie sagen, wenn die Vertreter der Landwirtschaft mit der For-

derung auftreten würden, beim Export von Industrieprodukten gleichfalls mitbestimmen zu wollen?! Die Landwirtschaft wird einerseits unter die gleiche Konkurrenz, welche die heutige Konjunktur ausübt, in Bezug auf die Wirtschaftslage, Lohnpolitik, auf die Arbeitsfestlegung und auf die Beschäftigungslage gestellt, andererseits aber in eine Ausnahmestellung gedrängt, dahingehend, daß sie Lebensmittel erzeugt, die viel wichtiger für den Menschen sind. Und deshalb könne die Landwirtschaft in der Preisbildung und in der Preispolitik nicht den gleichen Rang haben, wie er der übrigen Wirtschaft zugebilligt wird! Dabei hat die Landwirtschaft in ihrer Produktion ganz andere Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sind an den Ablauf der 4 Jahreszeiten gebunden und auch im Ertrag unserer Arbeit den Einflüssen der Witterung ausgesetzt. Das ist eine der großen Ursachen, daß die Landwirtschaft auf der einen Seite alle Belastungen auf sich nehmen muß, die die heutige Wirtschaft in der modernen Entwicklung der Sozialgesetzgebung zu tragen hat, andererseits werden der Landwirtschaft aber nicht jene Rechte zugebilligt, die sie für sich in Anspruch nehmen muß, um überhaupt bestehen zu können.

Es ist also die Frage, ob die Förderung auch in einer Zeit notwendig ist, wo wir in einzelnen Sektoren mehr erzeugen als die inländische Versorgung braucht, sie ist aber absolut zu bejahen, soll die Landwirtschaft mit der allgemeinen Entwicklung schritthalten können. Wir müssen uns fragen, haben wir die Landwirtschaft richtig gefördert? Es wird oft, wenn man Fragen und Schwierigkeiten der Landwirtschaft zur Debatte stellt, wie Landflucht, Mindereinkommen usw. der Gedanke vertreten, es gäbe irgendwie ein Wundermittel für die Landwirtschaft, die agrarischen Vertreter sind nur noch nicht darauf gekommen, was eigentlich unternommen werden müßte. Ich glaube aber, daß wir die Landwirtschaftsförderung, wie wir sie bisher betrieben haben, gut gemacht haben. Ich sage das deshalb, weil ein Großteil der Förderungsaufgaben des Landes der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, also der Selbstverwaltung der bäuerlichen Vertretung eingeordnet wurde.

Die steigenden Ziffern der Produktion haben den Nachweis erbracht, daß der Einsatz der Förderungsmittel richtig war. Die Auswirkungen haben das gezeigt. Es hat mich gewundert, daß heuer vor der Bauernkammerwahl am 7. November der Vizekanzler Dr. Pittermann in Graz in einer Versammlung vor Vertrauensleuten ungefähr folgendes gesagt hat: „Ein Landwirtschaftsgesetz, wie es die Vertreter des Bauernbundes verlangen, müßte folgend aussehen. Man müßte die Förderungsmittel des Bundes und des Landes in einem Fonds vereinen und dieser soll dann von einem Schiedsgericht verwaltet werden.“ Laut „Neue Zeit“, bitte, und jeder Landwirt, der in Not kommt, hätte dann das Recht, aus diesem Fonds eine Unterstützung zu erhalten. Meine Damen und Herren, wenn ein Vertrauensmann solche Äußerungen macht, kann man noch darüber hinweggehen und der Meinung sein, er versteht es halt nicht besser, aber wenn ein führender Politiker, der einen maßgebenden Einfluß auf das Zustandekommen des Landwirtschaftsgesetzes

ausübt, so wenig von den eigentlichen Zielen einer Landwirtschaftsförderung versteht, muß man darüber erschrocken sein. Die Landwirtschaftsförderung hat doch das Ziel, zu verhindern, daß Bauern überhaupt notleidend werden, und das war ja bisher immer der tragende Gedanke unserer Förderung, sie dort einzusetzen, wo es notwendig ist.

Es ist ja eine Tatsache, daß wir in einer raschlebigen Zeit leben, in der sich die Wirtschaft in einem rasanten Tempo entwickelt, dadurch tauchen auch für die Landwirtschaft neue Probleme auf. Es ist eine Tatsache, daß viele Landwirte, die heute in einem Alter von 50 bis 60 Jahren stehen und die heute noch vielfach eine Wirtschaft führen, in ihrer Jugendzeit keine Möglichkeit zu irgendeiner Ausbildung hatten. Wie schaut es z. B. bei den Bergbauern aus? Kaum war das Kind aus der Schule, hat es schon in das Joch der Arbeit müssen. Das ist aber nicht Schuld der einzelnen Betriebe. In Bergbauerngebieten wird man den Anschluß an die neue Zeit von sich aus schwer finden. Daher war es notwendig, auch Betriebsberater einzusetzen und hier Unterstützung zu leisten, um Hilfsmaßnahmen in der Wirtschaft zu ergreifen, damit ein solcher Betrieb auch in Zukunft bestehen kann.

Deshalb hat die Kammer für Land- und Forstwirtschaft auch die Aufbauggebiete geschaffen. Heute haben wir davon 15 mit fast 100 Gemeinden, wo wir besondere Förderungsmaßnahmen einsetzen. Und zwar im Wegebau, bei der Erschließung der einzelnen Höfe, Förderung beim Futterbau, in der Waldwirtschaft usw. Es war ja noch vielfach die aus dem vorigen Jahrhundert stammende extensive Waldwirtschaft zu finden, die keinen Platz mehr hat in der heutigen Landwirtschaft. Und diese Betriebe für die neuen Aufgaben umzustellen, ist schwer und braucht besonderen Einsatz und besondere Beratung. Es ist aber wert, daß wir auch hier die Förderung in Zukunft fortsetzen. Es handelt sich dabei um Betriebe, die nicht abzuschreiben sind, die aber aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, den Anschluß zu finden, der heute notwendig ist, um bestehen zu können. Hier sind die Maßnahmen, die für die Aufbauggebiete ergriffen worden sind, am Platze und es sind Maßnahmen, die auch eine wirkliche Mitarbeit der Bauern selbst hervorbringen. Wir haben Gemeinschaften gebildet für Wegebau und es wurde Robotarbeit geleistet, weil diese Leute ja selbst daran interessiert sind, daß ihre Wege in Ordnung kommen. Ich bin der Meinung, daß das Land sehr gut daran tut, sich hier besonders anzustrengen. Man behauptet immer, die Landwirtschaft bekomme ohnedies viel, es gibt aber hier mehr Maßstäbe, wo eine Hilfe mehr oder weniger notwendig ist. Es ist auch richtig, daß gerade hier in den abgelegenen Gebieten Hilfe besonders not tut. Die meisten Städter wissen ja gar nicht, wie dürrig das Leben in den Bergbauerngebieten ist und wie diese Leute auf alle Annehmlichkeiten des Lebens verzichten müssen, die heute sonst schon Selbstverständlichkeit sind. Ich möchte daher dafür eintreten, daß sich das Land auch in Zukunft besonders bemüht, für die Hilfe an diese Bergbauern Mittel bereitzustellen, die notwendig sind, damit wir diese Maßnahmen fortsetzen können.

Ein zweiter Schwerpunkt in der Landwirtschaftsförderungstätigkeit liegt in der besonderen Betreuung der kleinen Betriebe an der Grenze und im steirischen Mittelland. Hier hat die Kammer für Land- und Forstwirtschaft versucht, Sonderkulturen einzuführen, die es den kleinen Betrieben ermöglichen, sich besondere Einnahmen zu verschaffen. Dazu einige Zahlen: Es sind heute 833 Besitze in der Steiermark, die 117 ha Tabak bauen. Das ist eine Fläche von 7 bis 8 a im Durchschnitt. Hopfenbau wird in 63 Betrieben betrieben mit 50 ha, im Durchschnitt 80 a. Von 174.000 Stöcken wurden 72.000 kg Hopfen geerntet bei einer Ernte. Bei einem Hopfenpreis, der zwischen 36 S und 40 S liegt, haben diese 63 Betriebe immerhin eine Einnahme von 2,7 Millionen Schilling aus dieser Sonderkultur für sich buchen können. Auch für den Arzneipflanzenbau sind diese kleinen Betriebe sehr geeignet. Von 120 Betrieben wurde 1 ha Kamille angebaut, die Ernte betrug 650 kg Trockenkamille, die zu einem Preis von 280 S pro kg verkauft, einen Erlös von 52.000 S eingebracht hat. Wir haben den Fenchelanbau vermehrt. Wir haben 10 Anbauflächen mit durchschnittlich  $3\frac{1}{2}$  ha, es konnte eine Ernte von 2000 kg eingebracht werden, die einen Ertrag von 20.000 S brachte. An Krenn wurden 12 ha in der Südsteiermark gebaut. Die Ernte betrug rund 6000 kg pro ha, das sind 72.000 kg, der bei einem Preis von ungefähr 10 S rund 720.000 S an Ertrag gebracht hat. 65 Besitzer haben sich bis zum heurigen Jahr der Kultur der Johannisbeere zugewendet. 30 neue Besitzer bereiten sich darauf vor, so daß wir nächstes Jahr bereits 95 Besitzer haben werden, die auf 55 ha Johannisbeerenkultur betreiben. Ich weise darauf hin, daß auch der Pfirsichbau weiter gepflegt wird, daß sich der Weinbau in Umstellung auf Hochkulturen befindet und daß sich die Anlage moderner Obstkulturen weiter fortsetzt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch etwas über die Förderungsmaßnahmen und deren Bedeutung im steirischen Wald sprechen. Der Wald hat für die Steiermark, wie Sie alle wissen, eine sehr große Bedeutung. Der Einschlag im Jahre 1959 beträgt  $2\frac{3}{4}$  Millionen Festmeter; verglichen gegen den Durchschnitt der letzten 5 Jahre, ist das um 7 bis 8% weniger. Der Export an Nadelschnittholz beträgt 700.000 fm, von Bau- und Stangenholz 70.000 fm, so daß der steirische Holzexport rund 1 Milliarde Schilling in seiner Kapazität ausmacht. Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft betreibt eine Forstschulung und -beratung, wir haben die Waldschule Pichl im Müürztal, die hat über die Kammeraktion 3,9 Millionen Pflanzen versetzt. Ich kann feststellen, daß, wenn oft vom Wald in dem Sinne gesprochen wird, als ob wir unseren Wald verlieren würden, das eine haushohe Übertreibung ist. Wir dürfen feststellen, daß die steirische Bauernschaft eine absolute Waldgesinnung hat. (Bravorufe bei ÖVP.) Gott sei Dank sind es noch immer sehr wenig andere, die gerne an den Wald greifen und viele tun es nur dann, wenn es notwendig ist. Leider ist es so, daß wegen der Mechanisierung in der Landwirtschaft viele an den Wald greifen müssen, aber es ist eine absolute Waldgesinnung in der steirischen Bauernschaft vorhanden und mit

der Förderung, die wir betreiben, sorgen wir dafür, daß uns der steirische Wald erhalten bleibt. Ich bin daher der Meinung, man müßte in manchen Fragen etwas vorsichtiger sein. In der Handhabung der Forstgesetze tritt es in Erscheinung, daß bei Schlägerungen, wenn jahrelang geschont wurde und der Besitzer aus irgendwelchen Gründen eine größere Holzeinnahme braucht, rigoros mit Beschlagnahmung vorgegangen wird. Das ist aber meist ein Schlag ins Gesicht dieser Besitzersleute und im Hinblick auf den verankerten Eigentumsbegriff von diesen sehr schwer zu verstehen. Wir sind der Meinung, daß strenge Bestimmungen, wie der Schutz gegen Spekulanten, auf diesem Gebiete wirklich fehlen. Wir müssen untersuchen, ob dort, wo es sich zweifellos um den Bestand einer Liegenschaft handelt, etwas mehr in den Wald gegriffen werden kann. Wir haben eine gewählte Bauernvertretung in der Bezirkskammer, mit der man sich ins Einvernehmen setzen und der Sache auf den Grund gehen kann, ob ein Antrag abzulehnen ist und mit strengen Strafen vorgegangen werden soll, oder ob es in einem anderen Fall notwendig ist, den Gegebenheiten des Betriebes Rechnung zu tragen und einen milderen Maßstab anzuwenden. Ich möchte hier feststellen, daß sich die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit der Verantwortung unserer Zeit bewußt ist. (Beifall bei ÖVP.)

Wir wissen genau, daß heute Schwierigkeiten und manche Kinderkrankheiten im Bestreben um eine Großraumpolitik in Europa auftreten, wir glauben fest daran, daß es nicht mehr lange dauern wird, daß dieses freie Westeuropa einen großen Wirtschaftsraum bilden wird ohne Zollschranken und ohne Schranken im Export und Import, und die Landwirtschaft weiß, daß sie sich auf diese Zeit intensiv vorbereiten muß, um in dieser Konkurrenz bestehen zu können. Deshalb ist es entscheidend notwendig, daß auch der Landwirtschaft jenes Verständnis, das ich eingangs erwähnt habe, und das wir einmal brauchen inmitten der übrigen Wirtschaft, die heute über eine erhöhte Konjunktur verfügt, entgegengebracht wird. Die Landwirtschaft muß nicht nur weiterbestehen, sondern, da sie so vielfach behindert ist, auch die Errungenschaften der Technik so für sich in Anspruch nehmen können, wie das in der übrigen Wirtschaft und in der Industrie der Fall ist. Umso mehr ist es daher notwendig, der Landwirtschaft in allen Fragen der Förderung des Exportes Verständnis und tätige Hilfsbereitschaft entgegenzubringen und nicht Beileidsworte und Zusicherungen, daß man gegebenenfalls dazu bereit wäre. Wir brauchen mehr tätige Hilfe und mehr tätige Unterstützung, dann wird die Landwirtschaft ihre Aufgaben als Ernährungsstand unseres Volkes erfüllen und wir werden Anschluß finden an jenen Wirtschaftsraum, der einzig und allein für uns interessant ist, das ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, (Starker Beifall, Händeklatschen bei ÖVP und FPÖ) in die wir heute schon 85% unseres Agrarexportes liefern. Für das unmögliche Gebiet der Freihandelszone mit den nordischen Staaten, mit Schweiz, Portugal und Dänemark, hat die Landwirtschaft jedenfalls kein großes Interesse, denn unsere Exporte in diesen Raum betragen nur 5 bis 6%.

Das haben wir von Anfang an erklärt und der Vertreter der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern hat sich von dem englischen Minister Mawdling in Wien dazu bekannt, daß wir bereit sind, uns in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einzugliedern, weil nur dort jene Möglichkeiten zur Entwicklung unserer Landwirtschaft liegen, die wir brauchen, um den heimischen Konsum immer ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen und darüber hinaus auch jene Entwicklung mitzumachen, wie sie heute überall in der Wirtschaft zu sehen ist. Wir sind der Meinung, daß die Freiheit eines Volkes auch weitgehend davon abhängt, daß wir uns aus eigenem Boden ernähren, und das wird man in der Zukunft nur dann tun können, wenn der Landwirtschaft jene Voraussetzungen zugestanden werden, die heute für die übrige Wirtschaft im Staate gelten. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

**Abg. Wegart:** Hoher Landtag! Die Gruppe 7 gestattet es mir, auch einige Bemerkungen zur Grenzlandförderung zu machen. In erster Linie möchte ich mich mit meiner engeren Heimat, und zwar mit dem Grenzbezirk Radkersburg und mit der wirklich österreichischen Grenzstadt Radkersburg beschäftigen. Die Stadt darf den Anspruch erheben, daß sie die einzige wirkliche Grenzstadt unseres Landes ist. Am 20. Juli 1920 hat die jugoslawische Besatzung die Stadt Radkersburg und das engere Gebiet verlassen, es werden im Sommer des nächsten Jahres 40 Jahre sein, und dieser Tag wird festlich begangen werden. Das Land war frei, die Stadt war frei, nur die unglückliche Grenzziehung durch den Friedensvertrag von St. Germain hat sie zu einem wirtschaftlichen und sozialen Torso gemacht.

Im Jahre 1945, in den April- und Maitagen waren die Stadt Radkersburg und nahezu 30 Gemeinden durch 7 Wochen Frontgebiet, und nicht nur die Stadt, sondern noch 30 Gemeinden des Bezirkes sind in ein Trümmerfeld verwandelt worden. Damals hat nicht nur die Kampftruppe, sondern auch die Zivilbevölkerung in der Stadt und deren Umgebung schwerste Verluste erlitten. Es hat lange gedauert, bis dieses Grenzgebiet wieder aufgebaut worden ist und diese Wiederaufbauleistungen vollbracht wurden, die ans Wunderbare grenzen. Ich möchte das, was diesem Grenzbezirk bisher zuteil wurde, mit besonderer Dankbarkeit vermerken.

Es ist viel geschehen, aber eines muß auch heute gesagt werden, das soziale Gefälle vom Binnenland zur Grenze ist zu augenfällig, als daß wir es uns leisten könnten, darüber hinwegzugehen und nicht alle Hebel anzusetzen, um hier nach dem Rechten zu sehen.

Es hat mir der Herr Bürgermeister Merlini der Stadt Radkersburg eine Aufstellung der Bevölkerungsbewegung von 1951 bis 1959 gegeben. Diese beschäftigt sich mit der Pfarre Radkersburg. Dort heißt es: Wir hatten bei der Volkszählung am 1. Juni 1951 in diesen 11 Gemeinden 4381 Personen, die Personenstandsaufnahme am 10. Oktober 1959, also 10 Jahre später, weist nur mehr 3925

Personen auf. Es sind also 464 Personen oder rund 11% in dieser Zeit aus dem Grenzgebiet abgewandert. Diese Abwanderung erfolgte nicht zuletzt deshalb, weil es einfach bisher nicht möglich war, geeignete Arbeitsplätze zu beschaffen. Wenn wir nun in diesen Grenzgebieten den Anschluß an die Konjunktur des übrigen Landes finden wollen und müssen, dann darf ich den Versuch unternehmen, ein paar Vorschläge zu erstatten, was zu geschehen hätte, um dem Grenzland zu helfen.

In erster Linie ist notwendig die beschleunigte Errichtung einer Landesberufsschule für Handel, damit ein Äquivalent geschaffen wird für die Errichtung eines Fürsorgeheimes. Frau Landesrat Maria Matzner ist jetzt nicht hier, aber wir freuen uns, daß im Jahre 1960 das Fürsorgeheim in Bau kommt. Aber ich möchte sagen, die Grenze muß auch jung erhalten bleiben. Es ist uns sicher damit gedient, daß hier wieder eine neue Möglichkeit wirtschaftlicher Hilfe geschaffen wird, aber was wir brauchen, ist, daß die Jugend an der Grenze bleibt. Zweitens wäre notwendig eine großzügigere Handhabung des Gemeindegbauprogrammes. Es ist viel geschehen, und obwohl wir nicht zu den Raunzern zählen, möchte ich sagen, daß mit Rücksicht auf das soziale Gefälle hier mehr geschehen muß. Drittens die Förderung des Anbaues von Spezialkulturen, z. B. des Gemüse- und Tabakbaues in der Landwirtschaft. Das Gebiet gehört in den Bereich des pannonischen Klimas, d. h. daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Regel 3 bis 4 Wochen früher reif werden als im Binnenland. Es haben sich ein paar junge Leute gefunden, die den Paprikaanbau betreiben, der sehr gut floriert, und ich höre, daß die Qualität des Paprikas mit dem italienischen ohne weiteres konkurrieren kann. Wir sind der Meinung, das ist auch ein Stück der Grenzlandförderung, die hier ganz besonders die Landwirtschaft betrifft. Viertens ist die Errichtung von Betrieben notwendig, um die Arbeitskräfte aufzufangen und die Abwanderung zu verhindern. Hunderte von Arbeitskräften sind gezwungen, jährlich im Frühjahr ihr Heim zu verlassen und gehen bis nach Vorarlberg, um zu arbeiten, und kehren im Spätherbst wieder nach Hause zurück. Wir haben eine Reihe von Versuchen unternommen, um Privatbetriebe zu bewegen, sich im Grenzland niederzulassen. Die Schwierigkeiten, denen wir hier begegnet sind, sind bisher nicht zu überwinden gewesen. Wenn es uns gelingt, schätzungsweise 300 bis 400 Arbeitskräfte in diesem Gebiet selbst zu binden, bin ich überzeugt, daß wir auf dem Sektor der unselbstständig Beschäftigten diese Frage weitgehend gelöst haben. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Herren des Landesarbeitsamtes und mit dem Leiter des Arbeitsamtes in Mureck zu sprechen, die in exakter Weise mir diese Unterlagen zur Verfügung gestellt haben und die besagen, daß es praktisch 300 bis 400 Leute sind, die wir binden müssen. Ich möchte daher einen Appell an die Unternehmer richten, vor allem an die Nebenbetriebe der Creditanstalt und der Länderbank, die verhalten werden müßten, den einen oder anderen ihrer Zweigbetriebe in dieses Grenzgebiet zu verlegen. Auch das ist ein Stück Grenzlandförderung. Dazu

gehört auch die verstaatlichte Wirtschaft. Ich bin der Meinung, daß die verstaatlichte Industrie ihre Konzentration nicht nur in Leoben, Donawitz, Kapfenberg oder am Rande von Wien vornehmen soll, sondern auch den einen oder anderen Betrieb ins Grenzland zu geben hätte, damit die Arbeitskräfte dort ihren Arbeitsplatz und ihr Heim behalten können. (Beifall.)

Herr Abg. Hans Brandl, es sind vor allem Ihre Gesinnungsgenossen gewesen, die, nachdem sie mit Ihnen nicht reden konnten, zu mir gekommen sind. Ich würde Sie einmal einladen, ins Grenzland zu kommen, um zu sehen, unter welchen Bedingungen die Leute dort zu leben haben. Das Gleiche gilt auch für Sie, Herr Kollege Sebastian. (Abg. Sebastian: „Sie haben eben nicht aufgepaßt bei der Generaldebatte!“) Sie brauchen mir keinen Vorwurf zu machen, ich setze mich nur zur Wehr, wenn diese heiklen Fragen ins Lächerliche gezogen werden. Ich will nicht wiederholen, Herr Kollege Gruber, daß das von Ihnen aus nur Raubergeschichten sind, es liegt mir ferne, das Grenzlandproblem ist viel zu ernst, um es mit billigen Mätzchen abzutun. (Abg. Gruber: „Das war nicht zum Grenzland gemeint! Brandl hat zu mir etwas ganz anderes gesagt.“) Natürlich, das war, als der Herr Abgeordnete Dr. Aßmann hier gesprochen und die Grenzlandprobleme dargelegt hat, die es gibt und die Sie gar nicht beurteilen können von Kapfenberg aus. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus, ich bitte Sie nur, sich auch mit diesen Fragen zu beschäftigen. Uns geht es darum, daß die Menschen, die im Grenzland leben, auch dort bleiben und arbeiten können. Denn nur so lange ist diese Grenze eine junge und lebendige. (Beifall.)

Es ist für das Grenzland sicher viel geschehen, aber wir müssen, wenn wir den Anschluß an die Konjunktur des Binnenlandes finden wollen, alles unternehmen, damit dieses soziale Gefälle beseitigt und den Menschen an der Grenze jene Freude zum Leben geschenkt wird, wie sie im Binnenland heute schon selbstverständlich ist. (Beifall.)

**Abg. Pichler:** Hohes Haus! Ich habe schon traditionsgemäß die Aufgabe, dem Hohen Haus den Dank der Freiwilligen Feuerwehren auszusprechen, da der gesamte Betrag der Feuerschutzsteuer wieder den Feuerwehren zugute gekommen ist. Es ist der Betrag etwas geringer wie im Vorjahr, dies liegt aber in der Art der Verrechnung der Eingänge dieser Steuern.

Ich habe aber auch den Auftrag, Ihnen im Namen der Freiwilligen Feuerwehren mit Stolz die Bilanz der letzten 11 Monate aufzuzeigen, um zu beweisen, daß diese Beträge, die Sie hier in selbstloser Weise zur Verfügung stellen, nicht umsonst sind. Es sind im Laufe dieser 11 Monate bereits mehr Brände zu löschen gewesen, als im ganzen Jahr 1958. Es gab 713 Brände und dabei sind 1493 Feuerwehren mit 16.878 Männern in den Einsatz gekommen. 16.280 km wurden mit dem Feuerwehrrüstwagen zurückgelegt. Die Brandschäden belaufen sich auf 31 Millionen Schilling, denen an geschätzten Werten der geretteten Sachgüter ungefähr 104 Millionen Schilling gegenüberstehen. Die außer-

gewöhnlich hohe Schadenssumme liegt darin begründet, weil wir allein 8 sehr schwere Brandfälle in diesem Jahr zu verzeichnen hatten. Diese haben eine Schadenssumme von 8,3 Millionen Schilling ergeben.

Nicht nur, daß das Jahr 1959 gerade in den Brandfällen leider eine wesentliche Steigerung aufwies, waren auch in diesem Jahre außergewöhnliche Hochwasserschäden, insbesondere im oberen Mürztal und im Ennstal zu bekämpfen. Es waren für die Hochwasserfälle 349 Ausrückungen mit 5873 Feuerwehrmännern notwendig. Wenn die Ausrüstung der Wehren eine bessere gewesen wäre, wäre wahrscheinlich der Schaden in den obersteirischen Gebieten geringer gewesen. Insbesondere ist festzustellen, daß die große Ennsbrücke vor allem deshalb in Brüche gegangen ist, weil es der Feuerwehr nicht möglich war, mit ihren Ausrüstungen hier entsprechende Schutzmaßnahmen vorzunehmen. Außerdem waren Feuerwehrmänner bei 355 Autounfällen und 352 sonstigen Ereignissen, bei den Erdbeben in einem Stadtteil von Fürstenfeld und in 47 Fällen bei Leichenbergungen und anderen Hilfeleistungen tätig. Als gesamte Tätigkeit ergibt sich in den letzten 11 Monaten der Einsatz bei 713 Bränden, 349 Hochwasserfällen, 355 Autounfällen und 399 sonstigen Fällen, d. s. 1816 Einsätze mit 26.114 Männern und 106.895 Stunden.

Es soll hier auch nicht vergessen werden, daß sich einzelne Feuerwehrmänner durch ihren persönlichen Einsatz hervorgetan haben, so der Löschmeister Steinberger der Freiwilligen Feuerwehr Judenburg, der, stundenlang am Seil hängend, einen verstiegenen Bauernsohn gerettet hat, ferner Anton Rohrbacher der Freiwilligen Feuerwehr Leitersfeld, der Nationalrat Graf Stürgh aus einer lebensgefährlichen Lage bei einem Autounfall bergen mußte.

Es haben die Einsätze in diesem Jahr wieder gezeigt, daß die Ausrüstung der Feuerwehren noch immer einer Ergänzung bedarf. Ich kann versichern, daß die Leitung, besonders die neue Leitung der Freiwilligen Feuerwehren, darauf bedacht ist, daß die Mittel, die zur Verfügung stehen, möglichst so angewendet werden, daß sie wirklich allgemein beste Dienste leisten. Ich möchte hier im Namen des Hohen Hauses sprechen, wenn wir den Freiwilligen Feuerwehren auch unseren Dank zum Ausdruck bringen. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Nun darf ich aber auf die ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Präsidenten Wallner zurückkommen, der die Notlage unseres Bergbauernvolkes in Worten deutlich geschildert hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ein Industrieunternehmen, noch dazu ein verstaatlichtes Industrieunternehmen, in den letzten Jahren sich veranlaßt gesehen hat, einen Film über die Verhältnisse in den Bergbauerngebieten zu drehen, um aus anderen Gründen zu zeigen, wie hier die Elektrifizierung allein Hilfe schaffen und wirklich den Bergbauern eine Erleichterung bringen kann. Wenn Sie diesen Film betrachten, werden Sie sehen, unter welchen schwierigen Bedingungen unser Bergbauernvolk heute wirklich noch zu leben hat.

Es ist unsere Aufgabe aus rein ideellen und sozialen Gründen, diesen Menschen, die aus rein idealistischen Gründen ihre von den Vätern übernommenen Höfe betreuen, zu helfen. Es ist merkwürdig, daß ich hier gewissermaßen als Vertreter der Industrie diese Worte bringe. Für Sie — und das sage ich als reiner Industriemann — kann es nur von Interesse sein, diesen Bergbauern zu helfen. Nur dann, wenn ich diesen helfen kann, kann ich auch den Arbeitern helfen, weil sie nur dann in der Lage sind, den Angestellten und Mitarbeitern die sozialen Voraussetzungen zu geben, die diese immer wieder verlangen. Erst wenn Sie dem Bergbauern die entsprechende Unterstützung geben wollen, sind sie dazu in der Lage, und es sollte dieser Film zeigen, wie viele industrielle Produkte heute noch notwendig sind und erzeugt werden müssen, die in diesem Gebiet den Absatz finden können. Damit beschäftigen Sie die Industrie, in der Sie selbst sitzen und in der Sie Verdienst finden. Ich bitte, diese Probleme aber auch vom rein ökonomischen Standpunkt aus zu berücksichtigen, das will ich Ihnen als Wirtschaftsfachmann ans Herz legen. (Allgemein Beifall.)

Abg. **Erdinger**: Hohes Haus! Wenn ich zur Gruppe 7 spreche, möchte ich die Feststellung machen, daß die Bauernkammerwahlen gezeigt haben, daß die Novellierung, die wir im Vorjahr zu diesem Gesetz gemacht haben, nicht zur Klarheit beigetragen, sondern vielmehr Unklarheiten hineingebracht hat. Schon bei der Anlage der Wähleranlageblätter und Wählerlisten hat sich gezeigt, daß so mancher Bürgermeister mit dem Sekretär nach seiner Meinung das Gesetz ausgelegt hat. Hunderte von Rückfragen sind an unsere Bezirkskammersekretäre erfolgt, um nur annähernd etwas Klarheit bei der Anlage dieser Wählerlisten zu haben. Ein Sekretär in Liezen, Anderl heißt er, hat sich bemüht, Richtlinien herauszugeben und Auslegungen des Gesetzes. Diese Richtlinien umfassen 48 Fragen und 48 Antworten und das ist bezeichnend für den steirischen Bauernbund, dem ist das richtig erschienen, und am Ende wurden diese Richtlinien in ganz Steiermark verteilt, so daß der Sekretär von Liezen förmlich als Ausleger dieses Gesetzes berufen worden ist. Wir konnten 5 große Fehler in diesen 48 Fragen beanstanden und zur Landeswahlbehörde eine diesbezügliche Beschwerde einbringen. Diese Beschwerde wurde der Landeswahlbehörde vorgelegt und dort verworfen. Die Landeswahlbehörde besteht aus 6 Mitgliedern, diese 6 Mitglieder gehören der ÖVP an. Weder die Freiheitliche Partei noch wir haben dort einen Sitz, da konnten wir also schon im vorhinein beurteilen, wie diese Beschwerde ausgehen wird, und zwar bei der Landeswahlbehörde, Bezirkswahlbehörde und Ortswahlbehörde. Überall war diese Kommission zu fast 100 Prozent mit ÖVP-Funktionären besetzt, und Entscheidungen, die zugunsten der anderen wahlwerbenden Gruppen zu entscheiden gewesen wären, sind nicht nach dem Gesetz, sondern zuungunsten der wahlwerbenden Gruppen entschieden worden. (Zwischenrufe bei ÖVP.) Sie vom steirischen Bauernbund ... (Zwischenrufe.) Man kann nicht jemand einfach hinausreklamieren, der

nach dem Gesetz wahlberechtigt ist. Wenn man das Verhältnis betrachtet, die paar Ortswahlbehörden, wo wir noch einige Vertreter drinnen gehabt haben, im Verhältnis zu den Bezirkswahlbehörden, da sitzen wir bereits am kürzeren Ast, und wenn Sie, Herr Präsident, auch in der Vollversammlung der Bauernkammer das Gegenteil erklärt haben und diesen Fall angezogen haben, so können wir Ihnen hundert und aberhundert solche Fälle zitieren. Ich könnte berechnete Beschwerden und berechnete Einwände vorlesen und ich weiß, daß auf Ihrer Seite und auch auf unserer Seite überlegt wurde, diese Wahl anfechten zu müssen, vielfach aus Überlegungen heraus, die durch verschiedene Auslegung des Gesetzes entstanden sind. Die Novellierung im Vorjahr wurde auf Grund verschiedener Beschwerden von der Bauernkammerwahl 1954 her, bei der einige Wahlberechtigte die Klage wegen Ungleichheit vor dem Gesetz eingebracht haben, durchgeführt. Auf Grund dieser Klage hat das Bundeskanzleramt den Herrn Landeshauptmann beauftragt, nach dem Rechte zu schauen, dann erst wurde novelliert. Die Novellierung wurde dem Agrarpolitischen Ausschuß in der Landesbauernkammer vorgelegt, der Landeskulturausschuß hat sich in zwei Sitzungen damit beschäftigt, aber noch mehr hat diese Novellierung eine Diskussion hier im Landtag ausgelöst. Man konnte sich nicht einigen im Ausschuß und nicht im Landtag, so daß auf Grund unserer Anregungen und der Anträge der Freiheitlichen Partei abgestimmt werden mußte. Ich glaube, 20 Abstimmungen mußten erfolgen, bis wir diese Novellierung der Bauernkammerwahlordnung erledigen konnten. Das ist ein Zeichen, daß diese Novellierung irgend etwas gehabt hat, was nicht in Ordnung war. (Präsident Wallner: „Ein Zeichen der Demokratie!“) (Landesrat Pirisch: „Siehe Arbeiterkammerwahlen!“) (Abg. Sebastian: „Die waren in Ordnung!“) Sie haben einen weit anderen Standpunkt gehabt, und wir haben laut Protokoll erklärt, daß diese Novellierung noch mehr Unklarheiten hat. Das ist wirklich wahr gewesen. Man hat von einem Linksruck geredet. Dem hat man vorgebaut, wenn ein Linksruck kommt, nehmen wir ein Fünftel her, damit ja kein Sozialist in den Bezirk kommt und Obmannstellvertreter oder Vizepräsident werden könnte. Es war alles eine vorgeplante Angelegenheit, und wir sind auf Grund dieser Auslegung der Meinung gewesen, die darin bestanden hat, es wird einen Linksruck geben, wenn die Eisenbahnerbauern wählen können. Diese Prognose ist aber nicht eingetreten. Warum? Man hat das schon so gedreht, daß es nicht möglich war. Man hat die Leute, die wahlberechtigt waren, einfach nicht zur Wahl gehen lassen.

Der Herr Generalberichterstatter hat zum Punkt Landwirtschaft ausgerechnet die Maschinenhöfe herausgegriffen, sonst hat er nichts gesagt zur Landwirtschaft. (Abg. Dr. Pittermann: „Wird schon gewußt haben, warum!“) Er hat gesagt, sie sind nicht wertvoll, sie sind nicht richtig angebracht, sie sind eine parteipolitische Einrichtung usw. Wir haben schon öfter davon hier gesprochen und ich muß sagen, das ist direkt mein Steckenpferd. Anstatt Urlaub zu nehmen, habe ich diese 36 Maschi-

nenhöfe besucht, um zu sehen, wie es dort geht, ob sie rationell sind, ob sie rentabel sind und ob den Benützern damit gedient ist und ob sie zufrieden sind. Ich hätte da den Herrn Stöffler gerne mitgehabt. Denn nicht nur von unseren Leuten, sondern auch von seiner Seite waren es die Leute, die diese Maschinenhöfe sehr wohl schätzen und froh sind, sie zu haben. Meine Damen und Herren, Sie werden sich erinnern an das Jahr 1954, als wir für diese Maschinenhöfe eine Gesetzesvorlage hier eingebracht haben. Die ÖVP war strikte dagegen, und da auch Einwände von seiten der Freiheitlichen damals gemacht wurden, ist es uns nicht gelungen, ein Gesetz für Landmaschinenhilfe durchzubringen. Nachdem aber von unserer Seite das als sehr notwendig befunden wurde, ist uns nichts anderes übrig geblieben, und es gab keine andere Möglichkeit, als in den Landgemeinden, die sozialistisch verwaltet wurden, von uns auch solche Gemeinde-Maschinenhöfe einzurichten. Der zuständige Referent hat, das muß ich ehrlich sagen, ohne besonderes Zögern eingewilligt, diesen Gemeinden zum Teil Bedarfszuweisungsmittel dafür zu geben. Er hat für diese Bedürfnisse der Landwirtschaft Verständnis gehabt, das möchte ich hier ausdrücklich erwähnen. Wenn hier gesagt wird, die Maschinen auf den Maschinenhöfen rosten, so kann das nur so sein, daß finanzschwache Gemeinden noch nicht die Möglichkeit gehabt haben, geeignete Schuppen oder Garagen zu bauen, und daß durch diese mangelhafte Unterbringung die Geräte leiden. Das mag wohl vorkommen, aber im großen und ganzen muß ich sagen, daß diese Gemeinde-Maschinenhöfe ja unter Kontrolle stehen, und zwar unter der Kontrolle der Abteilung 7, so kann man nicht sagen, daß sie ohne Überprüfung bleiben. Wir haben ja eigene Satzungen, Benützungsvorschriften, Tarife usw., die sind von der Abteilung 7 genehmigt worden. Sie unterstehen also sehr wohl einer Kontrolle und sind nicht nur vielleicht so irgendwie draußen auf dem Land.

Aber eines muß ich doch noch besprechen, weil Sie sagen, diese Gelder sind unnütz angewendet und haben keinen Wert. Wir haben im Jahre 1955 den ersten Beitrag zur Förderung der kommunalen Maschinenhöfe hineingebracht. Wir hätten gerne gehabt, daß der Betrag erhöht wird, es sind aber immer wieder nur lächerliche 100.000 Schilling hineingekommen, und dieser Betrag ist interessanterweise von den ÖVP-Gemeinden in Anspruch genommen worden. Wenn diese Gelder so unzweckmäßig angewendet wären, so glaube ich, sollte man meinen, daß diese ÖVP-Zuteilungen nicht erfolgen hätten dürfen, man hätte müssen sagen, es verzichten die ÖVP-Gemeinden auf kommunale Maschinenhöfe aus diesem Titel. (Abg. Sebastian: „Wenn sie sich ohnehin nicht bewährt haben!“) (Landesrat Pirisch: „Sind Werbepremien!“) Von diesen 500.000 Schilling sind nur 190.000 Schilling an wirklich kommunale Maschinenhöfe zugeteilt worden, während 310.000 Schilling, fast zwei Drittel, an ÖVP-Gemeinden zugeteilt wurden. Wenn man etwas nicht für richtig findet, darf man das Geld nicht annehmen und nicht Gelder für den für diesen Zweck bestimmten Titel verwenden.

Nun hat der Generalsprecher der ÖVP die Grenzlandhilfe herausgestrichen und erklärt und festgestellt, daß 19 Millionen Schilling im heurigen Jahr für die Grenzlandhilfe aufgewendet wurden. In den letzten drei Jahren waren es 103 Millionen Schilling. Ich habe mich wirklich bemüht, herauszubringen, wo die 103 Millionen Schilling hin sind. Es wurden 19 Millionen Schilling abgezogen, dann sind 84 Millionen Schilling übriggeblieben für zwei Jahre, dann wurden wieder zweimal 11 Millionen Schilling abgezogen, dann sind 42 Millionen Schilling übriggeblieben, die für die Grenzlandförderung aufscheinen. Wenn nun 42 Millionen Schilling gegeben worden sind und 1959 nur 19 Millionen, dann fehlen uns 23 Millionen Schilling bei der Grenzlandförderung. Ich glaube, diese Zahlen sind unrichtig. Es tut mir leid, daß Abg. Stöffler nicht da ist, denn die Angaben, die von ihm gemacht worden sind, sind wertlos. Ich bin wirklich froh, wenn an das Grenzland, weil ich selbst Grenzlandbauer bin, recht viel hinunterkommt.

Ich habe eine Aufstellung da, die möchte ich auch verlesen, da sind Bemerkungen drinnen, die wirklich erschütternd sind, über die Abwanderungen an unserer Grenze. Es waren nicht vielleicht Radkersburger Parteimitglieder, sondern es hat sich der dortige Pfarrer bemüht, eine Statistik zu führen. Er hat das für die Pfarre Radkersburg festgelegt, und nicht für die Gemeinde Radkersburg, wie Abg. Wegart das gesagt hat. Da steht drinnen, daß in einer Gemeinde, in Gruisla, in den letzten Jahren, er hat gesagt in 10 Jahren, es sind aber nur 8 Jahre, 18,4 Prozent Leute abgewandert sind. Unser Präsident hat einen ausführlichen Bericht über die Förderungen gemacht. Ich muß ehrlich sagen, auch ich muß Ihnen einen kurzen Bericht machen, weil schließlich und endlich von diesen angeführten 15 Aufbaugebieten das Aufbaugebiet Grenzland, wo ich Mitglied bin, weil ich an der Grenze seßhaft bin, ein sehr wichtiges Aufbaugebiet ist. Ich will einen kurzen Tätigkeits- und Erfolgsbericht geben. Das Grenzlandaufbaugebiet hat 894 Wirtschaften, und von diesen sind 337 Betriebe Mitglieder dieses Aufbaugebietes, also ein gutes Drittel ist bereit, bei der Förderung wirklich aktiv mitzutun. Also ein gutes Drittel hält an seinem Boden fest, während das zweite Drittel, das haben wir von Minister Thoma in der Kammer gehört, die sind, die man nachziehen muß, und ein weiteres Drittel ist, wo man nicht helfen kann. Die Leiden und Nöte, die zeigen sich im Aufbaugebiet, das war zutreffend. (Präsident Wallner: „Dem zweiten Drittel und dem dritten Drittel muß man unter die Arme greifen. Wenn wir ein drittes Drittel abschreiben müßten, wohin kommen wir da?“) Es ist halt das gesagt worden. Landwirtschaftliche und hauswirtschaftliche Beratungen wurden durchgeführt. 30 Vollversammlungen, es wurden Melk- und Fütterungskurse durchgeführt, Lehrlingskurse und die Verbesserung der Futterwirtschaft in rund 150 Betrieben, für die Bodenverbesserungen von 270 ha wurden die notwendigen Mittel von 95.000 Schilling aufgewendet; es fand die Durchführung der obligaten Milchleistungsprüfung in allen Betrieben statt, wobei der Durchschnitt im Grenzland bei einer Kuh im Jahre 1958

bei Beginn dieser Aufbauaktion 1823 kg Milch ergab. Da wir 3000 Kühe in unseren gutgeführten Betrieben haben, konnten wir 1959 durch eine Verbesserung der Futterbasis eine Zunahme von 200 bis 300 kg erzielen. Diese Futtergrundlage ist sehr wichtig. Es wurden 29 Silos eingerichtet mit 633 m<sup>3</sup> Inhalt, die Aufwendung hiezu betrug 177.000 Schilling. Für diese Silos wurden von der Bauernkammer 37.000 Schilling, das sind rund 20 Prozent, dazugegeben. 56 Düngerstätten wurden gebaut, wir haben Sonderkulturen angelegt, Kamillenbau, Johannisbeerenbau usw., wie schon der Herr Präsident berichtet hat. Wir haben den Anbau von Essigurken gefördert in 12 Betrieben, der Landtag hat auch die Errichtung eines Verwertungsbetriebes unterstützt, der jetzt gut floriert. Wir sind froh, daß das Gemüse verwertet werden kann gleich dort, wo es angebaut wird. Wir haben viel Wald und viele Berge. Wir haben 55.000 Forstpflanzen ausgesetzt und haben dazu Beihilfen erhalten, und zwar 6300. Die Trennung von Wald und Weide wurde in 27 Betrieben durchgeführt, dazu wurden 15.400 Meter Zäune errichtet um eine Fläche von 175 ha mit einer Beihilfe von 80.400.

Sehr wichtig war auch die Errichtung von Forstaufschließungswegen in Gebieten, die überhaupt vorher nicht direkt zugänglich waren. Ich habe einmal mit jemandem gesprochen, der hat zu mir gesagt, er hätte gar nicht gedacht, daß es so viele Waldgebiete gibt, wo man das Holz nicht herausbringt. Z. B. die Heiligengeister-Gräben, wo das Holz heute noch vielfach vermorscht. Es sind 60 km Forstaufschließungswege gebaut worden. Das ist eine schöne Leistung, dafür haben wir Beihilfen von 300.000 Schilling bekommen. (Abg. Hegenbarth: „Da sieht man, was die Kammer leistet!“) (Abg. Sebastian: „Aus Steuergeldern!“)

An hauswirtschaftlichen Maßnahmen wurden 23 Wasserleitungen gebaut und 23 Tiefkühlanlagen errichtet. Es wurden auch viele andere Förderungsmaßnahmen gemacht, die auch uns zugute kommen. Dabei möchte ich erwähnen die Freiplätze in den Landesschülerheimen mit Bevorzugung für Grenzlandkinder, das ist eine große Wohltat, wenn man dadurch die Kinder Minderbemittelter in die Mittelschule bringen kann, die begabt sind, weil das sonst ja nicht möglich wäre. Das ist eine sehr wertvolle Einrichtung. Da muß man wirklich den Dank an alle aussprechen, die hier die Initiative ergriffen haben. Ferner wurden von uns die Ausfallhaftungen für Bauern und Genossenschaften sehr reichlich in Anspruch genommen.

Und nun noch etwas. Diese Kreditgewährung für Investitionskredite, bei denen das Land die Ausfallhaftung übernimmt, das ist eine sehr schwierige Sache wegen dieser Satzweichung der Auszügler. Es ist natürlich sehr schwierig, wenn ein junger Bauer einen Kredit aufnehmen will, daß dann der alte Bauer zum Gericht zitiert wird, um dort seine Unterschrift zu geben wegen der Satzweichung. Viele Alte verstehen das nicht und denken, jetzt geht alles zugrunde. Das müßte man vor allem durchsetzen, und nachdem die Landes-Hypothekenanstalt der Geldgeber ist und der Herr Präsident Wallner dort Kurator ist, müßte das doch möglich sein, daß man das auf einem kurzen Weg

macht. (Präsident Wallner: „Die Schwierigkeiten sind ja schon beseitigt durch einen Beschluß des Landtages, wonach eine Ausfallshaftung übernommen wird.“) Ich habe mich erkundigt und habe erfahren, daß man ein eigenes Gesuch machen muß, damit die Sache geregelt wird. Man kann einen Bauer nicht wegen jeder Unterschrift stundenweit herztieren.

Noch etwas Persönliches möchte ich hier sagen. Es betrifft die Arnfelser Gemeinde selbst, und zwar den Ferkelmarkt. Der ist sehr gut angelaufen, die Umsätze sind sehr gut, die Leute sind sehr zufrieden. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß wir dort 1½ Millionen Schilling umgesetzt haben. Wenn man bedenkt, daß diese Ferkelproduktion zu mehr als 80 % eine reine Arbeitsleistung ist, dann kann man von diesen 1½ Millionen Schilling 80 % auf Arbeitsverdienst umrechnen. Ich glaube, das ist sehr wertvoll und sehr zweckmäßig, noch dazu, wo diese Einrichtung dem Land und der Kammer fast nichts kostet. Wir haben eine Halle gebaut, weil man die Ferkel ja irgendwo unter Dach bringen muß, damit sie sich nicht verkühlen. Und dabei ist uns etwas passiert bei dieser Halle. Da sind aber nicht wir schuld. Es gibt Leute, die planen, und diese Halle ist zu groß geplant worden und die Vergebung war so ähnlich, wie der Herr Dr. Stephan gesagt hat, und da ist es ein bißchen schief gegangen, so daß wir jetzt die Halle um 200.000 S zu teuer in der Hand haben. Ich habe eine Aufsichtsbeschwerde an den Herrn Landeshauptmann mit einer Abschrift an den zuständigen Referenten, Abteilung 8, Landesrat Prirsch, und eine Abschrift an den Herr Präsidenten Wallner gemacht. Aber von allen dreien haben wir keine Antwort erhalten. Dabei haben wir schon den Gleichenbaum oben, (Präsident Wallner: „Ich habe die Antwort gegeben!“) ach richtig, ich habe mich geirrt, vom Herrn Präsident Wallner habe ich eine Antwort erhalten. Auf der Stiege draußen haben wir uns ausgeredet. Jetzt steht aber der Gleichenbaum oben und wir können nichts mehr ändern. Er hat mir gesagt, es wird wohlwollend behandelt werden, aber der Herr Landeshauptmann hat auch nicht mehr Geld, kurz und gut, die 200.000 haben wir nicht. 400.000 haben wir ja zusammengebracht, von den 2.000.000 S, die wir bekommen haben, sind 250.000 für diese Halle ausgegeben worden. Auch von der Kammer haben wir 50.000 S in dankenswerter Weise bekommen, alles andere sind Eigenleistungen der Genossenschaft. Jetzt müssen wir halt schauen, daß wir die 200.000 S irgendwo hernehmen.

Gestatten Sie mir noch, als Grenzlandbauer, als Angehöriger eines Aufbaugebietes, dem Hohen Haus Dank zu sagen für die Mittel und für die Förderung, die uns zuteil wurde. Wir danken auch der Kammer, die uns unterstützt und fördert, und den Förderungsbeamten, denn die haben auch kein Honiglecken in dem Gebiet dort unten, weil sie alles zu Fuß abgehen müssen, und da möchte ich wirklich den Herrn Präsident bitten, daß er bei den Reiserechnungen dieser Förderungsbeamten nichts abzwicken läßt, damit diese Leute ihre Kosten wirklich refundiert bekommen.

Ich glaube, durch diese Förderung ist die Festigung unserer Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Betriebe an der Grenze am besten gesichert. Wir helfen dadurch nicht nur Steiermark, sondern ganz Österreich, wenn die Grenze unten richtig abgesichert ist. (Lebhafter Beifall.)

3. Präsident **Dr. Stephan**: Hoher Landtag! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich auf die beiden Redner, den direkten Vorredner Abg. Edlinger und Präsidenten Wallner eingehen. Bezüglich der Rede des Abg. Edlinger möchte ich auf die Kammerwahlordnung zu sprechen kommen. Wie Sie alle wissen, ist bei der Kammerwahlordnungsnovelle des vorigen Jahres viel über verschiedene Dinge hin und her geredet worden. Am Schlusse ist, wie Abg. Edlinger gesagt hat, ein Gesetzeswerk herausgekommen, das, wie sich bei den vergangenen Kammerwahlen herausgestellt hat, den Anforderungen nicht entsprochen hat. Es ist vielleicht doch ein Grund hiefür, neuerlich an die Umarbeitung dieser Kammerwahlordnung, des Kammergesetzes überhaupt zu gehen. Es ist wohl nicht als demokratisch zu bezeichnen, wenn eine Gruppe mit 16.000 Stimmen bei dieser Kammerwahl 6 Mandate in der Landeskammer erhält, während die andere, die fast 10.000 Stimmen erhalten hat, kein Mandat erhalten hat. Das ist auf eine zu große Untergliederung in den Wahlkreisen zurückzuführen. Sicherlich wäre ein besseres und den wirklichen Erfordernissen besser entsprechendes Bild herausgekommen, wenn man sich an die Nationalrats- und Landtagswahlkreise hätte halten können. Ich darf erwähnen, daß es weitere Kammerwahlordnungen gibt, die revisionsbedürftig wären; so wohl das Arbeiterkammerwahlgesetz als auch das Wahlgesetz für die Kammer der gewerblichen Wirtschaft wird früher oder später einer Revision unterzogen werden müssen. Der amtliche Stimmzettel, den wir nun bei den Landtags- und Nationalratswahlen schon haben, hat sich bei den Kammerwahlen offenbar noch nicht durchsetzen können. Wir glauben, daß unsere Demokratie zu lebendig ist, um sich diesen Gründen nicht zu verstoßen und auch für die Kammerwahlen den amtlichen Stimmzettel einzuführen. (Abg. Sebastian: „Sie haben kein Recht zur Klage. Wir haben rechtzeitig aufmerksam gemacht.“) Das war über die Wahlberechtigung. (Landesrat Prirsch: „Ihr habt da eine interne Absprache gehabt!“) (Abg. Scheer: „Leider keine gehabt, sonst wäre ein solches Ding nicht möglich gewesen.“) (Landesrat Prirsch: „Eine Verschwörung, die nicht zum Tragen gekommen ist!“)

**Präsident**: Das Wort hat Herr Präsident Dr. Stephan.

3. Präsident **Dr. Stephan** (fortfahrend): Ich bin gefragt worden, ob ich einen Zwischenruf erlaube. Abg. Wegart und meine beiden Vorredner sind auf das Grenzland zu reden gekommen. Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, daß auf unsere Initiative die beiden anderen Parteien des Hohen Hauses sich bereit erklärt haben, einen gemeinschaftlichen Resolutionsantrag einzubringen, der eine weitgehende Erleichterung der Grenzlandfrächter für die Beförderung beinhaltet. Das ist

praktisch ein Beitrag, der da für das Grenzland geschehen ist. Jeder der im Winkel von Radkersburg oder Mureck oder Spielfeld beheimateten Frächter hat nur einen halben Kreis oder einen Kreissektor zur Verfügung. Wenn die Bundesregierung für diese Leute eine Ausnahme macht und die beförderungsfreie Zone erweitert, so könnte diesen Leuten so geholfen werden wie den im Binnenlande liegenden Frächtern.

Was mich jedoch wundert beim Kollegen Edlinger, ist, daß er nicht auf einen Vorfall zu sprechen gekommen ist, der sich leider in der letzten Zeit da unten abgespielt hat. Ich darf vorausschicken, daß der Fall, ohne irgendwelche persönliche Dinge aufwühlen zu wollen, von der beteiligten Partei in absolut eleganter Form erledigt wurde. Das ist nicht der Grund, darauf zu sprechen zu kommen, sondern daß wir Sorge haben wegen der Entwicklung in diesem Teil des Grenzlandes überhaupt. Wenn man die Entwicklung der Genossenschaft Ehrenhausen seit einigen Jahren und ihre Beteiligung an der Steirischen Weinkellereigesellschaft mit offenen Augen beobachtet hat, konnte man verschiedenes feststellen. Schon seinerzeit, als — 1955 glaube ich war es — die Gründung dieser Weinkellerei beschlossen wurde, wurde viel geredet, ich habe mir persönlich erlaubt, vor dem Schritt zu warnen — daß diese teils mit dem Gesetze und teils mit den genossenschaftlichen Vorschriften kaum oder nicht in Einklang zu bringen ist. Die Genossenschaft Ehrenhausen hat 1955, ich kann das Datum genau sagen, am 26. März und am 11. April je eine Vollversammlung einberufen. Bei Vorliegen der Einladungskarte zu diesen Vollversammlungen fiel auf, daß einige integrierende Bestandteile, die nach dem Genossenschaftsgesetz erforderlich sind, nicht vorhanden waren. Es ist unten zu einer turbulenten Sitzung gekommen. Die bei dieser Sitzung beschlossene Gründung der Steirischen Weinkellereigenossenschaft m. b. H. wird heute noch von verschiedenen Bewohnern dieses Grenzlandes angezweifelt. Es ist dann ein wenig später abermals zu einer Vollversammlung gekommen, die die Haftung des einzelnen Genossenschafters auf das Zehnfache erhöht hat, und Sie können sich durch Augenschein überzeugen, daß es heute noch viele Genossenschaftler in diesem Gebiet gibt, die davon nichts wissen. Es ist eben ihre eigene Schuld gewesen, sich nicht zu informieren. Dort in dieser Genossenschaft ist man von der eigentlichen Vollversammlung auf das Delegiertensystem übergegangen, also so, daß nicht jeder in die Vollversammlung geht, sondern durch einen Delegierten vertreten wird. Falls eine größere Entscheidung an die Genossenschaft in finanzieller Natur einmal gestellt werden sollte, würden unter Umständen die armen Weinbauern mit dem Zehnfachen ihres Anteiles zum zahlen kommen. Wenn Sie nun noch wissen, daß den Leuten, die ihren Wein abliefern, 50 Groschen pro Liter einbehalten werden und daß diese 50 Groschen zur Anteilsbildung herangezogen werden, so kann man sich, ohne ein Mathematiker zu sein, ausrechnen, daß der Mann mit jedem Liter, den er abliefern, eine Haftung von 5 S eingeht und für den Wein nur 4'50 S bekommt. Das Bedauerliche ist, daß die

Lieferanten, die den Wein an die Weinkellereigesellschaft und über die Genossenschaften an diese Gesellschaft abliefern, die kleinen und bedürftigen Weinbauern sind, während viele von den größeren Genossenschaftlern eine lukrative Verwendung ihres Weines über andere Wege vorziehen und damit auch diese Haftung umgehen können. Denn wenn sie ihren Wein in Linz oder sonstwo zum Verkauf anbieten, den Wein, den sie ohne Benützung der Genossenschaft gekeltert haben, dann brauchen sie ja auch die 50 Groschen nicht zu bezahlen und dadurch keinen Anteil bilden und um das Zehnfache dafür haften. Es sind dort unten Maßnahmen getroffen worden, die es uns als unangenehm erscheinen lassen, daß wir es seinerzeit nicht durchsetzen konnten, daß bei der Erörterung der Einführung des Kontrollausschusses die Kontrolle nicht weitergezogen wurde, als sie tatsächlich gezogen worden ist. Sie erinnern sich, daß in dem Entwurf auch das Kontrollrecht über die Körperschaften enthalten war, die vom Landtag dotiert werden, dazu gehört die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft. Die Landeskammer hat sich im Juli dieses Jahres mit einem Betrag von 2,000.000 S an der Weinkellereigesellschaft beteiligt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es nicht eine Gesellschaft m. b. H., sondern eine Genossenschaft m. b. H. gewesen wäre, dann hätte der Revisionsverband, bevor diese Einlage von 2,000.000 S erfolgte, feststellen können, daß hier etwas nicht stimmt. Schon die Konstruktion, als Dachverband für Genossenschaften eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu machen, die dem Revisionsverband nicht untersteht, war ein großer Fehler, der sich jetzt bitter rächt. Ich will ja nicht unken, aber es wird sicher notwendig sein, daß alle Verantwortungsbewußten — gleich welcher Partei — trachten, daß diese Angelegenheit in geregelte Bahnen gebracht wird, daß diese Angelegenheit derart genau durchforscht wird, daß unseren Grenzlandbauern, die dieser Gesellschaft willig gedient haben, kein Schaden daraus entsteht.

Es ist vielleicht da und dort üblich, ich denke da an den Fall Haselgruber, solche Sachen, besonders, wenn es sich um Steuerhinterziehungen handelt, als Kavaliersdelikte abzutun, weil man sich sagt, es täte ja jeder gerne einmal dem Herrn Finanzminister Kamitz etwas vorenthalten. Aber das ist ein falscher Weg. Es ist ja nicht gesagt, daß an einem solchen Steuervergehen nicht noch andere Schlampereien hängen. Es ist z. B. nicht einzusehen, warum man dort einen Getreidesilo mit 2,1 Millionen Schilling bauen mußte, während ein privater Müller in dieser Gegend denselben um eine Million hingestellt haben soll. Es ist auch nicht einzusehen, daß ein Bürohaus zur Verbesserung des Betriebsklimas gebaut wird, auch das wird die Finanzkraft der Genossenschaft überschritten haben. Es ist mit einem Wort notwendig, daß hier eingegriffen wird, und zwar nicht nur von jenen, die zum Teil schon eingegriffen haben, sondern auch von allen anderen, die sich berufen fühlen, nicht nur das Grenzland, sondern die ganze Steiermark vor solchen Dingen zu schützen.

Ich darf nun, nachdem ich kurz auf diese Sache eingegangen bin, weiter auch auf landwirtschaftliche Belange zu sprechen kommen. Der Herr Präsident Wallner hat in außerordentlich begrüßenswerter Weise schon seine absolute Zustimmung zu unserem jahrelangen Vorschlag, mit der EWG. ins reine zu kommen, zu erkennen gegeben. Wir freuen uns über diese Zustimmung, bedauern aber, daß diese Erkenntnis entweder zu spät kommt, oder vielleicht, wenn sie schon früher vorhanden war, sich nicht hat durchsetzen können. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Beitritt Österreichs zur EWG. oder der berühmte Brückenschlag sich jetzt um vieles schwerer durchführen lassen, als er vor einem Jahr oder vor  $1\frac{1}{2}$  oder vor einem halben Jahr oder vor 2 Monaten hätte durchgeführt werden können. Wir haben den Karren in eine Richtung geschoben, und es wird schwer sein, ihn dort herauszuziehen und in die andere Richtung in Fahrt zu bringen. Wenn man die Lage der Wirtschaft in Betracht zieht und die statistische Feststellung betrachtet, daß der Anteil der Bauernschaft am Volkseinkommen von 12 auf 11 % gesunken ist, obwohl die Erzeugung um 11 % gestiegen ist, wenn man weiter betrachtet, daß jeder Arbeitende in der Landwirtschaft einen durchschnittlichen Jahreslohn von 7000 Schilling haben soll, wenn man weiter bedenkt, daß 20 % der Bevölkerung über 30 % der geleisteten Arbeitsstunden zu verzeichnen haben, dann muß man sagen, wie gestern der Herr Abg. Hegenbarth ausführte, daß der Bauer wohl hinter der Konjunktur herläuft, er holt sie aber nicht nur nicht ein, sondern er bleibt immer weiter zurück, und es wäre an der Zeit, hier Abhilfe zu schaffen, statt weitere Schäden zu verursachen, indem man Gelegenheiten wie den Beitritt zur EWG. versäumt und so die Versuche zunichte macht, hier auf einen grünen Zweig zu kommen.

Außer dieser Sünde wider die österreichische Wirtschaft, insbesondere wider die Landwirtschaft, beschäftigt uns alle schon lange die Angelegenheit mit dem Landwirtschaftsgesetz. Es dürfte das schon so lange her sein, daß viele gar nicht mehr wissen, daß es unsere Fraktion war, die den ersten Entwurf im Nationalrat zu diesem Gesetz eingebracht hat, der seither schon von 16 oder 17 anderen abgelöst wurde, wobei der 17. dem 1. so wenig ähnlich sieht, daß man ihn nicht einmal mehr mit einem gemeinsamen Namen bezeichnen kann. Es muß davor gewarnt werden, daß man, nur um die Bevölkerung zu beruhigen, irgendein Fabrikat mit dem Namen Landwirtschaftsgesetz beschließt, das diesen Namen gar nicht mehr verdient noch das zum Inhalt hat, was man von einem solchen Gesetz erwarten kann. Es wird sich im Parlament mit viel Aufwand an Worten eine Debatte entwickeln, die am Schluß nicht nur von Partei zu Partei, sondern, wie der Herr Landwirtschaftsminister selbst zugegeben hat, sich auch noch innerhalb mancher Parteien abwickeln wird. Es hat gar keinen Sinn, die Giftzähne auszureißen und das ganze Instrument mit falschen Zähnen auszustatten, sondern es wird gut sein, dem eigentlichen Sinn, dem eigentlichen Landwirtschaftsgesetz näherzukommen und dieses dann zu diskutieren.

In diesem Zusammenhange ist es sicherlich erfreulich, daß Präsident Stromer, der ja Nationalrat ist, unserer Fraktion mitgeteilt hat, daß wir hoffen können, im Jänner in Verhandlungen über dieses Landwirtschaftsgesetz eintreten zu können. Sie können sich darauf verlassen, daß wir im Sinne des allgemeinen, nicht im Sinne eines Parteiinteresses in diesem Fall verhandeln werden. Erst wenn diese Voraussetzungen eines Landwirtschaftsgesetzes geschaffen sein werden, wird es möglich sein, auf der Ebene dieses Gesetzes und wohlgestärkt durch das Bewußtsein, nun endlich einmal eine Basis zu haben, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die unserer Landwirtschaft helfen. Es gibt solche Dinge, die man in die Wege leiten könnte, bevor man das Landwirtschaftsgesetz hat. Es ist schon lange die Rede davon, in anderen Staaten ist es schon längst der Fall, daß die Grundnahrungsmittel von der Umsatzsteuer befreit werden und dies, wenn es den Landwirten zugutekommt, würde eine erhebliche Besserstellung beinhalten.

Man müßte im Zusammenhang mit einem von unserer Fraktion geforderten Höferecht zur Herabsetzung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer kommen. Ich kann diese Auswirkungen, die diese hohen Steuern mit sich bringen, nicht erörtern. Das Fehlen eines Höferechtes ist mit ein Grund, daß der Hof zulange in der Hand eines alten Bauern bleibt, während der junge, moderne Bauer nicht nachzukommen vermag. Das wäre in einem leidlich geordneten Höferecht von der gesetzlichen und von der finanziellen Seite zu ordnen und hier Fluß in die Sache zu bringen.

Wir hatten seinerzeit ein steuerfreies Treibstoffkontingent in der Landwirtschaft aus der Erwägung heraus, daß die Mineralölsteuer zur Erhaltung der Straßen zweckgebunden verwendet wird. Da aber der landwirtschaftliche Schlepper nur auf dem Weg vom Hofe auf den Acker und zurück auf der Straße fährt, also 95 % seiner Radspur aber in den Acker gräbt oder in den Wald, kann er füglich nicht zur Mineralölsteuer verhalten werden. Es wäre wohl mehr als recht und billig, daß für die Landwirtschaft auf diese Mineralölsteuer verzichtet wird und man der Landwirtschaft wieder ein steuerfreies Treibstoffkontingent zukommen läßt.

Wir haben in diesem Hohen Haus vor 2 Jahren eine einstimmige Resolution bezüglich des Katastrophenfonds gefaßt. Der Vorredner hat von der Katastrophe im Müürztal geredet, die einen bedeutenden Schaden verursacht hat, der wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht gut zu machen sein wird. Es wäre schön gewesen, wenn wir schon im vorigen Jahr diesen Katastrophenfonds gehabt hätten. Wir konnten die zur Verfügung gestellten Bundesmittel nicht in dem Maß in Anspruch nehmen, weil der Bund das Junktim „Zahle ich, zahlst auch du“ aussprach. (Landesrat Prirsich: „Der Bund ist uns noch ein paar Millionen schuldig.“) Jedenfalls wäre es schön, wenn man an die Bildung eines Katastrophenfonds gehen könnte und wenn man von sich aus in der Lage wäre, wenn auch nicht eine so riesige — es war im Thörlgra-

ben wieder eine Katastrophe — Katastrophe abzufangen und den Geschädigten zu helfen. Eine schnelle Hilfe ist in solchen Fällen eine doppelte Hilfe. Es soll nicht allzusehr Ihre Sentimentalität beanspruchen, wenn wir darauf zu sprechen kommen, daß in unserem Sozialstaat an unsere Bauern zu wenig gedacht wird. Wenn wir hier von der Lage in der Landwirtschaft im allgemeinen reden, wenn wir sagen, daß da und dort das Einkommensniveau zu niedrig und ein Landwirtschaftsgesetz notwendig ist, so müssen wir rein menschlich ein Problem betrachten, das einer Lösung, um unseren Ruf als Kulturstaat zu wahren, dringend harret. Wenn wir die Arbeitszeit und die Arbeitsleistung einer Bäuerin betrachten und ihre eigentlichen biologischen Aufgaben in der Bevölkerung im Auge haben, muß man sehen, daß Hilfe dringend nottut. Es hat nicht an Ansätzen gefehlt, hier Hilfe zu schaffen, wie z. B. Wöchnerinnen- und Krankenhilfe, doch sind das kleine Ansätze, die nicht einmal in Prozentsätzen zu erfassen sind.

Ich appelliere an Sie ohne Unterschied der Partei, diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich durch Augenschein von der Notwendigkeit der Behandlung dieser Fragen auf dem flachen Lande zu überzeugen. Es wäre demnach besser, er ginge in ein seiner Berufssphäre fremdes Gebiet, um sich zu überzeugen, was hier für die Gesamtheit notwendig ist. Präsident Wallner ist darauf zu reden gekommen, daß der Bauernwald dort oder da im argen sei. Ich habe auch in Zeitschriften ähnliche Auffassungen gelesen, daß nur der große Wald, die Staatsforste, die Privatforste in Ordnung seien, der Bauernwald aber arg leide. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade, bis zu einem gewissen Grade aber auch nicht, es ist vor allem gegendweise und bodenweise verschieden. Eines steht fest, was ein Mann gesagt hat, der davon etwas verstanden hat: Die beste Forstpolitik ist eine gute Landwirtschaftspolitik. (Zwischenruf: „Richtig!“) Wenn der Bauer nicht gehalten ist, seine Landwirtschaft dadurch zu erhalten, daß er den Wald in Anspruch nimmt, kann der Forst wachsen und gedeihen, er muß den Traktor und die Kuh nicht mit einem Baum, sondern mit dem Ertrag der Landwirtschaft kaufen. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“)

Wenn man in diesem Zusammenhang noch gesagt hat, daß die europäische Wirtschaftsgemeinschaft unsere Neutralität verletze, wir können dieser europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus Neutralitätsgründen nicht beitreten, muß ich sagen, wie es später im Nationalrat von einem Herrn gesagt worden ist, der nicht unserer Partei angehört, daß die landwirtschaftliche Lebensfähigkeit eines Landes auch die politische Unabhängigkeit sichert. Das ist eine Binsenwahrheit, aber erst diese politische Unabhängigkeit ist die Grundlage für eine wirkliche Neutralität. Wollen wir hoffen, daß im kommenden Jahr, anhand der von uns zu beschließenden Resolution einerseits und der hier vorgetragenen Wünsche andererseits, die an die Ohren Höhergestellter in Wien dringen mögen, daß für die Landwirtschaft geschieht, was für ihre Erhaltung notwendig ist, wollen wir hoffen, daß diese Frage

in einer Form bereinigt wird, die einen Schaden für unsere Bevölkerung nicht befürchten läßt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Hegenbarth:** Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Es ist interessant, daß im ganzen freien Europa heute ein Drang herrscht nach wirtschaftlicher und zum Großteil politischer Zusammenarbeit. Das Abendland ist sich seiner Schwächen bewußt geworden gegenüber dem großen Block des Ostens und bemüht sich nun, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet durch ein enges Miteinander- statt Nebeneinander- und Gegeneinandermarschieren eine wirtschaftliche Stärkung von Mittel- und Westeuropa herbeizuführen. Man könnte hier, wenn auch vorderhand noch kein Ende dieser Besprechungen abzusehen ist, ein altes Sprichwort zitieren, welches lautet: „Alle Wege führen nach Rom“ bzw. zur EWG. oder zur EFTA., denn schließlich und endlich haben alle diese Bestrebungen nur ein Ziel, nämlich die Integration, die Zusammenarbeit und Stärkung der europäischen Wirtschaft.

Es ist klar, daß sich auch die Landwirtschaft nicht heraushalten kann und auch nicht heraushalten will. Und so manches Eigenständige, was im Laufe von Jahrzehnten und Jahrhunderten durch eine protektionistische Zollpolitik sich entwickelt hat, wird fallen müssen, weil wir uns anpassen müssen. Es ist erfreulich, daß unsere österreichische Landwirtschaft heute schon trotz aller Kriegsschäden und trotz schwierigster Aufbaujahre auf weiten Gebieten der Produktion und des Preisniveaus ohne weiteres imstande ist, in eine größere Gemeinschaft einzutreten. Es wird natürlich hie und da Schwierigkeiten geben, dessen sind wir uns bewußt, aber diese Schwierigkeiten werden auch anderen Ländern nicht erspart bleiben. Es ist so ähnlich wie bei einer Ehe, beide Teile müssen gewisse Opfer bringen, um die süße Wonne der jungen Ehe genießen zu können. (Heiterkeit.) Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß sich große Wirtschaftsfachleute mit Maßnahmen befassen, die wir noch zu treffen haben, um in einem kommenden Wirtschaftsraum konkurrenzfähig zu bleiben. Es ist vielleicht eines der kompliziertesten Probleme der österreichischen Landwirtschaft, daß ein hoher Prozentsatz der Landwirtschaftsbetriebe nicht nur bei uns in der Steiermark, sondern noch viel mehr im Burgenland ausgesprochene Kleinbetriebe sind, bei denen eine wirksame Mechanisierung und die Anwendung wirklich rationeller arbeitssparender Methoden sehr schwierig ist. Es gibt auch Fachleute oder sogenannte Fachleute, die eine Radikalkur vorschlagen, die sagen — und auch in verschiedenen Zeitungen wurde das ausgesprochen —, man solle einfach 100.000 oder 150.000 von den insgesamt 400.000 Betrieben auflassen und die freiwerdenden Flächen zur Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben verwenden. Diese würden dadurch lebensfähiger und krisensicher und die freiwerdenden Arbeitskräfte soll man der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft zuführen, die ja im Zeitalter eines großen wirtschaftlichen Aufschwunges sicher in der Lage seien, diese Arbeitskräfte zu verdauen.

Nun, Hohes Haus, auf den ersten Blick gesehen, sehen diese Vorschläge nicht so übel aus. Nur im praktischen Leben ist es so, daß sich so schöne Vorschläge, die da mit Lineal und Rechenmaschine gemacht werden, dann in der Praxis anders ausnehmen als in der Theorie. Hunderttausend Bauern oder Kleinbauernfamilien zu entwurzeln, das ist nicht schwer. Aber ob es dann gelingen wird, diese rund 400.000 Menschen ohne große Schwierigkeiten in die industrielle und städtische Welt einzugliedern und ob man sicher sein kann, daß man auch in der Zukunft immer in der Lage sein wird, diese Arbeitskräfte zu beschäftigen, das ist eine Frage, die auf einem anderen Blatt geschrieben steht.

Überlegen Sie einmal, welch ein ungeheures Vorhaben es ist, diese Menschen bloß wohnraummäßig zu versorgen. Praktisch gesehen sind diese vielen tausend Kleinbetriebe ja nicht in der Umgebung der Industriestädte, und der größte Teil davon liegt bei uns in den Bezirken Feldbach, Radkersburg, Leibnitz, Graz-Umgebung, Weiz, und das sind alles Bezirke, die wenig Industrie haben, und es ist eine alte Binsenwahrheit, daß der Arbeiter zur Fabrik geht, aber nicht umgekehrt. Also würden diese Leute, wenn man ihnen auch einen Arbeitsplatz in Andritz oder Kapfenberg beschaffen könnte, diese Strecken nicht bewältigen können, man würde sie auch dort ansiedeln müssen, wo sie arbeiten, und es würde sich ergeben, daß auf der einen Seite halbe Dörfer leer stehen würden und auf der anderen Seite der Wohnraummangel in den Industriorten sich bis zur Unerträglichkeit anspannen würde.

Eine zweite Frage aber ist es, wer soll garantieren, daß diese Aufwärtsbewegung der Industrie immer anhalten wird? Eine wirtschaftliche Voraussage zu treffen ist noch schwieriger als eine Weltervoraussage. Vor 25 Jahren hat der französische Großindustrielle und Wirtschaftsfachmann Michelin ein Buch geschrieben, heute würde man sagen einen Bestseller, mit dem Titel „Das Ende des industriellen Zeitalters“. Damals im Jahre 1933 hat dieser Mann haargenau bewiesen, daß der Ausbau und die Entwicklung der Industrie zu Ende seien, daß es wieder zurückgehen wird mit der Industrie, und er hat als einzigen Ausweg nur den einen Rat gefunden, Europa müsse seine überschüssigen Menschen nach Südamerika, Australien und Afrika schicken, dort sei noch Platz genug, dort würden diese überschüssigen Europäer Platz finden. Und alle großen Wirtschaftsfachleute der damaligen Zeit mit und ohne Vollbart haben dazu genickt und haben gesagt: „Jawohl!“. Und wie haben sich diese Fachleute geirrt! Wenn man die Statistiken zur Hand nimmt, so liest man dort, um ein Vielfaches hat sich die industrielle Produktion vermehrt und es gibt kaum eine industrielle Sparte, die sich im Laufe der letzten 25 Jahre nicht vervielfacht hätte. Sie sehen, es ist schwer, etwas vorauszusagen. Es kann daher auch niemand voraussagen, ob nicht vielleicht in einigen Jahren oder Jahrzehnten, wenn man die Automation durchgeführt haben wird, nicht auch gewisse Übergangsschwierigkeiten rein arbeitsmäßig bei uns bestehen werden. Zweifellos gibt es einen gewissen Trend zur Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn man

in eine moderne Fabrik hineinkommt und ich hatte öfter Gelegenheit dazu, dann kann man nur sagen, man vergönnt dem Arbeiter bei Puch, bei den Steyr-Werken oder in Linz bei der VOST von Herzen die 45-Stundenwoche, denn was da an einem solchen Fließband vom Arbeiter verlangt wird, das grenzt oft schon an das Menschenmögliche, was da aus einem Menschen herausgeholt wird, damit diese erhöhte Freizeit wettgemacht wird.

Es ist also keine Sicherheit dafür vorhanden, daß diese hunderttausend Kleinbauernfamilien, von denen Wirtschaftsfachleute meinen, daß sie überflüssig seien und daß sie umgesiedelt werden müssen, auf die Dauer einen Arbeitsplatz in der Industrie finden würden. Damit entstehen schwierige soziale und staatspolitische Probleme, und im Falle einer geringen Rezession, um das Wort Krise zu vermeiden, würden diese vom Standpunkte der Industrie ungelerten Arbeitskräfte die allerersten sein, die ihren erst eroberten Arbeitsplatz verlieren würden. Es würde sich dadurch das industrielle Proletariat vermehren und auch die Zahl der Unzufriedenen, und diese Armen würden zu einem politischen und wirtschaftlichen Unsicherheitsfaktor ersten Ranges werden. Wir sind der Auffassung, daß radikale Lösungen auf diesem Gebiete höchst bedenklich wären. Unsere Landwirtschaft hat seit Jahren das Menschenmögliche getan, um die Produktion zu steigern und, was ebenso notwendig ist, sich preislich an das Ausland anzugleichen. Wir sind der Auffassung, daß eines Tages alle Zoll- und Kontingentsgrenzen fallen werden und es eines Tages überhaupt kein Problem bedeuten wird, Schlachtvieh von Graz nach Brüssel und Obst und Wein von Frankreich nach Linz zu bringen. Auf diese Zeiten müssen wir uns vorbereiten.

Es ist sehr erfreulich, daß unsere Landwirtschaftsschulen überfüllt sind, daß unsere Kammerfachkurse ein Echo hervorgerufen haben in der Bauernschaft, das selbst ausgesprochene Optimisten vom Format unseres Präsidenten Wallner vor einigen Jahren kaum zu hoffen wagten. Es ist noch erfreulicher, daß auch in nicht bäuerlichen Kreisen eine neue, eine bessere, eine positive Bewertung der Landwirtschaft sich allmählich durchsetzt. Im Laufe der letzten 5 Jahre wurden in der Steiermark Lehrhöfe, das sind überdurchschnittlich geführte Landwirtschaftsbetriebe, von der Kammer ausgesucht, wo die Landwirtschaftslehrlinge nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch von jungen Bauern unterwiesen werden. Auf solchen Lehrhöfen sind 9000 landwirtschaftliche Lehrlinge untergebracht zwecks Ableistung ihrer Lehrzeit. Interessant ist, wo diese jungen Menschen herkommen. Die Kammer hat uns statistisches Material hiezu geliefert. Von diesen 9000 Landwirtschaftslehrlingen stammen 4500 aus den Kreisen der Bauernschaft und Landarbeiterschaft, 4300 aus nicht landwirtschaftlichen Kreisen, und zwar vom Arbeiterbuben angefangen bis zur Tochter des Akademikers. Alle Berufssparten sind vertreten, die heute die Lehrlinge hier für die Landwirtschaft liefern. Es ist kaum eine Tatsache gewesen, die mich in

der letzten Zeit so sehr erfreut hat wie diese. Ich ersehe aus ihr, daß man auch außerhalb der Landwirtschaft mit der geistigen Unterbewertung der Landwirtschaft allmählich aufräumt.

Der Herr Vizepräsident Dr. Stephan hat vorher schon das Kapitel Wald gestreift. Es wurde im Laufe der letzten Jahre von besorgten Journalisten öfters die Frage aufgeworfen, ob nicht bei uns in Steiermark und darüber hinaus in Österreich Schindluder getrieben würde mit dem grünen Gold unseres Landes und Fälle aufgezählt, wo es Mißbräuche gegeben haben soll. Hohes Haus, ich kann Sie da wirklich beruhigen. Wirklich ins Gewicht fallende Überschlagerungen in größerem Ausmaße gibt es in Steiermark in keinem einzigen Bezirk, dafür sorgt schon unsere sehr rührige Bezirksforstinspektion. Ich kann Ihnen sagen, es passiert nicht selten, daß ein Bauer zu mir kommt und sich beklagt, daß man ihm Schwierigkeiten mache bei der Schlägerung dieser oder jener Waldparzelle. Ich ersehe daraus, mit welchem Eifer, manchmal Übereifer unsere Forstaufsichtsorgane daran sind, jedem Versuch einer Überschlagerung oder Waldausplünderung entgegenzutreten. Ich habe auf diesem Gebiet einen Kronzeugen, den Herrn Regierungsforstdirektor Hofrat Ing. Elsässer, der uns vor kurzem mitgeteilt hat, daß von den Schlägerungsansuchen des vergangenen Jahres, von seiten der Forstinspektion gesehen, nur in 3 % der Fälle Bedenken bestanden haben. Nach Aussprache mit Bauern, die schlägern wollten, hat man diesen 3 % der Fälle meist einen Ausweg gefunden in der Weise, daß er woanders geschlägert hat oder die Schlägerung auf einen längeren Zeitraum verteilt hat oder es gelungen ist, ihm von der sogenannten Stürgkh-Aktion einen verbilligten Kredit zu beschaffen und es ihm dadurch erspart geblieben ist, seinen Wald anzugreifen. Es besteht also keine Ursache zu glauben, daß aus unserer grünen Steiermark ein Karstgebiet wird. Richtig ist, daß in vielen unserer Wälder im Laufe der letzten Jahre mehr Holz herausgenommen wurde, als in der gleichen Zeit zugewachsen ist, aber das kann man noch nicht als Ausplünderung oder Überschlagerung bezeichnen, man bezeichnet das in der Volkswirtschaft als Vorgriff. Der Bauer sieht, daß er mit den alten Produktionsmethoden nicht mehr mitkommt und sich Maschinen ankaufen muß und hochwertiges Vieh. Er muß sich alle Fortschritte der Technik und der Wissenschaft zunutze machen, um in der kommenden europäischen Wirtschaft bestehen zu können. Das kostet Geld, viel Geld, und was ein altes Sprichwort sagt, zum Kriegführen gehört Geld, zweitens Geld und drittens noch einmal Geld, das gilt auch für die Rationalisierung der Landwirtschaft. Vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist es in solchen Fällen weitaus vernünftiger, wenn der Bauer vielleicht einen gewissen Vorgriff in seinen Wald macht, mehr herausnimmt als zugewachsen ist, worauf er sich dann im Laufe der nächsten Jahrzehnte eine gewisse Zurückhaltung auferlegen muß, er spart sich Zinsen und Amortisation für ein Darlehen, und das käme ihm wahrscheinlich teurer.

Vor einigen Tagen habe ich in einer Wiener Zeitung, die auch in Steiermark eine erkleckliche

Anzahl von Abonnenten hat, einen richtigen Alarmruf gelesen. Ein Akademiker hat den Ruf ausgestoßen, die Volksgesundheit sei durch Krebs bedroht, weil die Bauern Kunstdünger anwenden. Er führt als Beispiel an, daß es in Spanien viel weniger Krebsfälle gibt als in der Schweiz, weil die Schweizer viel Kunstdünger anwenden. Hier ist dem Herrn ein Irrtum passiert. In Spanien ist das Lebensalter der Bevölkerung viel niedriger durch die schlechteren sozialen Verhältnisse, und der Krebs ist in erster Linie eine Krankheit der höheren Jahrgänge. In der Schweiz werden die Leute älter. Das heißt, ein viel größerer Teil der Bevölkerung kommt ins krebgefährdete Alter, und daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Schweizer 16 Prozent Krebstodesfälle haben und die Spanier nur 7 Prozent. Also nicht der Kunstdünger ist schuld daran, sondern einfach die Tatsache, daß ein Großteil der Spanier frühzeitig an Tuberkulose, Unterernährung und anderen Krankheiten stirbt, wodurch das Durchschnittsalter viel niedriger ist. Er hat gar keine Gelegenheit, 50 Jahre alt zu werden und einen Krebs zu bekommen, wenn er schon mit 30 Jahren stirbt. (Abg. DDr. Hueber: „Herr Medizinalrat Hegenbarth!“)

Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann hat in Graz in einer Versammlung gesprochen und den Vorschlag gemacht, man möge die gesamten Landwirtschaftsförderungsmittel zentral bewirtschaften. Hohes Haus, dagegen haben wir schwerste Bedenken. Wer gibt die Förderungsmittel? Der Bund, die Länder, die Gemeinden, die Kammern und die Genossenschaften. Und dieses Nebeneinander hat sich bisher bestens bewährt. Nun kommt der Herr Doktor Pittermann daher und möchte eine Zentralstelle schaffen, die von oben herunter alles bewirtschaftet und nach ihrem Gutdünken die Mittel verteilt. Wie würde das aussehen! Eine große Zentralstelle, eine neue Tintenburg in Wien mit dem nötigen lebenden und toten Inventar müßte her und in Zukunft wird der Bürgermeister von Hitzendorf nicht mehr selbst mit Gemeindemitteln einen Stier kaufen, sondern der Herr Generalstierinspektor oder der Herr Ober-Besamungsrat wird darüber entscheiden, ob das nötig ist. (Heiterkeit.) Auf diesem Weg der Zentralisierung kann man dem Herrn Vizekanzler mit bestem Willen nicht folgen. Die Sozialistische Partei liebt eben die Planwirtschaft, und wir lehnen sie ab. Aber wir sind dafür für eine gesunde Wirtschaftsplanung. Darin besteht der Unterschied.

Hohes Haus, ich habe mich bemüht, Ihnen aus dem Blickwinkel eines kleinen Landtagsabgeordneten, der selbst Bauer ist, einen kleinen Querschnitt zu geben über einige Probleme der Landwirtschaft. Ich möchte hier nicht an meine bäuerlichen Kollegen appellieren, die das gar nicht nötig haben, sondern ich möchte appellieren an die städtischen Vertreter: Bringen Sie der Landwirtschaft mehr Verständnis entgegen, als dies bisher der Fall gewesen ist, dann wird die Landwirtschaft auch in der Lage sein, in Zukunft voll und ganz ihrer Aufgabe als Nährstand des Volkes nachzukommen. (Allgemeiner Beifall.)

**Abg. Egger:** Hohes Haus! Als wir vor 2½ Jahren im Lande die Ausführungsgesetze zum Mutterschutzgesetz erließen, wodurch Gemeindeangeestellte und auch Landarbeiterinnen in den Mutterschutz einbezogen wurden, da war es uns klar, daß gerade jene Gruppe der Bevölkerung, die einen Mutterschutz besonders notwendig brauchen würde, noch nicht in den Genuß solcher Schutzbestimmungen kommen wird, das sind die Landfrauen. Ihnen wäre der Mutterschutz so notwendig, weil diese Frauen eine Arbeit zu leisten haben, die nicht nur eine ungewöhnlich lange Arbeitszeit erfordert, sondern auch schwerste körperliche Arbeit ist.

Diese schwere und lange Arbeit in der Zeit vor und nach einer Geburt zu leisten, bedeutet für die Bäuerinnen eine unerträgliche Belastung, die zu schwersten körperlichen Schädigungen führt, wie wir immer wieder beobachten können. Selbstverständlich ist diese Tatsache den Vertretern der Landwirtschaft immer bekannt gewesen, deshalb wurden von ihnen auch Mittel und Wege gesucht, hier Abhilfe zu schaffen. Es wurden in der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark Beratungen abgehalten, wie man den Bäuerinnen in dieser Zeit helfen könnte. Das, was den Unselbständigen an Hilfe gegeben werden kann, nämlich Urlaub oder geldliche Hilfe, das ist gerade bei der Landfrau nicht möglich bzw. nicht ausreichend, weil es mit ihren Aufgaben nicht vereinbar ist. Die Arbeit muß weiterlaufen, die Felder müssen bebaut, die Tiere versorgt werden, denn es handelt sich bei dieser Arbeit um die Betreuung lebender Wesen, Menschen, Tiere und Pflanzen. Daher nützt ihnen kein Urlaub, sondern nur eine zusätzliche Arbeitskraft, die die Pflichten der Bäuerin übernehmen kann. In Verfolgung dieser Gedanken wurden dann jene Maßnahmen erwogen, die ein wirkliches Mütterhilfswerk für die Landfrau darstellen könnten. Man hat den Weg gefunden, Familienhelferinnen auszubilden und diese einzusetzen. Etwas ähnliches wurde auch schon in manchen Gemeinden eingeführt, z. B. in der Gemeinde Graz, und diese Familien- oder Heimhelferinnen haben sich bewährt. Sie sind nicht nur eine Hilfe für die Familie, sondern dies ist auch eine sehr günstige finanzielle Regelung, die die Körperschaften weniger belasten als andere Hilfsmaßnahmen.

Um die Landfrau zu ersetzen, ist es nicht möglich, irgendwelche nur für den Haushalt geschulte Kräfte einzustellen; die Landfrau braucht Hilfen, die nicht nur vom Haushalt, sondern auch von der Landwirtschaft etwas verstehen. Deshalb hat man festgesetzt, daß solche Familienhelferinnen in der Landwirtschaft Mädchen oder Frauen sein müssen, die eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule besucht haben.

Weiters werden noch zweimonatige Kurse durchgeführt, um sie für ihre Spezialaufgabe als Familienhelferinnen für die Landbevölkerung zu schulen. Diese Aufgabe hat die Caritas übernommen, weil sie mit der Durchführung solcher Aufgaben vertraut ist, weil sie besondere Erfahrungen hat und weil das auch ein kostensparender Weg ist. Auf diese Weise wird es möglich sein, daß schon in Kürze die ersten Kurse zur Schulung solcher Helferinnen einberufen werden und schon im Jahre 1960

werden etwa 20 Helferinnen in den einzelnen Bezirken der Steiermark eingesetzt werden können. Wir können feststellen, daß diese Zahl von 20 Helferinnen selbstverständlich noch nicht ausreichen wird. Es ist aber immerhin ein Anfang, der dazu dienen soll, Erfahrungen zu sammeln, und ohne Zweifel ist es besser, klein anzufangen, um das Ganze nachher in richtiger Weise auszubauen.

Dieses Mütterhilfswerk für die Landfrauen scheint mir eine wünschenswerte und würdige Fortsetzung all der Maßnahmen zu sein, die von den Vertretern der Landwirtschaft selbst zur Erleichterung der Arbeit der Bäuerinnen eingeführt wurden, so z. B. die haus- und landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung der Bauernmädchen oder die mannigfaltigen Förderungsmaßnahmen zur Technisierung der bäuerlichen Haushalte, für die auch das Land Steiermark alljährlich einen größeren Betrag zuschießt. Das Erfreuliche an dem neu geplanten Mütterhilfswerk ist, daß die praktische Durchführung bereits allseitig bedacht und sofort verwirklicht werden kann. So ist dieses Hilfswerk nicht nur Theorie, sondern wird in Kürze jenen Frauen zur Verfügung stehen, die so wichtige Aufgaben im Leben unseres Volkes haben. Für die Initiative und Tatkraft, mit der die Vorarbeiten geleistet wurden, ist allen daran Beteiligten zu danken.

Der Betrag von 300.000 S, der aus den Mitteln des Landes im Jahr 1960 für das steirische Mütterhilfswerk vorgesehen ist, wird ebenso für die Ausbildung wie für die Anstellung dieser Familienhelferinnen verwendet werden. Ich glaube, wir können mit wirklicher Freude feststellen, daß diese neu bewilligten Mittel einer ganz besonders wertvollen Verwendung zugeführt werden. (Beifall.)

**Abg. Lafer:** Hohes Haus! Die hohen Verluste an Bodenflächen, die alljährlich der Landwirtschaft abgenommen werden durch den Straßenbau, durch den Wegebau, durch den Häuserbau, können nur durch Aufschließung neuer Grundflächen wettgemacht werden. Als vor einigen Jahren in Steiermark eine Erhebung durchgeführt wurde über jene Flächen, die noch entwässerungsdürftig wären, ergab sich eine Fläche von über 40.000 ha. Diese Fläche zu entwässern, würde bei den derzeitigen Aufwendungen pro ha über eine halbe Milliarde Schilling erfordern, zusätzlich der Eigenleistung der Interessenten. Der Ertragsentgang beträgt bei sehr minimalen Einnahmen jährlich an 120 Millionen Schilling, die der Landwirtschaft und der Volkswirtschaft alljährlich verloren gehen.

Wenn ich zu Unterabschnitt 731 Post 700 und 701 einen Blick tue, muß ich feststellen, daß für diesen Zweck nur ein Betrag von 4 Millionen Schilling plus des Betrages des Bundes zur Verfügung steht. Wenn hier in Zukunft nicht mehr Mittel für diesen wichtigen Zweck gegeben werden, so dauert es ein Menschenalter, bis die restlichen Flächen entwässert und der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können. Wir müssen bedenken, daß an einem Berghang der Bauer unter schwersten Bedingungen den Boden als Ackerland nutzt, wo ein Maschineneinsatz nicht möglich ist. Im Tal sind riesige Flächen, die mit Einsatz moderner Maschinen

bearbeitet werden, zum Teil aber auch fruchtlose, versumpfte Gebiete daneben.

Ich möchte die Landesregierung bitten, alles daranzusetzen und beim Bund vorzusprechen, daß im kommenden Jahr für diesen so wichtigen Teil der Landwirtschaft, für die Entwässerung weiter Grundflächen des Landes Steiermark mehr Mittel als bisher bereitgestellt werden mögen.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! In der letzten Zeit spricht man immer häufiger von der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ein Drittel der Landwirtschaft wird existenzfähig sein, einen weiteren Teil will man existenzfähig machen, und um das dritte Drittel ist uns bange. Jedenfalls steht fest, daß zu den schon bestehenden Bergbauernproblemen noch ein neues Problem dazu kommt. Anlässlich einer Agrarkonferenz hat ein maßgebender Vertreter der EWG erklärt, es sollen alle jene landwirtschaftlichen Betriebe aufgelassen werden, die wegen unzureichender Größe der Nutzfläche oder wegen abweichenden natürlichen Bedingungen wirtschaftlich bedroht sind. Was eine solche Entwurzelung von Tausenden von Menschen für die gesamte Wirtschaft bedeutet, will ich nicht erwähnen, sondern feststellen, daß eine solche Abgrenzung mit wissenschaftlichen Mitteln nicht möglich ist. Niemand, der ernst genommen werden will, will dafür die Verantwortung übernehmen. Die Entscheidung, ob die Heimat aufgegeben oder bewahrt wird, ist vorläufig noch Sache des Besitzers mit seiner Familie. Für die Produktionsbedingungen der Bergbauern braucht man keine feste Norm, keine Mindestgrenze bezüglich Fläche, Klima und Boden. Es leben noch tausende von Bergbauernfamilien, denen man auf Grund ihrer kritischen Lage das Leben abgesprochen hat, und sie leben noch, weil die Vertreter der steirischen Agrarpolitik nicht nur den Wert der Bergbauern erkannt haben, sondern auch die richtigen Wege zur Lösung des Bergbauernproblems beschrritten haben.

Gerade auf dem Gebiete der Besitzfestigung wurde da sehr viel geleistet. Wenn man von Besitzfestigung spricht, muß man in erster Linie an die Erschließung der Bergbauernhuben durch die Elektrifizierung denken, da sie größtenteils den geringsten Anteil an den technischen Errungenschaften haben. Außerdem wurden große Leistungen gewährt für den Aufbau und Umbau von landwirtschaftlichen Gebäuden und Wirtschaftsgebäuden. Herr Abg. Edlinger hat davon gesprochen, daß 652 km Güterwege in den letzten 8 Jahren gebaut wurden, mit einem Gesamtkostenaufwand von 113'4 Millionen Schilling, wovon aus öffentlichen Mitteln 61'9 Millionen Schilling und von Seiten der Interessenten 51'5 Millionen Schilling aufgebracht wurden. Es wurden 951 km Hochspannungsleitungen und 2811 km Niederspannungsleitungen gebaut mit einem Gesamtkostenaufwand von 120'5 Millionen Schilling. Die Beträge aus öffentlichen Mitteln betragen 38'7 Millionen Schilling, die E-Werke und die Interessenten haben 31'8 Millionen Schilling geleistet. Ich darf im Namen der Bergbauern für diese Unterstützung dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Präsidenten Wallner, dem Herrn Landesrat Pirisch und dem Leiter der agrartechnischen Abteilung, Hofrat Dipl. Ing. Hödl, mit

allen Förderungsbeamten Dank sagen und ich darf daran die Bitte anschließen, daß alles darangesetzt wird, daß sobald wie möglich auch der letzte Bergbauernhof erschlossen und elektrifiziert wird.

Abg. Brandl hat gestern in seiner Rede zur Gruppe 5 gesagt, daß es dem Gewerkschaftsbund gelungen ist, daß heute jeder Arbeiter in der Lage ist, seinen Urlaub anzutreten. Wir wünschen das jedem Arbeiter, aber es wäre hoch an der Zeit, daß auch der Bergbauer und die Bergbäuerin einen entsprechenden Lohn für ihre harte und schwere Arbeit bekommen. Urlaub hat die Bergbäuerin nur dann, wenn sie ins Wochenbett geht. Auf jeden Fall ist es notwendig, daß die Unterbewertung der Landwirtschaft dringend beseitigt wird. Den Bergbauern sollen keine neuen Lasten auferlegt werden. Wenn die Bergbauern für den kommenden Europamarkt entsprechend ausgerichtet werden, dann bin ich überzeugt, daß auch sie den Konkurrenzkampf bestehen werden. Das Hauptarbeitsgebiet wird in der Viehzucht und in der Milchwirtschaft liegen und es darf die Förderung der Almwirtschaft nicht vergessen werden. Die Almwirtschaft gibt ja die Voraussetzungen dafür. Auf dem Gebiet der Viehzucht ist bereits Pionierarbeit geleistet worden. Die Ennstaler Bergbauern sind als erste darangegangen, TBC- und bangfrei zu werden und stehen mit ihren Milchprodukten im internationalen Konkurrenzkampf, den sie nicht nur erfolgreich bestehen, sondern auch unserer gesamten Wirtschaft dadurch wertvolle Devisen bringen. Es ist ja bekannt, daß von der Molkerei Stainach Milch- und Milchprodukte im Ausmaß von täglich 50.000 kg nach Deutschland und Italien exportiert werden. Der Devisenerfolg beträgt im Jahre 2'5 Millionen Dollar an freien Devisen.

Was den Bergbauern und die Landwirtschaft besonders berührt, ist, daß wir durch den ständigen Bau von Straßen, Wohnungen und Industrieanlagen immer mehr Grund verlieren. Wir bekennen uns zu dieser Notwendigkeit, aber auf der anderen Seite ist es sehr bedauerlich, daß der Bund so wenig Verständnis für die Gewinnung von Neuland durch Meliorationen zeigt. Das ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß im ganzen Land viel zu wenig agrarische Gesinnung herrscht, und daß viele Menschen vergessen, woher eigentlich das Brot kommt und wo es erzeugt wird. Es darf nicht übersehen werden, daß der Kreis der nicht Lebensmittel produzierenden Bevölkerung durch die Abwanderung vom Land in die Stadt und in die Industrieorte immer größer wird. Es ist daher die Forderung der Landwirtschaft an den Bund sicher gerecht, daß mehr für die Gewinnung von Neuland getan wird, damit der Bauer seiner Aufgabe, das Brot zu erzeugen, nachkommen kann.

Was die Bergbauern besonders betrifft, ist, daß Betriebe in extremer Lage besonders gefördert werden müssen. Für diese Förderung, die sie bekommen, leisten sie ja auch 100fach mehr. Die städtischen Industrie- und Gewerbeunternehmungen sind durch den Menschenstrom, der aus den bäuerlichen Gegenden kommt, immer wieder groß und stark geworden. Die Erhaltung der Bergbauern bedeutet nichts anderes als die Erhaltung eines tausendjährigen Siedlungsraumes, also die Erhal-

tung vieler Familien, die sich noch selbst ernähren und der Bergbauer verwaltet ein erhabenes Stück unserer Heimat und hat Anspruch am Wohlstand und an den Errungenschaften unseres Volkes teilzunehmen. (Beifall.)

(Ende 13 Uhr.)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr. Als erster Redner ist der Herr Abg. Gottfried Brandl vorgemerkt.

(Fortsetzung 15 Uhr.)

**Präsident:** Ich nehme die zu Mittag unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind bei der Gruppe 7.

Abg. **Gottfried Brandl:** Hohes Haus! Wenn wir einem Fernstehenden die Durchsicht des Voranschlages übertragen würden, dann würde er feststellen, daß im Kapitel 7 Ausgaben enthalten sind für die Bergbauernbetriebe, und zwar vor allem für den Zinsendienst für Darlehen zur Schaffung lebensfähiger Familienbetriebe, für Darlehen an kleine Landwirte usw. Er würde sagen, hier muß etwas nicht in Ordnung sein. Er würde sagen, es kann nicht in Ordnung sein, daß die Landwirtschaft, die über eigene Mittel verfügt, so auf die Hilfe des Landes angewiesen ist, um vor Katastrophenfällen bewahrt zu bleiben.

Tatsache ist, daß die Landwirtschaft im Wettlauf der Zeit mit der Mechanisierung und Technisierung nicht schritthalten konnte. Gerade die bei uns sehr zahlreichen Bergbauernbetriebe, auf die heute Vormittag schon Abg. Lackner hingewiesen hat, die zwar fast allgemein mit Fahrwegen aufgeschlossen ist, machen den Einsatz von modernen Bodenbearbeitungsmaschinen in diesen Lagen unserer Landwirtschaft nur beschränkt möglich. Tatsache ist auch, daß die Landwirtschaft nicht mit ihren beiden Kontrahenten, Gewerbe und Industrie, die sich während der letzten Jahre wirtschaftlich erholen konnten, schritthalten konnte.

Die Preise, die die Landwirtschaft für ihre Produkte erzielt, sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Lohngestaltung. Bei niederen Preisen ist nicht nur die Produktivität der Arbeit geringfügig, sondern es fehlt auch an der wirtschaftlichen Festigkeit. Die Landwirtschaft braucht, um kostendeckende Löhne tragen zu können, auch kostendeckende Preise. Was das Einkommen in der Landwirtschaft anbelangt, so ist es damit am schlechtesten bestellt. Wäre es anders, dann hätten nicht hunderttausende Landarbeiter und -arbeiterinnen, Söhne und Töchter von Landwirten das Bauernhaus und das Feld verlassen und sich anderen Berufen außerhalb der Landwirtschaft zugewendet. Auch die Unselbständigen in der Landwirtschaft nehmen jährlich in der Steiermark um rund 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen ab. Man muß sich selbstverständlich die Frage vorlegen, welche Gegenleistung erhält die bäuerliche Bevölkerung dafür? Mit Schleppern und Mähreschern wird man die fehlenden Arbeitskräfte nicht ersetzen können und auch die Pensionen und Renten für diese an sich schon kinderarme Volksschicht wird man dann nicht aufbringen können. In dem Maß, wie der Bauern-

stand zurückgeht, wird die Ernährung unseres Volkes gefährdet. Wohl konnte die Landwirtschaft in den letzten 14 Jahren nach Beendigung des Weltkrieges die Ernährung zu 86% aus eigener Erzeugung für unsere Bevölkerung aufbringen, dies nur unter großer Anstrengung, trotz starker werdendem Leutemangel, trotz dem Druck der Preisschere war diese Leistung der Landwirtschaft möglich. Dieser Raubbau an der wirtschaftlichen Kraft der agrarischen Bevölkerung, der sich aus der allgemeinen Unterbewertung der Landschaftsarbeit ergibt, hat Grenzen. Hiefür sind schon genügend Beweise vorhanden. Der landwirtschaftliche Betrieb wird nicht nur immer ärmer an Arbeitskräften, die eigene Familie des Bauern wird immer ärger belastet, der Arbeitstag für die arbeitenden Menschen am Lande wird immer länger, die Ruhepausen immer kürzer, die Arbeit immer endloser und eintöniger. Die Kinderarbeit nimmt zu. Es muß festgestellt werden, daß bei den militärischen Stellungsuntersuchungen der bäuerlichen Burschen viel mehr gesundheitliche Schäden festgestellt werden konnten als dies bei anderen Berufen der Fall ist.

Die übermäßige Arbeitsleistung älterer, abgewerkter Landarbeiter und auch Selbständiger ist eigentlich ein unmöglicher Zustand, an dem wir meist ahnungslos vorübersehen und der nur von den mit den Dingen Befassten allerorts festgestellt werden kann. Die 3. Novelle zum Landarbeiter-Sozialversicherungsgesetz, die unter bestimmten Voraussetzungen eine vorzeitige Rente für Männer, die das 60. und für Frauen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, vorsieht, wird von keinem Berufsstand mehr in Anspruch genommen werden, als von den vorzeitig alternden Landarbeitern. Die Verschuldung der Landwirtschaft nimmt zu. Diese Beispiele könnte man jetzt noch vermehren. Daß alle Zweige der Wirtschaft Opfer der ländlichen und städtischen Bevölkerung zu erbringen haben, ist verständlich, wird aber bei weiterer Fortsetzung zum Zusammenbruch führen. Diese Erschwernisse des ländlichen Daseins führen zu einem immer stärker werdenden Gefälle vom Land zur Stadt. Dieses wirtschaftliche und kulturelle Gefälle wird fortauern und es besteht die Gefahr, daß bei diesem Zustand der Entwicklung wir bei den rauchenden Schloten der Industrie hungern müssen.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade die städtische Bevölkerung mehr als bisher aufmerksam gemacht werden muß, welch weiter Weg es ist, bis Brot, Milch, Fett und Fleisch auf den Tisch kommen, was die städtische Bevölkerung als selbstverständlich ansieht. Für die Ernährung will man immer weniger ausgeben, um für andere unnütze Dinge mehr zu erübrigen, dadurch werden die Löhne in der Landwirtschaft gedrückt. Was der Bauer der alten Wirtschaftsform, gemessen an der landwirtschaftlichen Produktion, leidet, leidet der Landarbeiter am Lohn seiner Arbeit, keine andere Wirtschaftsform weist eine ähnliche Kluft zwischen Wert und Wertschätzung auf, wie die Landwirtschaft.

Die Landarbeiterkammer, die im Kapitel 7 auch Beihilfen des Landes zur Förderung der Familiengründung, zur Errichtung von Eigenheimen, zur Unterstützung von notleidenden Land- und Forst-

arbeitern erhält und Mittel zur beruflichen Ausbildung in der Land- und Forstwirtschaft, würde auf diese Mittel gern verzichten, wenn die Voraussetzungen für eine gerechte und ausreichende Entlohnung der Arbeiter und Angestellten durch ein höheres Einkommen der Landwirtschaft gesichert wäre. Wir wissen genau, daß das einzige radikale Mittel, das Heilmittel zur Behebung des Notstandes gerechter Lohn heißt, in Form eines höheren Arbeitseinkommens, sowohl für die Bauern und ihre Familien als auch für ihre Mitarbeiter, die Landarbeiter. Die Frage der Lohnpolitik der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft ist nicht mehr die Frage einer Klasse, sondern sie wird zur allgemeinen Frage der Gesellschaft und der sozialen Ordnung. Jede Form des Lohnes ist in der Wurzel nichts anderes als das Ergebnis des Anteils an geleisteter Arbeit.

Die Ausweitung der Sozialpolitik, die von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern heute sehr gerne einer kritischen Betrachtung unterzogen wird, liegt in der Entwicklung der Zeit. Wer hätte vor 15 oder weniger Jahren gedacht, daß die Gewerbetreibenden und die selbständigen Landwirte eine Zuschußrente erhalten oder die Gewährung einer Kinderbeihilfe für die selbständigen Landwirte zur Selbstverständlichkeit geworden ist! Aber auch die Entwicklung des Arbeitsrechtes kann vor der Landwirtschaft nicht haltmachen. Eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit, angepaßt an die Arbeitszeit der gewerblichen und industriellen Arbeiter, liegt nicht nur im Interesse geordneter Konkurrenzbedingungen, sondern auch im Interesse des Staates, weil die Erhaltung der Gesundheit der Menschen zu den staatlichen Aufgaben gehört. Es geht heute um die Erhaltung einer gesunden Wirtschaft, eines gesunden Bauernstandes und um eine Entwicklung, die eine entsprechende soziale Aufstiegsmöglichkeit und Existenzsicherung für den Mitarbeiter in der bäuerlichen Wirtschaft, dem Landarbeiter selbst bringt. Dazu müssen alle Stände, das ganze Volk mitarbeiten und den Schutz der Landwirtschaft übernehmen. Je besser und gemeinsamer Stadt und Land diese Probleme meistern, desto erfolgreicher werden wir den sozialen Frieden und den Wohlstand in unserem Staate sichern und damit auch unserer Heimat dienen. (Beifall, Bravorufe.)

Abg. **Ing. Koch:** Hoher Landtag! Ich möchte gern einiges hinsichtlich des Fremdenverkehrs speziell im unmittelbaren Grenzland und der Gewerbeförderung im allgemeinen sagen. Wir haben gerade vom Abg. Wegart gehört, wie allein aus dem Gebiete Radkersburg die Abwanderung vor sich geht, ich muß sagen, daß diese Abwanderung einen besorgniserregenden Umfang annimmt. Es sind nicht nur junge Leute, die dort keine Arbeit finden und abwandern. Wir haben im unmittelbaren Grenzgebiet auch Bergbauernhöfe, die leer stehen. Wenn Sie sich die Mühe machen, dieses unmittelbare Grenzland zu besuchen, so werden Sie mit Schauern feststellen, daß mancher kleine Bauernhof leersteht. Ich hatte Gelegenheit, Herrn Landesrat Pirrsch im letzten Sommer unser ganzes Gebiet vorzuführen, er war mehr als erschüttert. Es sind mehr als 10.000 Menschen, die aus diesem Gebiet der Arbeit im Innern des Landes nachgehen müs-

sen, die Familien wohnen noch dort, aber wenn sie eine Möglichkeit haben, in dem Industriegebiet eine Wohnung zu erhalten, zieht auch die Familie nach. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die Bevölkerung an der Grenze sich allmählich verdünnt. Ganz abgesehen davon, daß das soziale Gefälle an der Peripherie des Landes, an der Staatsgrenze erschreckend ist. Genügsam wohnen dort die Menschen auf den Berghöfen, genügsam sind dort auch viele Gewerbetreibende, die sich recht und schlecht ernähren, die bei Gott nicht den Anschluß gefunden haben an den wirtschaftlichen Aufstieg, den wir erfreulicherweise sonst im Lande zu verzeichnen haben.

Es bewegt mich nun, einiges auf dem Gebiet Fremdenverkehr aufzuzeigen. Neben vielen Maßnahmen, die im Grenzlandgebiet bisher geschehen sind, sind auch viele Maßnahmen, die bereits in Vorbereitung sind. Sie sind sehr vielfältig, eine Reihe ist heute schon aufgezeigt worden, bei den bäuerlichen Betrieben durch die Umstellung auf den Anbau von Arzneipflanzen, Tabak und Hopfen. Auch andere Möglichkeiten werden ins Auge gefaßt. Ich darf sagen, daß wir wirklich uns mit Ernst und Sorge um dieses Problem bemühen. Ich hoffe und wünsche, daß alle Abgeordneten des Hohen Hauses sich dessen bewußt werden, daß die Grenze lebendig erhalten bleiben muß. Wenn man in diesem Gebiet geboren ist, dort lebt und arbeitet und sein Leben dort beschließt, hängt man mit allen Fasern seines Lebens an seiner Heimat. Ich muß Ihnen auch sagen, daß in meiner Kindheit noch entlang der Staatsgrenze tausende von Osterfeuern geleuchtet haben. Heute sind es nur mehr wenige. Das geht mir sehr nahe. Ich habe 20 Jahre im Ausland verbracht und bin glücklich, wieder in der Heimat leben zu können, und habe mich auch deshalb für die Gemeinschaftsarbeit bereiterklärt, um für meine Heimat etwas tun zu können.

Neben allen Förderungsmaßnahmen ist für uns der Fremdenverkehr sehr wichtig. Nachdem wir geographisch abgeschnitten liegen, denn bei Soboth hört die Welt auf, sind wir auf die Straße angewiesen. Wenn man bedenkt, daß Kärnten heute in der glücklichen Lage ist zu überlegen, nur mehr zahlungskräftige Gäste heranzubringen, so haben wir die Sorge, überhaupt Fremde heranzubringen. Wir wissen, vom Westen her tendiert der Fremdenverkehr. Kärnten ist überfüllt mit Fremden. Wenn wir das Tor Eibiswald-Lavamünd zu öffnen vermögen, so würde diesem Grenzgebiet eine beachtliche wirtschaftliche Belebung zuteil. Die Übernahme dieses 46 km langen Straßenstückes durch den Bund muß daher mit allem Nachdruck betrieben werden. Darüber hinaus sind wir auch ein Weinland und bis in den Bezirk Deutschlandsberg hinein wird sich das auswirken. Das ist eine der wirksamsten Maßnahmen für das Grenzland. Ein zweites Erfordernis ist Verbesserung der sanitären Anlagen. Viele werden ja diese Notstandsgebiete kennen. Die sanitären Anlagen sind katastrophal. Man muß die Wasserversorgungsbauten in diesen letzten Gemeinden unseres Landes intensivieren, dann wird man auch die einzelnen Fremdenverkehrsbetriebe sanieren können. Meine Bitte geht an die Landesregierung, besonders an den Herrn Landeshaupt-

mannstellvertreter Udier, daß man die 6 Gemeinden, die eine große Wasserversorgungsgenossenschaft gegründet haben, bevorzugt behandelt, und daß seitens der Landesregierung obige Straßenübernahme durch den Bund betrieben wird. Ich bin erschüttert, daß im letzten halben Jahr in Wien in dieser Frage nichts geschehen ist. Wir werden unsere Nationalräte darauf aufmerksam machen müssen, daß sie in Wien unsere Interessen mit Nachdruck zu vertreten haben.

Ein weiteres Kapitel ist die Gewerbeförderung. In der Gewerbeförderung haben wir in der Steiermark ein bescheidenes Pouvoir, mit dem wir an die kleinen und kleinsten Gewerbetreibenden Kredite im bescheidenen Ausmaß verteilen können. Wir haben in der Steiermark einen Gewerbekredit von 30.000 S zu 5 % Zinsen mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Wir haben vom Land noch nie eine Subvention verlangt, obwohl in dieser Sparte alljährlich hunderte zugrunde gehen. Dies nicht etwa, weil sie weniger fleißig wären, sie arbeiten länger und gönnen sich keinen Urlaub, sondern das liegt in der Entwicklung der Zeit, mit der sie nicht mehr mitkommen. Wohl haben wir seit 1945 der Industrie viele Milliarden zur Verfügung gestellt, damit sie investieren kann, vor allem auch der verstaatlichten Industrie, aber den kleinen Mann hat man vergessen. Ich darf berichten, daß es einem menschlich nahe geht, wenn man so alte Handwerksmeister sieht, deren Betriebe Generationen lang bestanden haben. Und nun ist kein Mensch mehr da, der diesen Leuten sagt, wir werden euch helfen. Ich bin oft zu solchen Meistern gerufen worden und ich muß sagen, es ist erschütternd. Ich möchte nur erwähnen, daß die Betriebe, die so auslaufen, wieder Nachwuchs haben müssen, und ich habe auch in meiner letzten Rede erwähnt, daß die Ausbildungsfreudigkeit unserer Jugend im großen Maß gegeben ist: Wir müssen dafür sorgen, daß junge, tüchtige und fleißige Menschen in die Lage versetzt werden, diese Lücken aufzufüllen, damit der Gewerbestand, der eine Säule der staatsbürgerlichen Freiheit bildet, neben der Bauernschaft erhalten werden kann. Ich bitte somit, den beiden von der OVP im Finanzausschuß eingebrachten Anträgen besondere Beachtung zu schenken. Und zwar:

1. Das Gesetz für gewerbliche Darlehen dahingehend zu ändern, daß weitere fünf Millionen jährlich für den Zinsendienst bereitgestellt werden.

2. Daß für einen kleinen Teil solcher Kredite und in besonderen berücksichtigungswürdigen Fällen das Land die Haftung übernimmt.

Beide Anträge sind möglichst bald von der Landesregierung dem Finanzausschuß zuzuweisen und vom Landtag zu beschließen.

Ich darf erwähnen, daß wir bei den Gewerbekrediten eine Dubiosität von nicht einmal 10% besitzen, d. h., daß hier sehr gewissenhaft vorgegangen wird, und daß auch nicht in leichtfertiger Weise Kredite genommen werden. Wir haben erfreulicherweise eine große Anzahl junger tüchtiger Handwerksmeister, die Spezialkurse besuchen, die strebsam und fleißig sind, die aber nicht die Möglichkeit haben, anzufangen, weil sie keine Realitäten für Kreditbesicherungen und Bürgen nur

schwer aufbringen können. Es geht darum, jungen Meistern, die unsere Lücken ausfüllen müssen, Startmöglichkeiten zu geben.

Ich bitte, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, damit wir auch dem Gewerbestand entsprechend gerechte Hilfe zuteil lassen werden können. Andere Bundesländer sind großzügiger in dieser Sparte, es gibt Bundesländer, die nicht nur 30.000 S geben, sondern auch 100.000 S zu 1% mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Ich möchte daher bitten, daß im Rahmen der Möglichkeiten auch in der Steiermark die berechtigten Forderungen dieses Standes erfüllt werden. (Beifall.)

Abg. **Dr. Pittermann:** Hohes Haus! Ich will in kurzen Umrissen einen Zweig der Landwirtschaft, der in der Steiermark einen nicht geringen Umfang einnimmt, herausheben, der, was wenig bekannt sein dürfte, auch exportmäßig eine Aktivpost in unserer Volkswirtschaft ist. Es handelt sich um unsere Viehwirtschaft, der im Rahmen dieses Budgets selbstverständlich auch eine entsprechende Förderung zuteil wird

Wertmäßig steckt in diesem Betriebszweig der Landwirtschaft eine Summe, die sich mit dem Betriebswert der Industrie wohl messen kann. Ich will diese Feststellung schon deshalb treffen, weil man darüber wenig weiß, oder sich zumindest falsche Vorstellungen macht. Der Wert unseres Viehstandes in der Steiermark beträgt rund 2'6 Milliarden Schilling. Die Jahresproduktion dieser Haustiere beläuft sich im Jahr auf 1'7 Milliarden Schilling. Das sind Zahlen, die sich würdig mit denen der industriellen Produktion vergleichen lassen. Dieser Viehstand muß gesunderhalten werden, nicht nur im Interesse der Volkshygiene, sondern auch im Interesse unserer Exportwirtschaft. Es ist heute doch allgemein bekannt, daß andere Länder nur Nutz- und Zuchttiere von uns kaufen, die auf Tuberkulose und auf Vorliegen seuchenhaften Verwerfens, des „Abortus Bang“, untersucht worden sind. Dies stellt jedes Land und damit auch den österreichischen Staat vor große Probleme, die organisatorisch, wissenschaftlich, markttechnisch und finanziell bewältigt werden müssen.

Ergänzend soll noch gesagt sein, daß dieser Zweig der bäuerlichen Wirtschaft in der Steiermark von insgesamt 79.000 vorhandenen Betrieben in der überwiegenden Mehrzahl von Mittelbetrieben verwaltet und bewirtschaftet wird. Von den 79.000 Betrieben haben 31.809 Wirtschaften nur eine Bewirtschaftungsfläche von 5 bis 25 ha, also mittlere Betriebe. Diese Zahlen mögen Ihnen die Notwendigkeit beleuchten, daß die entsprechenden Summen, die das Land für die Gesunderhaltung dieser Tiere aufwendet, durchaus berechtigt sind, weil die Hebung dieses Zweiges der Bauernwirtschaft die Landwirtschaft im allgemeinen hebt. Unser Qualitätsvieh wird überall geschätzt, zu unseren Käufern gehören nicht nur die Deutschen, sondern auch die Italiener, die Franzosen und Jugoslawen, in der letzten Zeit auch die Russen. Ich habe erwähnt, daß jedes Land Atteste verlangt, die den Gesundheitszustand der betreffenden exportierten Tiere nachweisen. Sie wissen, daß hier in der Steiermark im Jahre 1958 bei Inkrafttreten des Gesetzes über

das seuchenhafte Verwerfen der Rinder als erster der politische Bezirk Liezen, im weiteren die Verwaltungsbezirke Judenburg, Murau, Knittelfeld, Bruck a. d. Mur, Mürzzuschlag zum Bekämpfungsgebiet erklärt worden sind und seither bearbeitet werden. Die öffentliche Hand hat bisher dafür 2 Millionen Schilling ausgegeben, — der Bund rund 1,5 Millionen Schilling, das Land 600.000 Schilling. 1959 wurde der Gerichtsbezirk Hartberg dem TBC-Bekämpfungsverfahren angeschlossen und gleichzeitig eine Blutuntersuchung von 14.000 Rindern durchgeführt. Die Kosten dieser freiwilligen Untersuchungen in den Gerichtsbezirken Birkfeld, Hartberg und Vorau in der Höhe von 320.000 S wurden aus Landesmitteln getragen.

Die technische Seite dieses Bekämpfungsverfahrens geht so vor sich, daß eine Reihe von Tierärzten stoßartig das betreffende Gebiet bearbeiten, weil es sich darum handelt, daß diese Untersuchungen termingemäß und schnell durchgeführt werden, da ja von der schnellen Durchführung dieser Bekämpfungsmaßnahmen die weitere Verwertung abhängt. Versteigerungen, Export und andere Verwertungsmöglichkeiten treten plötzlich auf, und da für jedes einzelne Tier ein Zeugnis ausgestellt werden muß, beginnen die Schwierigkeiten, die vor allem in der Administration liegen. Ich muß daher bei dieser Gelegenheit nicht nur die Personalabteilung des Landes, sondern auch die Bezirkshauptmannschaften eindringlich bitten, in den Stoßzeiten dieser Bekämpfungsmaßnahmen die erforderlichen Kräfte zur Erledigung der administrativen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Es geht nicht darum, daß nicht nur diese Anzahl von Zeugnissen und die Ergebnisse der Impfungen verwertet werden, sondern vor allem darum, daß der Bauer das Ergebnis dieser Impfungen für sich wirtschaftlich ausnützen kann, weil er die Tiere, wenn er die entsprechenden gesundheitlichen Unterlagen hat, beim nächsten Exporteur oder bei der Versteigerung anmelden kann.

Für den Sektor der Banguntersuchung hat der Bund bisher 4.526.000 S, das Land 439.469 S und die Tierbesitzer 641.965 S ausgegeben. Diese Überlegung war auch die Ursache, weshalb im Finanzausschuß eine Umbenennung der entsprechenden Budgetpost beantragt wurde. Es werden die betreffenden beiden Posten nicht mehr differenziert in TBC und Bang, sondern in der Post „Bekämpfung der Rinderseuchen“ zusammengefaßt. Die Bekämpfung dieser Rinderseuchen ist auch für die menschliche Gesundheit bedeutungsvoll, weil z. B. das seuchenhafte Verwerfen der Rinder für den Menschen eine äußerst gefährliche Krankheit darstellt, die im Range der Weltseuchen an dritter Stelle nach der Poliomyelitis steht. Die TBC steht an vierter Stelle. Die Notwendigkeit, daß sich alle Staaten dem Bekämpfungsverfahren, ihren Tierbestand auf das Vorhandensein dieser Krankheiten überprüfen zu lassen, angeschlossen haben, liegt auf der Hand. Die Planung für das Jahr 1960 sieht hinsichtlich der Bangbekämpfung vor, daß der gesamte Bezirk Hartberg, der Bezirk Birkfeld und der politische Bezirk Weiz als neue Bekämpfungsgebiete einbezogen werden sollen.

Auch bei der TBC-Bekämpfung wurde bisher wertvolle Arbeit geleistet. Vom Jahre 1951 bis

zum Jahre 1959 wurden sieben Bezirkshauptmannschaften und ein Gerichtsbezirk — ich erspare mir die Aufzählung der Namen — in die Bekämpfungaktion gegen die TBC einbezogen und insgesamt wurden in rund 21.000 Betrieben 175.000 Rinder durch Impfung auf das Vorhandensein von TBC untersucht. Auch diese Zahlen mögen die administrative Arbeit, die sich im Anschluß an die Impfung ergibt, kennzeichnen, denn auch hier ergibt sich dasselbe, was ich früher bei der Bekämpfung gesagt habe. Der Gesamtaufwand dieser großen Arbeit betrug bisher 31.274.000 Schilling. Der Anteil des Landes beträgt seit 1951 4.490.000 Schilling, also rund 5 Millionen Schilling, so daß auch hier mit Genugtuung festgestellt werden kann, daß das Land sich seiner Aufgabe vollkommen bewußt gewesen ist. Dazu kommen die Zuschüsse von seiten der Besitzer und die Zuschüsse, die für die Weidenerhebungen in den Bezirken Voitsberg und Weiz alljährlich gegeben werden und die mit 4 Schilling aus öffentlichen Mitteln bezuschußt werden. Auch hier erhalten die Tiere einen Ausweis, so daß das Sprichwort „Von der Wiege zur Bahre Formulare, Formulare“ schon auch für den Rinderbestand Gültigkeit hat. Wir sind dazu gezwungen, weil wir ja exportieren müssen und weil sich diese Exporte für die Landwirtschaft mehr und mehr als ein lohnender Faktor auswirken. Es ist selbstverständlich, daß sich diese Arbeit in der Zukunft noch vervielfältigen wird, wenn die übrigen Verwaltungsbezirke einbezogen werden und diese müssen einbezogen werden. Die Schwierigkeiten werden bei der Durchführung dieser Arbeiten noch dahingehend steigen, daß die Beihilfen, die dann diesen letzten Bezirkshauptmannschaften gegeben werden müssen, wahrscheinlich ein Vielfaches von dem ausmachen werden, was wir jetzt brauchen. Denn natürlich werden die Untersuchungsergebnisse in diesen letzten Bezirkshauptmannschaften explosiv wirken, denn alles, was sich aus den bisher bearbeiteten Bezirkshauptmannschaften in diese noch nicht bearbeiteten Gebiete ergießt, ist nicht einwandfrei und muß ausgemerzt werden.

Ich wollte damit nur aufgezeigt haben, daß das Land sich auch dieser Verpflichtung bewußt wird, daß wir aber noch nicht am Ende aller Schwierigkeiten sind und daß wir auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft noch viel Arbeit leisten müssen, weil auch auf der anderen Seite die Gesunderhaltung unseres Tierbestandes eine Herabsetzung der Ausgaben auf sozialem und fürsorgerischem Gebiet hinsichtlich der Gesunderhaltung des wertvollen Faktors Mensch nach sich ziehen wird. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Berger:** Es stehen in der Gruppe 7 für Obstbauförderung und Förderung des Absatzes für Obst 360.000 Schilling für 1960 zur Verfügung. Wenn uns der Herrgott nächstes Jahr nicht durch Unwetter heimsucht, dann haben wir wieder eine reichliche Obsternte zu erwarten. Verzeihen Sie mir daher, wenn ich schon heute an die Konsumentenvertreter die Bitte richte, daß sie, wenn es so eintreffen sollte, auf die Konsumenten einwirken, damit sie unser Obst auch kaufen. Wir Obstbauern werden alles daran setzen, die Wünsche der Kon-

sumenten zu erfüllen. Wir werden dafür sorgen, daß das Obst auch ansprechend ist. Unerwähnt soll nicht bleiben, daß der steirische Apfel an Güte und Geschmack erstklassig ist. Ich bin überzeugt, wenn wir uns bemühen, sowohl die Produzenten, was die Güte anbelangt, als auch die Konsumenten, was den Absatz anbelangt, dann werden solche katastrophale Zustände wie bei der Obsternte im Jahre 1958 nicht mehr eintreten.

Es stehen leider in der Gruppe 7 für die Kleinlandwirtehilfe und für die Pächter nur 2,300.000 Schilling zur Verfügung. Besonders zu begrüßen ist, daß diese Beträge vor allem für die kleinen Besitzer und Pächter zur Verfügung stehen, die nicht in das Bergbauerngebiet einbezogen sind und die auch aus der Besitzfestigung heraus nicht unterstützt werden können, weil dafür keine Bestimmungen vorhanden sind.

Ich appelliere nochmals, sollte im Jahre 1960 wieder eine Riesen-Obsternte zu erwarten sein, daß Sie uns beim Absatz unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Dr. **Kaan**: Der Fremdenstrom, der Europa überflutet, durchblutet und befruchtet, steigt von Jahr zu Jahr. Die Verteilung dieses Stromes vollzieht sich nach Gesetzen, die nicht ganz erforschbar und nicht immer voraussehbar sind. Es spielt auch das Wetter eine große Rolle. Es spielt auch der Zufall eine große Rolle, und auch das politische Wetter spielt manchmal eine Rolle. Aber das Hauptgewicht liegt doch beim Wettbewerb in der Fremdenindustrie der einzelnen Staaten, aber nicht nur der Fremdenindustrie der einzelnen Staaten, sondern auch noch innerhalb der Staaten, der Länder, der Bezirke, der einzelnen Ortschaften und Städte. Es ist ein großer Wettbewerb im Gange, und jeder bemüht sich um geeignete Mittel, den größtmöglichen Anteil an diesem Fremdenstrom zu sich zu leiten, sei es nun der Strom aus dem nahen oder ferneren Westen, aus dem näheren oder ferneren Norden oder aus dem Inland. (Abg. DDr. **Hueber**: „Und was ist aus dem Osten?“) Davon haben wir nicht zu reden.

Alle Teile der Steiermark verzeichnen heuer eine erhebliche Steigerung des Fremdenverkehrs. Die Schwankungen liegen zwischen 1 Prozent und 41 Prozent, je nachdem, wie sich die Launen und die Erfolge der Werbung ausgewirkt haben, aber im Durchschnitt liegt die Steigerung doch so hoch, daß für Österreich auch schon der Begriff des absoluten Fremdenverkehrslandes geprägt worden ist. Ich verstehe unter diesem Begriff ein Land, in dem sich alle Wirtschaft dem Fremdenverkehr unterzuordnen hätte. Ich bin auch hier gegen die Totalität, weil zweifellos ein totales Fremdenverkehrsland sehr krisenanfällig ist, und außerdem gibt es Erscheinungen in solchen Ländern, nicht in Steiermark, aber in anderen Bundesländern, wo das Bauernland brach liegt, weil es eben einfacher ist und sich preislich besser auswirkt, Zimmer zu vermieten und Campingplätze zu errichten. Sicherlich ist das keine gesunde Entwicklung. Selbst wenn wir kein totales Fremdenverkehrsland sein wollen, begrüßen wir doch den fruchtbareren Strom, der auch uns zugute kommt, er bringt viel Geld, vornehmlich Hartgeld, in unser Land.

Man könnte wohl argumentieren, dieser Strom fließt von selbst, was gibt es da zu fördern und zu unterstützen? Es kommt doch alles nach Regeln und Gesetzen, die wir kaum beeinflussen können. Dieser Schluß ist völlig falsch. Ich habe an die Spitze meiner Ausführungen gestellt, daß ich das Hauptgewicht für die Bestimmung des Fremdenstromes im Ergebnis eines Wettbewerbes sehe. Wer im Wettbewerb stillsteht, fällt zurück, fällt ab. Man muß sich immer nach dem Nachbar richten. Von außen betrachtet hat die Fremdenverkehrsindustrie mit drei Elementen, einem relativen, einem launenhaften und einem absoluten Element zu rechnen. Das relative Element ist das, was jedes Land von seiner Fremdenverkehrsindustrie her im Fremdenwettbewerb zu bieten hat, durch Ausstattung der Hotels mit fließendem Wasser, mit Warm- und Kaltwasser, besonders gepflegter Küche, besonders gepflegten Zimmern, Verkehrslage der Straßen, Parkplätze, für die Schipisten die Lift, die Luft usw., alles das, womit sich der Wettbewerb, die Konkurrenz mit dem Nachbarlande auseinanderzusetzen und nach dem Nachbarlande sich zu richten hat.

Vieles wäre in Österreich noch nicht geschehen, wenn nicht eine Gefällsstufe gegenüber den westlichen Ländern bestehen würde. Blieben wir weiter zurück, würde der Fremdenstrom allmählich versiegen, denn das Reisepublikum wird immer verwöhnter. Der steigenden Reiselust steht gegenüber die Konkurrenzspirale, die Geld kostet und immer wieder Geld kostet.

Das zweite, das launenhafte Element ist das Publikum, welches in seinen Wünschen jährlich und saisonmäßig sehr schwankt, manchmal mehr ans Meer, manchmal mehr ins Gebirge und manchmal mehr in die alten Städte, manchmal in die Musikstädte geht, manchmal ist es der Sport, der den Anziehungspunkt bildet.

Die Propaganda und die Anpreisung muß beweglich sein, und eine solche schlagfertige Propaganda kostet immer Geld und immer wieder Geld. Sie finden daher im Unterabschnitt 779 den beträchtlichen Betrag von 48 Millionen Schilling, er wurde um 500.000 Schilling erhöht, um verschiedene Fremdenverkehrssektoren zu fördern und um in der Ausstattung den Konkurrenzkampf mit den Nachbarländern für unser Land zu verbessern. Aus den Ausführungen des Abg. Ing. Koch haben wir gehört, daß eine Resolution vorgelegt werden wird, in welcher die Regierung aufgefordert wird, zwei Novellierungen, zwei Gesetzentwürfe, betreffend Darlehen an die gewerbliche Wirtschaft und Fremdenverkehrsindustrie, vorzulegen. Die Förderung hat folgende Mittel: entweder werden Beihilfen gegeben oder Darlehen. Das hat sich aber nicht als sehr fruchtbar erwiesen, wesentlich fruchtbarer ist die Garantie für Bank- oder Sparkassendarlehen oder Zuschußleistungen für Zinsen. Hiefür war nach dem Gesetz nicht genügend Raum, so daß eine Novellierung das mit sich bringen soll.

Nun komme ich zum absoluten Grundelement, das wäre die Landschaft. Damit bin ich bei meinem Steckenpferd Landschaft und Naturschutz angelangt. Ich will da noch auf einen Punkt in der vorgestrigen Debatte zurückkommen, zum mittleren Ennstal. Von oberösterreichischer Seite wurde versucht, uns das Projekt Kastenreith damit schmuckhaft zu

machen, daß der lange Stausee die Gegend ungeheuer verschönt und eine außerordentliche Förderung des Fremdenverkehrs mit sich bringen würde. Wir sind der Meinung, daß ein eiskalter Stausee zwischen engen Bergen mit teils versumpften, teils betongeschützten Ufern keine Verschönerung der Landschaft und keine Verbesserung der Fremdenverkehrsverhältnisse mit sich bringt. Wir sind anderer Meinung. Das schöne Land soll bleiben, wie es der Herrgott dort geschaffen hat. (Zustimmung.) Die Beunruhigung der dortigen Bevölkerung ist einer Beruhigung gewichen insofern, als sie gesehen hat, daß das Werk Altenmarkt nahezu der Vollendung entgegengeht; vor allem aber, daß das wirtschaftliche Herz dieses Gebietes, die Zellulosefabrik Altenmarkt, wieder zu investieren begonnen hat, also mit einer langen Bestands- und Betriebsdauer rechnet, und darnach richten sich auch andere Wirtschaftskreise dieses Gebietes. Von unserem heutigen Gesichtspunkt aus betrachtet, möchte ich dieses Grundelement der Landschaft mit dem Antlitz einer schönen Frau vergleichen. Das Antlitz einer schönen Frau behält Reiz und Würde, je weniger man daran herumschminkt, keine Ausschmückung und Anpreisung versucht; es spricht für sich selbst. Lassen wir unsere Landschaft im wesentlichen wie sie geworden ist. Das wird für unser Land immer der beste Fürsprecher sein. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. **Hans Brandl**: Hoher Landtag! Es ist verständlich, daß in der Budgetdebatte, und vor allem in der Gruppe 7, die immer einen so weiten Raum über die Land- und Forstwirtschaft einnimmt, auch die Bauernkammerwahlordnung kritischen Bemerkungen ausgesetzt ist. Die Wahlordnung über die Bauernkammer wurde vom Steiermärkischen Landtag geändert, novelliert. Sie alle erinnern sich noch an die Diskussion, die dazu stattgefunden hat. Aus den stenographischen Protokollen ist zu ersehen, daß alle Sprecher zur Bauernkammerwahlordnung sich dafür ausgesprochen haben, daß nun ein größerer Kreis von Wahlberechtigten einbezogen werden soll, weil alle Eigentümer, Pächter und Nutznießer, wie das § 16 der Bauernkammerwahlordnung ausspricht, die mehr als 1 ha Grund besitzen, wahlberechtigt sind. Umstritten in dieser Bauernkammerwahlordnung war ein anderes Problem, weil wir der Meinung waren, daß absolut jeder, der umlagepflichtig ist, in einer Kammer auch wahlberechtigt sein soll. Der Wahlkampf für die Bauernkammer am 22. November 1959 ist verhältnismäßig für eine Kammerwahl sehr hart und sehr schwer geführt worden.

Wir haben vor allem feststellen müssen, daß der Begriff Pächter sehr stark umstritten ist. In der Bauernkammerwahlordnung heißt es ausdrücklich, „Pächter ist der, der mehr als 1 ha Boden hat“. Von einer beruflichen oder hauptberuflichen Tätigkeit steht nichts darin. Der Begriff des Pächters ist bekanntlich im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch im § 1090 bis 1091 sehr eindeutig geregelt. Eigenartig, meine Damen und Herren, war es allerdings, daß einzelne Bezirkskammern an die Sprengelwahlbehörden Anleitungen und Anweisungen hinausgegeben haben, daß als Pächter nur solche

Personen zu bezeichnen sind, deren Pachtvertrag von der Grundverkehrskommission genehmigt ist. Jeder, der das Grundverkehrsgesetz kennt, weiß, daß es hier gewisse Ausnahmen gibt. Ausnahmen insofern, als einzelne Gemeinden herausgenommen sind und daß andererseits auch solche Betriebe, die keinen reinen bäuerlichen Charakter mehr aufweisen, von dieser Genehmigungspflicht der Grundverkehrskommission ausgenommen sind. Es wurde hier eine Verbindung hergestellt, die absolut ungesetzlich ist. Ich nenne da zum Beispiel gleich meine nächste Gemeinde, das ist Mariazell, die auch von der Genehmigungspflicht der Grundverkehrskommission ausgenommen ist, und da würden Pächter, die auf Grund ihres landwirtschaftlich gepachteten Grundes, auch wenn sie hauptberuflich davon leben würden, vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Nachdem aber auch hier in der Debatte das Stichwort „Gußwerk“ vom Herrn Präsidenten gegeben worden ist, so ist es dasselbe, und ich fühle mich verpflichtet, dazu einiges zu sagen.

Ich habe vorhin erwähnt, daß der Kreis der Wahlberechtigten auf Grund der Novellierung vergrößert worden ist. 1954, bei der letzten Bauernkammerwahl, hat absolute Einigkeit darüber bestanden, daß die Frauen der Forstarbeiter, die gewisse Grundstücke zu bewirtschaften haben, wahlberechtigt sein sollen, daß aber die Forstarbeiter selbst das Wahlrecht nicht ausüben sollen, weil sie ja in einer Dienstnehmerkammer besonders verankert sind. Diese Bestimmung wurde vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben und daraufhin wurde unsere Novellierung durchgeführt. 1959 ist aber eine wesentlich andere Situation entstanden. Nachdem die Bauernkammer und damit die OVP auf Grund der Novellierung gesehen hat, daß der Kreis der Wahlberechtigten größer geworden ist, hat sie mit anderen Mitteln versucht, diesen Kreis wieder auf andere Weise einzuschränken. Es ist daher von den einzelnen Bezirksbauernkammern und auch von der Landesbauernkammer selbst die Parole hinausgegeben worden, daß Pächter nur solche Personen sind, deren Pachtvertrag von der Grundverkehrskommission genehmigt worden ist, und daß auch alle Pächter, die irgendwie in einem Dienstverhältnis stehen und auf Grund dieses Dienstverhältnisses landwirtschaftliche Grundstücke bearbeiten, auch wenn sie dafür Pacht zahlen, — das möchte ich vom größten Teil behaupten, es gibt auch einzelne Fälle, wo sie diesen Grund als Deputat haben — daß dieser Personenkreis nicht mehr wahlberechtigt sein soll. In den einzelnen Sprengeln und Wahlkörpern ist auch nach diesen Richtlinien vorgegangen worden. (1. Präsident Wallner: „Wir haben ja eine Bauernkammerwahl gehabt und keine Arbeiterkammerwahl!“) Das gilt nicht nur für den Kreis der Forstarbeiter, sondern für jeden Kreis, der mindestens 1 ha landwirtschaftliche Grundfläche bearbeitet. Wenn er nur 1 bis 2 ha Grundfläche hat, dann ist es von vornherein klar, daß er davon nicht leben kann und noch einen Beruf haben muß. Das würde dann ja auch gelten für jene, die neben ihrer Landwirtschaft z. B. einen Gasthof führen, daß die dann auch ihr Wahlrecht in der Gewerbekammer ausüben und nicht nur bei der Landwirtschaftskammer. (1. Präsident Wallner: „Zwischen

Pachtland und Deputatland muß unterschieden werden. Das Deputatland ist ja ein Bestandteil des Dienstvertrages!) Ich kenne z. B. die Verhältnisse bei den österreichischen Bundesforsten ganz genau. Dort ist die Situation so, daß die Forstarbeiter, weil sie meistens weit abgelegen wohnen, selbstverständlich kleine Landwirtschaften halten müssen, wo sie 2 oder 3 Kühe haben mit 2 oder 3 ha Grund, für welchen sie Pacht zahlen müssen, wenn sie ihn auch Dienstgrund nennen. (1. Präsident Wallner: „Das ist aber im Lohn miteingerechnet und keine selbständige Pachtung!“) Hier handelt es sich um verschiedene Auffassungen. Wir sind der Meinung, daß ein Personenkreis, der 1954 auch von Ihnen unbestritten das Wahlrecht zuerkannt erhielt, nun auch auf Grund der Novellierung dazu berechtigt wäre, denn auch wenn bei den Dienstnehmerkammern gewählt wird, ist der Forstarbeiter wahlberechtigt. Auf Grund des Wahlerfolges von 1954 haben wir in Gußwerk eine Mehrheit gehabt. Wir mußten selbstverständlich die Meinung vertreten, daß sowohl die Frauen als auch die Männer wahlberechtigt sind, und diese Meinung ist stark angekämpft worden. (1. Präsident Wallner: 8 Tage ist die Wählerliste aufgelegt, und in den letzten Stunden sind noch über 300 hineingeschrieben worden, die alle Deputatgründe haben.“) Das ist ein gesetzlich verankertes Recht, das wir ausüben können. (Abg. Wegart: „Das war ein kleiner Dreh!“) (Abg. Scheer: „Wir kennen auch große Drehs!“)

Wenn wir von den Wahlordnungen in der Land- und Forstwirtschaft sprechen, müssen wir feststellen, daß es dort eine ganz eigenartige Situation gibt und daß immer wieder versucht wird, in irgendeiner Weise etwas abzustreichen, und das ganze nach politischen Richtlinien zu setzen. Das Gleiche gilt z. B. auch für die Wahlordnung der Landarbeiterkammer. Hier haben wir eine Wahlordnung, daß in Gemeinden, wo weniger als 40 Wähler sind, das Wahlrecht schriftlich bei der Bezirkswahlbehörde ausgeübt werden kann. (LR. Pirisch: „Das ist in der Regierung einstimmig so beschlossen worden.“) Gestatten Sie mir aber, daß ich trotzdem sage, diese Situation wird auf die Dauer unhaltbar sein und wir werden uns in nächster Zeit damit beschäftigen müssen, daß hier eine Änderung eintritt.

Gestatten Sie mir, auf ein Problem hinzuweisen, das die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft berührt und das für uns ein immer ernsteres Problem wird. Im Jänner 1955 sind 15.105 land- und forstwirtschaftliche Dienstnehmer arbeitslos gewesen in Österreich. Zum gleichen Zeitpunkt, am 1. Jänner 1959, waren es bereits 28.837, die Zahl hat sich also innerhalb von 4 Jahren fast verdoppelt. Nun wissen wir, daß hier in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft verschiedene Verhältnisse bestehen. In der Landwirtschaft, in der die Arbeitslosenversicherungspflicht eingeführt wurde, ist uns ein Ansteigen der Arbeitslosen insofern erklärlich, als die Landarbeiter, welche im Herbst abgemeldet und zur Arbeitslosenversicherung und zum Stempeln angemeldet werden, weiterhin auf den einzelnen Betrieben beschäftigt bleiben. (Präsident Wallner: „Wir haben gewarnt

davor, wurden aber nie gehört.“) Hier wird eine soziale Maßnahme zum Gegenteil ausgenützt und man könnte fast sagen, hier unterbricht eine zu soziale Förderung die Landflucht.

In der Forstwirtschaft liegt dieses Problem etwas anders. Im Februar 1959, also in diesem vergangenen Winter, der als milder Winter gekennzeichnet war, mußten wir feststellen, daß in Österreich von 30.000 Forstarbeitern 11.588 arbeitslos waren, also mehr als ein Drittel. Die fortlaufende Modernisierung, der Ausbau von Güterwegen, Seilbahnen, führt immer wieder dazu, daß die Forstbetriebe ihre Forstarbeiter im November, Dezember abmelden und dadurch das Ansteigen dieser Arbeitslosigkeit begründet ist. Wir dürfen dazu sagen, daß dieses Manöver absolut zum Nachteil für uns sein wird, daß der Gewinn, der sich daraus ergibt, den Waldbesitzern zugutekommt, die nicht bereit sind nachzudenken, wie sie auf Grund einer besseren Waldwirtschaft im Stande wären, ihre Forstarbeiter durchzubeschäftigen. Diese Entwicklung werden wir auf die Dauer nicht aushalten. Wir reden von der Landflucht und daß rund 3 bis 4% der Dienstnehmer in der Landwirtschaft jährlich abwandern. Wenn nun neben dem geringen Lohn und den schlechten Arbeitsbedingungen für die Angestellten in der Landwirtschaft auch noch die Unsicherheit der Existenz eintritt, dürfen Sie sich nicht wundern darüber, wenn diese Abwanderung nicht gleichmäßig weitergeht, sondern noch darüber hinaus ansteigt. Es wird dadurch charakterisiert, wie verschieden unsere Auffassungen in dieser Frage sind, daß von einigen Ihrer Sprecher über Arbeitskräftemangel geklagt wird, während ich in der Lage war, Ihnen zu beweisen, daß die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft immer größer wird.

Die gewaltige Entwicklung auf den heutigen Lebensstandard ist im großen Ausmaße auf unsere Vollbeschäftigung zurückzuführen. Wenn wir feststellen können, daß in der Bauernwirtschaft es gelungen ist, zu mindestens einen Arbeitslosenstand künstlich zu halten, aber nicht zu senken, dann ist es bedenklich, wenn in der Land- und Forstwirtschaft ein zu starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Ich meine daher, daß auf diesem Gebiet Ordnung zu schaffen und nach dem Rechten zu sehen ist.

Abg. Gruber: Hohes Haus! Wir haben uns in der Gruppe 7 mit den Fragen des Grenzlandes beschäftigt und hier gestatten Sie mir, daß ich eine kleine Richtigstellung mache. Sie sind da recht empfindlich. Aber wenn man von Jahr zu Jahr immer unrichtige Wiedergaben macht, habe ich das Recht zu einer kleinen Berichtigung. (Zwischenrufe.) Für die Sorgen und Wünsche des Grenzlandes interessieren wir uns immer und zu jeder Zeit. Es sind eine Reihe von Anregungen gemacht worden, die durchaus überprüft werden müssen und die man sich sicherlich sehr ernst überlegen müßte, Abg. Wegart hat vorgeschlagen, daß man von der verstaatlichten Industrie Betriebe in das Grenzland verlegen soll, um eine Beschäftigungsmöglichkeit im Grenzland zu schaffen. Dieser Frage kann man sicherlich näher treten und sie prüfen. Ich würde Ihnen aber empfehlen, Herr Abg. Wegart, dieses Problem an die

zuständige Stelle heranzubringen. Sie werden sicherlich im kürzesten Wege mit Generaldirektor Oberegger Verbindung haben, oder dem Generaldirektor der Böhlerwerke, die beide Ihrer Partei angehören. (Zwischenrufe.) (Abg. Wegart: „Ich werde mich an den dicken Bruno wenden, der ist zuständig. Dann werden wir aber sehen, wenn er nicht spurt, dann kann man nicht auf Oberegger abwälzen.“) (Abg. Sebastian: „Bessere Manieren wären am Platze, wenn man über Regierungsmitglieder spricht! Gestern hat es auch geheißt: Die Matzner!“) (Abg. Wegart: „Ich habe die »liebe« Frau Matzner gesagt.“) (Abg. Sebastian: „Sie werden in der Öffentlichkeit darnach beurteilt.“) (Abg. Wegart: „Bedaure sehr, eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben.“) Ich wollte nur sagen, daß man sich an die zuständigen Stellen wenden soll, um die Durchführung einer solchen Aktion zu veranlassen. Ich habe allerdings ernstliche Bedenken, nicht nur aus wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten, sondern es scheint mir ein Widerspruch zu den Ausführungen Ihres Kollegen Dr. Freunbichler vorzuliegen, welcher auf der einen Seite von der fürchterlichen Allmacht des Staates gesprochen hat, die sich nicht ausdehnen dürfe, und Abg. Wegart die verstaatlichten Betriebe auffordert, sich im Grenzland weiter auszudehnen. Ich glaube, hier ist eine interne Abklärung notwendig, aber dann kann man selbstverständlich mit einem gemeinsamen Vorgehen diesen Dingen gegenüber treten. (Abg. Wegart: „Es gibt in Wien eine Schuhfabrik, die für die Oberteilerzeugung nicht mehr die Leute findet, weil dieser Beruf dort nicht mehr erlernt wird und die Leute nicht ausgebildet werden. In Radkersburg gibt es 100 Leute, die verfügbar wären.“) (Abg. Wegart: „Das hat mit der Staatsallmacht nichts zu tun, nur um den Leuten zu helfen!“) Ich habe nur darauf hingewiesen, was Herr Abg. Dr. Freunbichler gesagt hat, hier gibt es zwei verschiedene Gesichtspunkte, doch zeigt es sich, daß wir uns auf einer gemeinsamen Linie treffen müssen, um einen gemeinsamen Vorstoß zu machen. Es ist ein schwieriges Problem, denn man kann von der Schwerindustrie in der Obersteiermark nicht einfach ein paar Betriebe herausziehen. (Abg. Wegart: „Es gibt aber eine ganze Reihe von Zubringerdiensten, davon verstehen wir schon etwas!“) Ich fühle mich nicht befugt, das zu beurteilen, ob man die Böhlerwerke ins Grenzland verlegen kann oder nicht. (Abg. Wegart: „Aber hier dann behaupten, das können Sie!“) Ich stehe diesen Dingen positiv gegenüber, aber ich sage, man muß alles ohne Demagogie gemeinsam überprüfen, damit wir sehen, welche Möglichkeiten da gegeben sind.

Auf der anderen Seite hat man viel versäumt, besonders in der Zeit von 1956 bis 1959, wo Herr Bundeskanzler Raab Chef der verstaatlichten Betriebe war. In der Industrie und Bergbauverwaltung hatte die OVP die Mehrheit und hätte man diese Probleme einer Lösung zuführen können. Aber es scheint mir überhaupt hier ein einheitliches Konzept völlig gefehlt zu haben, man betreibt im Landtag bei der Budgetdebatte jedoch billige Demagogie, doch das sollte man nicht. (Abg. Wegart: „Wenn wir Vorschläge zur Grenzlandhilfe machen, dann ist das Demagogie!“) Ich meine, man

sollte zuerst sehr ernst den Realitäten gegenüber treten und dann erst handeln. (Abg. Wegart: „Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie gesagt haben, daß das Demagogie ist!“) Im Wortumdrehen sind Sie ein Spezialist und im Zwischenrufen auch!

Wir haben in den letzten Jahren bedauerlicherweise Betriebsverlegungen von der Steiermark nach Wien gehabt. Wir sind nicht in der Lage, alle steirischen Betriebe in der Steiermark zu halten. Trotz Zusagen von höchsten Regierungsstellen mußten wir einen Betrieb nach Wien verlegen mit 500 Arbeitsplätzen. Die Probleme sind außerordentlich schwierig und nicht so einfach zu lösen.

Und nun zu der Frage der Industrie-Gemeinden, den sogenannten reichen Gemeinden. Sicherlich ist es so, daß in verschiedenen Industriegemeinden Bauten aufgeführt wurden, wie Hallenbäder usw., die aber der Volksgesundheit sehr dienlich sind. Dabei kann nicht die Rede davon sein, daß diese Gemeinden reich sind. Der Aufgabenbereich der Industriegemeinden ist derart gewaltig angewachsen, daß die finanziellen Mittel heute in keiner Weise mehr ausreichen. Ich denke dabei an die Gemeinde Kapfenberg, die vor 1938 12.000 bis 13.000 Einwohner hatte und die heute 25.000 Einwohner aufweist, also sich praktisch verdoppelt hat. Ich denke auch daran, daß der Krieg uns Barackenlager zurückgelassen hat, daß keine Schulen vorhanden waren usw. Es war überall ein ungeheurer Nachholbedarf vorhanden, und es waren große Verkehrsprobleme zu lösen. Alle fahren heute gerne durch Kapfenberg auf der wunderschönen Bundesstraße, die zwar vom Bund bezahlt wurde, aber die vielen Nebenprofile gehören schon zum Aufgabenbereich der Gemeinde. Die Stadt Kapfenberg hat allein für Nebenprofile, für die Radfahr- und Fußgängerwege auf der Strecke zwischen Schirmitzbühel bis zur Unterführung des Schloßberges 9,3 Millionen Schilling aufgewendet. Das ist beim modernen Verkehr eine Notwendigkeit. Der Verkehr geht ja heute viel schneller vor sich auf den Betonstraßen als früher auf den Asphaltstraßen. Sie haben das ja auch an Hand der Unfallsziffern gesehen. Der Herr Abgeordnete Hegenbarth hat ja auch angeregt, daß man mehr Geh- und Radfahrwege anlegen solle. Das sind alles Erfordernisse, die an die Gemeinden große Anforderungen stellen. Oder nehmen wir den Wasserleitungsbau. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier ist hier genau unterrichtet. Die zweite Ausbaustufe für die Stadt Kapfenberg kostet allein rund 9 Millionen Schilling. Es ist eine solche Vielfalt von Problemen zu bewältigen, die durch die Zusammenballung und das rasche Anwachsen der Bevölkerungsziffern aus Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind und die alle erhöhte finanzielle Anforderungen an die Gemeinden stellen. Ich würde daher sehr bitten, daß man auf dieser Ebene sachlicher urteilt. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Ebner: Hoher Landtag! Zu den Ausführungen des Kollegen Brandl und zu seiner Kritik an den Bauernkammerwahlen habe ich mitzuteilen, daß von den Förstarbeitern im Bezirk Mürzzuschlag viele ihr Deputatland nicht bewirtschaften und auch die Viehhaltung aufgelassen haben, eventuell nur

noch ein bißchen Heu gewinnen, das zur Wildfütterung Verwendung findet. Die Ortswahlbehörden haben die Wählerverzeichnisse genau geprüft und haben solche Fälle, wenn sie aufgeschienen sind, selbstverständlich herausgestrichen. Das ist doch ganz in Ordnung. Es könnte sein, daß im Zuge der Arbeit vielleicht da und dort eine Ungerechtigkeit passiert ist, aber wenn Sie sich an die Wahl im Vorjahr in die Land- und Forstarbeiterkammer erinnern, sind da nicht im Verhältnis noch viel mehr Ungerechtigkeiten und Gesetzwidrigkeiten gesetzt worden? Es ist besser, darüber gar nicht zu debattieren, denn wir vergeuden damit nur die Zeit.

Darum zu einer anderen Frage. Es wurde im Laufe der Debatte ausgeführt, daß die Viehproduktion zu den Hauptsparten der gesamten österreichischen Wirtschaft zählt. Vielleicht ist die Viehproduktion die fundamentalste von allen, denn keine andere Produktion würde erzeugen können, hätte sie nicht Milch und Fleisch zum Kaufen. Daher kommt ihr besondere Bedeutung zu. Der Herr Landeshauptmann und auch der Landtag haben das erkannt und bringen es zum Ausdruck, indem auf Grund der Verfassungsverpflichtung alljährlich im Budget für die gesamte Tierzuchtförderung etwas über 4 Millionen Schilling eingestellt sind.

Es wird die Mitglieder des Hohen Hauses interessieren, ob dabei irgend ein Effekt herauskommt. Ich möchte daher kurz darüber berichten. Die Grundlagen der Viehzucht sind neben der richtigen Fütterung die Eruerung der Leistungsanlagen, die Leistungsprüfungen. Es kommt daher diesen Prüfungen in Form der Milchleistungsprüfungen für Rinder und Zucht-, Mast- und Schlachtleistungsprüfungen bei Schweinen besondere Bedeutung zu. Es ist interessant, wenn man nachsieht und in der Statistik feststellen muß, daß im Jahre 1939 2426 landwirtschaftliche Betriebe unter Milchleistungskontrolle standen. Die Milchleistungsprüfungen sind von besonderer Wichtigkeit. Die Zuchtverbände haben die Möglichkeit, von diesen geprüften Tieren wieder die besten mit Milchleistungsanlagen, andere mit Fleischleistungsanlagen in die einzelnen Herdbücher aufzunehmen und in Produktionsgebieten zur Zucht zu verwenden. 1939 war dieser Bestand zu verzeichnen und haben diese rund 13.000 Kühe eine Durchschnittsleistung von 2400 kg Milch mit 92 kg Fett aufgewiesen. Gegenüber 2426 landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Durchschnittsleistung pro Kuh von 2400 kg im Jahre 1939 sind das jetzt 6351 Betriebe in Steiermark mit einer Kuhanzahl von 42.000, das hat sich also verdreifacht, die Kuhanzahl sogar mehr. Obwohl sich die Anzahl der Kühe gesteigert hat, besonders in den letzten Jahren in den Aufbaugebieten, wo die Mitglieder verpflichtet sind, der Milchkontrolle beizutreten, ist dort, wo die Fütterungen nicht in Ordnung sind, geschweige denn eine Auswahl der Zuchttiere vorhanden ist, die Herabsetzung der Milchleistung bedeutend. Trotzdem haben im Jahre 1958 diese 42.000 Kühe im Jahresdurchschnitt pro Kuh 3145 Liter Milch gegeben, also um 717 Liter Milch mehr, und 127 kg Fett, also um 35 kg Fett mehr. Damit ist bestätigt, daß hier eine kolossale Leistung erreicht

wurde. Es kommt diese Leistung in erster Linie der breiten Masse der Landwirtschaft zugute. Wenn wir Bauern heute nicht eine so große Konkurrenzfähigkeit haben müßten, wäre nicht so viel geleistet worden. Es wird dadurch auch im Bauernhaus mehr eingenommen. Die Herdbuchkühe, welche grundsätzlich für die Zuchtauswahl sind, haben eine höhere Leistung. Es werden von den einzelnen Zuchtverbänden die Tiere nicht in das Herdbuch aufgenommen, wenn nicht eine Mindestleistung da ist. Das waren 15.000 Herdbuchkühe von 42.000. Diese 15.000 oder 16.000 Kühe hatten im Jahre 1958 eine Durchschnittsleistung pro Kuh von 3610 kg Milch und 145 kg Fett, das sind bei 4,02% Fett. Die Herdbuchtiere und ebenso die Kälber von dieser Produktion dienen zur Verbesserung der breiteren Landeszucht. Da können wir bei den Rinderrassen keine Rassenpolitik betreiben, da wollen wir nicht Berufsfremde damit belästigen. Diese Herdbuchkühe haben eine höhere Leistung gegenüber dem gesamten Landesdurchschnitt von 1500 kg Milch im Jahre, und zwar von 3610 kg. Das ist sicher sehr viel. Die Kälber bzw. die männlichen Kälber von diesen Herdbuchkühen kommen in die breitere Landeszucht hinaus, im Jahre sind es rund 12.000 Zuchtstiere. Die künstliche Besamung ist von besonderer Bedeutung. Nur die erstklassigen Stiere werden aufgestellt und können jene, welche eine Besamung durchführen können, eine Qualitätsverbesserung erreichen. Benachteiligt sind da die entlegenen Bergbauern, die können keinen Tierarzt zu einer Besamung kommen lassen, die kostet derart viel Geld, daß sich der Bauer das nicht leisten kann.

Nun komme ich auf die Leistungen der Schweinezucht. Um unsere Schweinezucht zu fördern, hat die Kammer 1953 am Piberhof bei Gleisdorf eine Mastleistungsprüfung abgeführt. Interessant ist, wenn man hier die Ziffern vergleicht, welchen Erfolg hier die Mastleistungsprüfungen zeigen, die Prüfungen der Zuchtschweine zur genauen Feststellung des Wertes hinsichtlich Masteignung, Futtermittelverwertung und Futtermittelverbrauch und Fleisch- und Fettbeschaffenheit, also schlicht, der Qualität. Hier sind bereits Ergebnisse aus dem Jahre 1946 da. Die Fruchtbarkeit ist mit dabei. Im Jahre 1946 haben die inländischen Herdbuchsäue im Landesdurchschnitt eine Ferkelanzahl von 9,8 ergeben, 1959 bereits 11 Stück. Im Jahre 1959 waren es bereits 12 Stück je Wurf. Wenn man dazu kombiniert, daß auch die Qualität des Fleisches wesentlich gestiegen ist, und im besonderen seit 1953 durch die Mast- und Schlachtleistungsprüfungen, so ist das sehr, sehr viel. Im Durchschnitt werden in der Schweinehaltung 4 kg Futtereinheiten für den Zuwachs von 1 kg Lebendgewicht benötigt, während wir 1958 3,16 Futtereinheiten, also eine Futterersparung bei gleich starker Produktion hatten. Weiters ist nicht uninteressant der Rückenspeck, der speziell beim Schwein schon bald als ein Abfallprodukt zu deklarieren ist, weil er ja weniger als das Schwein lebend kostet. Daher besteht die Notwendigkeit, keinen Speck zu züchten, soweit es notwendig und möglich ist. In diesen Belangen haben wir allerhand Erfolge zu verzeichnen. Früher war das Verhältnis von Fleisch zu Fett so: 1 kg Fett 1,77 kg Fleisch. Nunmehr haben wir das Verhältnis: 1 kg

Fett zu 2.16 kg Fleisch. Das ist erfreulich und die Auswahl geht noch immer weiter. Das Ziel weiß ich gar nicht, es wird eben das produziert, was der Konsument wünscht.

So glaube ich mitteilen zu können, daß diese Beträge, die für die Tierzuchtförderung eingesetzt sind, nicht etwa hinausgeworfen sind, sondern schon einen realen Erfolg aufweisen. Sicher ist das eine, daß neben der richtigen Futtergrundlage auch die Almwirtschaft im Rahmen der Tierzucht eine besondere Bedeutung hat. Es ist erfreulich, wenn auch dort mit unseren Alminspektoren große Verbesserungen durchgeführt werden. Außer der Trennung von Wald und Weide ist besonders die Förderung der Wirtschaftlichkeit notwendig. Zweitens muß man mehr und besseres Futter durch geeignete und richtige Düngung erzeugen. Drittens ist die Errichtung befahrbarer Wege äußerst wichtig. Aber wir haben in der gesamten Almwirtschaft ein katastrophales Übel zu verzeichnen, und das ist der Personalmangel. Es gibt heute keine Menschen mehr, die gewillt sind, 3 bis 4 Monate auf alle Annehmlichkeiten des Lebens zu verzichten und hinauf auf die Alm zu gehen. Solche Menschen werden immer seltener. Ich weiß nicht, wie lange es noch möglich sein wird, die Almbetriebe in vollem Umfang aufrecht zu erhalten. Man muß dem steirischen Almwirtschaftsverein hohe Anerkennung zollen, weil dieser gerade die Auszeichnungen für das Almpersonal durchführt. Ich freue mich daher darüber, daß die OVP-Fraktion beschlossen hat, die Beträge für den steirischen Almwirtschaftsverein, wenn auch in bescheidenem Umfang, aber doch etwas zu erhöhen.

Zum Kapitel Tierzucht noch eines. Ich bin überzeugt, wenn Pflanzenbau, Almwirtschaft und Tierzuchtabteilung so richtig zusammenarbeiten und wenn die öffentlichen Stellen, wie Bund, Länder und Gemeinden, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, daß wir dann auch in der Tierzucht ein schönes Stück vorwärtskommen. Jedenfalls möchte ich die Mitglieder des Hohen Hauses um Verständnis bitten.

Einen Übelstand muß ich noch aufzeigen. Die gesamte Förderung der Tierzucht haben die Tierzuchtleiter durchzuführen. Sie haben als Grundlage das Landestierzuchtgesetz. In der Handhabung dieser Arbeit gibt es in den Gemeinden und vielleicht auch in den Bezirksverwaltungen ab und zu Differenzen, und hier sind die Tierzuchtleiter restlos der Meinung, wenn sie Angestellte des Gesetzgebers wären, dann wäre diese Arbeit bedeutend leichter, während man jetzt immer Gefahr läuft, wenn man den einen oder anderen Bauern zur Raison bringen will, daß man davon persönliche Nachteile hat. Es sind ja auch im Dienstpostenplan 10 Planstellen für Tierzuchtleiter als Landesbeamte vorgesehen, wenn sie auch der Kammer arbeitsmäßig zugeteilt sind. Von den jetzt noch aktiven sind nur 3 Landesangestellte, während die anderen Kammerangestellte sind. Wenn man das unterstützen will, dann wäre es zweckmäßig, sie alle als Landesangestellte zu übernehmen. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Hofmann:** Ich rede nicht direkt zur Gruppe 7, ich rede über die Bemerkungen, die zur Gruppe 7 und auch schon früher gefallen sind. Sie haben den Ausdruck sicher gehört — ich will keine Namen nennen — der lautete: „Gehen Sie zu Ihrem dicken Bruno!“ Ich erinnere mich genau so wie die älteren Herren und Damen hier an eine Zeit, es war das Jahr 1933 oder 1934, da fielen in der österreichischen Volksvertretung auch Worte, die mehr oder weniger eine Herabsetzung und Verunglimpfung bedeutet haben. Die Folgeerscheinung, Herr Abg. Wegart, haben wir dann erlebt von 1934 bis 1938 mit dem ganzen Grauen, das in Begleitung dieser Katastrophe in Österreich zutage getreten ist. Nehmen wir doch einmal zur Kenntnis, daß wir nicht gerade angerührt sein brauchen, gerade wir Österreicher, wenn der eine oder andere einmal einen mehr oder weniger harten Ausdruck gebraucht. Aber hüten wir uns vor Verunglimpfungen (Abg. Wegart: „So wie Raubritterverein!“), daß wir nicht wieder in eine Katastrophe hineinschlittern, die wir nicht haben wollen und auch nicht brauchen können. (Abg. Wegart: „Wie in den Wald hinein, so heraus!“) Denken wir daran, daß die zwei Repräsentanten der Volksvertretung, wie der sehr verehrte Herr Bundeskanzler Raab und Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann gestern beim Bundespräsident waren, wo festgestellt wurde, daß nach wie vor bei uns die Notwendigkeit vorherrscht, sich zu besprechen und zusammenzuarbeiten im Interesse des Volkes, weil wir hier in Österreich an einem Schnittpunkt liegen, wo solche Vorfälle sehr gefährlich sein können. Ich möchte davor warnen und mahnen, daß wir uns unserer guten Kinderstube erinnern sollen und unserer Erziehung, die in einer Zeit stattgefunden hat, wo Verunglimpfungen anderer Menschen nicht gestattet wurden. Ich kann dazu nur sagen, Manieren kann man nicht lernen, man hat sie oder man hat sie nicht. Man soll sich beherrschen und Ausdrücke, die der Würde des Hohen Hauses nicht entsprechen und die gefährlich sind, vermeiden. (Beifall bei SPO.) (Abg. Wegart: „Ich sage nur, Raubritterverein!“) (Verschiedene Zwischenrufe und Unruhe.)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe.

**Abg. Sebastian!** Hoher Landtag! Ich habe meine Generalrede schon zum Anlaß genommen, um darauf hinzuweisen, daß der Aufbau unserer Wirtschaft auf der Tatsache basiert, daß alle Stände und alle Berufe unseres Landes berechnete Forderungen hintergestellt und im Glauben an eine bessere Zukunft unsere Heimat wieder aufgebaut haben. Bei diesen Ausführungen habe ich im besonderen auf die Verdienste, die die Landwirtschaft in Anspruch nehmen kann, hingewiesen.

Ich habe aber auch darauf hingewiesen, daß vieles aus dieser schweren Zeit vergessen wurde. Eingedenk der vielen Lobeshymnen und Dankadressen, die, 19 an der Zahl, an die Regierungsglieder der ÖVP ergingen, wage ich hinzuzufügen, daß der Aufbau und die Zusammenarbeit auch in der Regierung in diese 10 Jahre fällt und es nicht ausschließliches und alleiniges

Verdienst der Regierungsmitglieder der ÖVP ist, wenn der Aufbau unserer Heimat so fortgeschritten ist. Ich möchte, um der Wahrheit die Ehre zu geben und einiges in das richtige Maß zu bringen, noch darauf zurückkommen, was Präsident Wallner gesagt hat im Zusammenhang mit den Ausführungen des Vizekanzlers bei der Bauernkonferenz am 7. November 1959.

Ich möchte aber vorher noch in Erinnerung bringen, daß es hinsichtlich der berechtigten Forderungen unseres Bauernstandes nie Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, daß alle Budgets und auch das Kapitel 7 seit 1945 einstimmig beschlossen wurden. Ich habe bei anderen vorjährigen Budgetreden bereits darauf hingewiesen, daß die Steiermark weit an der Spitze in der Förderung der Landwirtschaft steht, und ich glaube, heuer sind es rund 63 Millionen, die für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es hat Meinungsverschiedenheiten gegeben darüber, wie die Verteilung dieser Steuergelder vorgenommen werden soll, und hier sind wir auch noch verschiedentlicher Auffassung. Und darüber, wie diese Steuergelder verteilt werden sollen, hat der Vizekanzler in dieser Konferenz gesprochen. Er hat nicht gesagt, daß das ein Fonds werden soll, ein Gesetz, eine Kommission, die verteilt. Vizekanzler Dr. Pittermann hat darauf hingewiesen, daß für den Bauernstand am Sektor der sozialen Gesetzgebung seit der Bauernbefreiung erst ein einziges Gesetz geschaffen wurde, das war das landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsgesetz, welches über ständiges Betreiben und gegen den Willen der ÖVP Gesetz geworden ist. (Abg. Hegenbarth: „Das ist doch nicht möglich!“) Wenn Sie darauf pochen, daß Sie letztlich die Mehrheit hatten, als dieses Gesetz beschlossen wurde, möchte ich sagen, Sie haben schon lange die Mehrheit und hätten sicherlich, wenn nicht vorher, so zumindest ab 1945, auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung für die Bauern etwas mehr tun können.

In diesem Zusammenhang hat der Herr Vizekanzler angeregt, und das ist die Meinung der Sozialistischen Partei, daß denjenigen, die Not leiden, mit gesetzlichen Maßnahmen geholfen werden soll. Die staatliche Hilfe, der Zuschuß öffentlicher Gelder ist nicht eine Gnade, sondern soll Recht sein, und bestehendes Recht soll durch ein Gesetz bekundet werden. Der einzelne Bauer soll nicht als Bittsteller zum Herrn Bezirkskammersekretär kommen und sagen: Ich ersuche höflichst... und die Antwort erhalten: Sie können nichts oder wohl etwas kriegen..., er soll wissen, auf Grund der bestehenden Gesetze steht mir auf diesem oder jenem Wege das Recht auf staatliche Hilfe und Förderung zu. (1. Präsident Wallner: „Gesprochen ist sehr schön, aber durchgeführt schwer!“) Ich berichte nur das, was der Vizekanzler gesagt hat und stelle richtig, was Sie behauptet haben, Herr Präsident. Zur Kommission, die errichtet werden soll: Es soll sich um eine Schadenskommission handeln, damit der betreffende Bauer, der um Unterstützung angesucht hat und dessen Ansuchen negativ erledigt wurde, sich sein Recht ohne Armenrecht holen kann. Das war eine Anregung für eine gesetzliche

Regelung, damit nicht Gnaden gewährt werden, sondern Recht gegeben wird.

Wir sind mit Abg. Wegart, der gestern zur Gruppe 4, und mit Abg. Hegenbarth, der heute gesprochen hat, da vollkommen einer Meinung, wenn Sie sagen, daß von den Mitteln, die aufgebracht werden, der Großteil aus dem zur Verteilung Gelangenden auf die fällt, die die Verteilung vornehmen, wir wünschen aber, daß die Mittel, die aufgebracht werden, sei es an Steuergeldern oder Beiträgen einer Interessenvertretung, der Zweckwidmung zugeführt werden sollen. Ich darf da authentisches Zahlenmaterial vorlegen, nicht von Sozialisten erstellt, die Unterlagen stammen aus dem Budget der Steiermärkischen Bauernkammer aus 1959. Die Steiermärkische Bauernkammer weist 1959 Einnahmen von rund 70,454.000 S aus. Davon beträgt die Kammerumlage 19 Millionen Schilling, also die Beiträge, die die Kammerzugehörigen aufbringen. Der Beitrag des Bundes ist 18 Millionen Schilling, der Beitrag des Landes 17,669.000 S. Dazu kommen noch 16 Millionen Schilling an Personalkosten usw. Die Landwirtschaftskammer hat rund 172.000 kammerzugehörige Bauern, hiebei sind die Familienangehörigen inbegriffen. Sie hat 600 Angestellte. Allein die Personalkosten für den Personalstand der Bauernkammer betragen 21 Millionen Schilling. Also um 2 Millionen mehr, als die Kammerumlage der Bauernkammer einbringt. Ich weiß sehr wohl den Arbeitsumfang zu schätzen, den die Landwirtschaftskammer zu bewältigen hat. Ich bringe dieses Beispiel nur unter Hinweis auf die vorangeführte Zweckbestimmung und daß sie nicht durch jene verbraucht werden, die sie eigentlich verteilen sollten.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Abg. Hegenbarth im Hohen Haus behauptet, die Kammer fördert, der Bund, das Land und die Gemeinden, dann muß ich richtigstellen, die Kammer kann mit ihren Mitteln nichts fördern. Denn sie fördert ausschließlich mit Steuergeldern, mit Zuschüssen von Bund, Ländern und Gemeinden. (1. Präsident Wallner: „Ja, glauben Sie, die in den Kanzleien sitzen, sind keine Förderungsbeamten?“) Ich habe gesagt, ich weiß wohl, was sie zu leisten hat, aber daß aus Kammerbeiträgen dafür etwas übrig bleibt, glaube ich nicht. (1. Präsident Wallner: „Ich weise zurück die Behauptung, daß das, was eingenommen wird, jenen verbleibt, die verteilen.“) Das ist keine Kritik, sondern das sind Tatsachen. (Abg. Wegart: „Das ist ja eine Verdrehung, das ist eine bewußte Unwahrheit.“) Sehen Sie, unsere Auffassungen in der Förderung der Landwirtschaft gehen nicht auseinander, wir bejahen sie. Ja, wir unterstreichen das nur, weil von jedem einzelnen Redner der ÖVP die Sozialisten immer als Feinde der Bauernschaft hingestellt werden. Wir bejahen sie und haben auch immer unsere Zustimmung gegeben, aber was wir wollen, das ist eine Kontrolle der Förderungsmittel, da sie ja aus Steuermitteln gegeben werden, und nichts anderes. (Abg. DDr. Hueber: „Das wollen wir auch!“) (Abg. Hegenbarth: „Ihr habt ja einen Vertreter im Kontrollausschuß!“) Über alles, was aus Steuermitteln gegeben wird,

soll der Rechnungshof das Recht haben, es auf Gewissenhaftigkeit der Verwaltung und Richtigkeit der Verteilung hin zu überprüfen. Das ist unsere Auffassung zur Förderung.

In dieses Kapitel fällt auch die Grenzlandförderung, hiezu möchte ich auf das verweisen, was ich anlässlich der Generalrede dazu gesagt habe.

Zur Frage der Bauernkammerwahl ersparen Sie es mir bitte, Gesetzwidrigkeiten, die vorgekommen sind, hier vorzulesen. Ich bin in der Lage, Protokolle vorzulegen, und Sie wissen das. Ich rede jetzt von der gesetzlichen Grundlage, und Sie können mich ja berichtigen. Im Gesetz heißt es, daß ein bäuerlicher Berufsverband, wenn er die drei Merkmale hat, die im Gesetz vorgeschrieben sind, keine Unterschrift seiner Kandidatenliste zur Einbringung benötigt. Trotzdem und wider besseres Wissen — und das haben Experten der ÖVP gesagt, sie wissen es, aber sie können nicht garantieren — mußte, obwohl behördlich gemeldet, der bäuerliche Berufsverband „Steirisches Landvolk“ die Unterschriften einbringen. Sie haben geglaubt, uns damit Schwierigkeiten zu machen, aber wir haben in jenen Gebieten, von denen Sie glaubten, daß man sich dort weigern würde, die meisten Unterschriften zusammengebracht. Wie z. B. in Radkersburg, Fürstenfeld, Murau, Weiz, Hartberg, und gerade dort, wo wir nicht als Beisitzer in den Sprengelwahlbehörden waren, haben wir 5 Bezirksbauernmandate gewonnen. (Landesrat Pirisch: „Das zeigt ja wieder die saubere Wahldurchführung!“) Nein, das zeigt die Aufgeschlossenheit der Wähler.

Der Herr Abg. Hegenbarth hat geglaubt, besonders geschickt zu sein, und hat gesagt, wenn die bösen Sozialisten mit ihrer Bewirtschaftung nicht gewesen wären, dann hätten wir in Hülle und Fülle auch in jener Zeit, als noch bewirtschaftet wurde, zu essen gehabt. Warum haben wir dann die amerikanischen Weizen- und Getreidelieferungen nicht zurückgewiesen? Haben Sie denn vergessen, daß in jener Zeit jeder einzelne Stand darniedergelegen ist und daß die wenigen Mittel, die vorhanden waren, deshalb bewirtschaftet werden mußten, um sie dem Mittellosen und Armen im selben Ausmaß zur Sicherung seines Lebensminimums zur Verfügung zu stellen wie demjenigen, der sie im Schwarzhandel hätte kaufen können?

Ich darf noch etwas zur Wahrheit beitragen. Eine Berichtigung. Der Herr Abg. Koch hat über das Gewerbe gesprochen. Wir unterstreichen das. In seinen Ausführungen hat er behauptet, daß Gewerbe und Bauernstand die Säulen der Freiheit sind. Die Wahlen am 10. Mai, meine Damen und Herren, das möchte ich zu diesem Gegenstand sagen, sind von 94 % der österreichischen Bevölkerung als ein Bekenntnis zur Freiheit anzusehen und auch die Beamten, Arbeiter und Angestellten, ob nun in Stadt oder Land, sind ebensolche Garanten der Freiheit wie jeder andere Stand. (Abg. Wegart: „Wer hat das bestritten?“) Es sei damit nur festgestellt, daß nicht nur diese beiden Gruppen die Garanten der Freiheit sind.

Hinsichtlich der Förderung darf ich zum Abschluß noch folgendes sagen. Hier sprechen auch Ver-

gleichsziffern. Es war eine Parlamentsdelegation in Dänemark, um dort Grundlagen für das Landwirtschaftsgesetz einzuholen. Es wurde mir vom Herrn Präsidenten entgegengehalten, daß ich sehr wohl Umfang und Arbeitsweise der Angestellten der Landwirtschaftskammer zu schätzen weiß und dies auch anerkenne. Aber meine Damen und Herren, das dänische Landwirtschaftsministerium — und ich glaube bestimmt, daß Dänemark in seiner Landwirtschaft einen hohen Stand erreicht hat — (1. Präs. Wallner: „Am meisten verschuldet ist in Europa!“), das weiß ich nicht, aber wenn das zutrifft, dann möchte ich feststellen, daß das Ministerium mit dem Schuldenstand der Landwirtschaft nichts zu tun hat. Ich möchte nur sagen, daß das dänische Landwirtschaftsministerium für die Gesamtheit seiner Angestellten, Beamten, Förderungsbeamten usw. 12 Millionen Schilling ausgibt, während wir in der Steiermark allein für die Kammerangestellten 21 Millionen ausgeben. Ich möchte daher bitten, daß man immer bei der Wahrheit bleibt und auch den Kammermitgliedern sagt, wir haben so und soviel Einnahmen, wir fördern mit Mitteln aus Bund, Land und Gemeinden, aber wir sind nicht in der Lage, mit dem, was wir als Kammer aufzutreiben, eine Förderungsmaßnahme zu tätigen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch folgendes. Ich habe wieder appelliert, daran zu denken, daß das Bekenntnis der österreichischen Bevölkerung ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit gewesen ist und daß die österreichische Bevölkerung und die steirische Bevölkerung nicht wünschen, daß man sich hier befetzt und beflagelt, sondern daß die Bevölkerung von uns erwartet, daß wir gewissenhaft überprüfen und versuchen, gemeinsam einen Weg zu finden, der unserem Volk und unserem Land zum Wohle gereicht. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß diese Dankes- und Lobeshymnen, die heute hier ausgesprochen wurden, verfehlt sind, denn ich bin der Auffassung, daß die Regierungsmitglieder in ihrer Gesamtheit in Erfüllung ihrer Angelobung nur ihre Pflicht tun und daß sie, wie sie dies bei ihrer Angelobung kundtaten, als man sie fragte, ob sie das Amt übernehmen wollen, alles im Auftrag und nach den Beschlüssen des Landtages zu tun. (Starker Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **Brunner**: Hoher Landtag! In meinem Arbeitsbereich fällt die Betreuung des Fremdenverkehrs, der in Österreich mit Abstand an der Spitze der Deviseneinnahmen steht. Er hat im Jahre 1959 5200 S, das sind 5.200.000.000 S, an harten Devisen hereingebracht. Das ist der Betrag, der nur durch Buchungen bestätigt ist, wir können da noch einige Prozente dazurechnen. Das Land Steiermark hat sich auch in jeder Weise beteiligt, und wir können für uns einen bestimmten Anteil in Anspruch nehmen. Wir haben als Land so wie jedes Land in Österreich jährlich 310.000 S an das Handelsministerium in Wien für die österreichische Werbung im Ausland dazugezahlt, und mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zusammen sind es 5½ Millionen Schilling, die aus diesen Pflichtbeiträgen aufscheinen. Die übrigen 14 Millionen Schilling hat das

Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau für die Österreich-Propaganda im Ausland gegeben.

In Steiermark selbst haben wir auch eine wesentliche Zunahme des Inländer-Fremdenverkehrs zu verzeichnen. Er hat gegenüber dem Vorjahr um 14% zugenommen. Auch der Ausländer-Fremdenverkehr hat wesentlich zugenommen. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die Helfer hätten, die wiederum die Steiermärkische Landesregierung subventioniert und fördert. Wir haben Fremdenverkehrsvereine, wir haben Wintersportvereine, und ich darf daran erinnern, daß wir als steirisches Land in die große Welt eingeschaltet sind durch das Skifliegen. Es sind 3 Plätze in der Welt, wo diese zur Austragung kommen. Jedes 3. Jahr haben wir auch in Österreich Anteil an einer solchen Austragung. In Jugoslawien, Bayern und auch in Österreich sind diese Plätze. Wir hatten im Vorjahre in der Ramsau das Rudi-Keller-Rennen, das meistens nur alle 5 bis 10 Jahre an Wintersportplätzen ausgetragen wird. Das sind lauter Helfer bei unserer Arbeit.

Die Steiermärkische Landesregierung hat Schwimmbäder subventioniert und bestimmte Beträge für Ausgaben eingesetzt, wenn Beamte von Reisebüros aus verschiedenen europäischen Staaten zu uns kommen. Sie werden bei uns an die wichtigsten Plätze des Fremdenverkehrs hingebacht und dort auch bewirtet. Es ist die billigste und beste Propaganda, wenn man direkt Fühlung nimmt.

Wir können behaupten, daß unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt sind. Wir haben Wege wie z. B. die Planei im Ennstal vom Lande aus subventioniert, wir haben sogar auch Beförderungsmittel angeschafft oder Zinsen für die Anschaffung solcher Mittel ausgegeben, und so hat sich diese Art der Fremdenverkehrspropaganda angenehm fühlbar gemacht.

Wenn ich sage, daß der Fremdenverkehr durch die Hereinbringung von 5.200.000.000 S mit Abstand an der Spitze des Exportes auch unserer eisenschaffenden Industrie, die früher an erster Stelle stand, steht, so müssen wir aus dieser Tatsache die Erkenntnis schöpfen, daß wir unsere Aufgabe, den Fremdenverkehr zu pflegen, noch mehr intensivieren müssen. Es könnte leicht einmal möglich sein, daß der Export auf wichtigem Gebiete nachläßt und zurückgeht, dann haben wir einen schön aufgebauten Fremdenverkehr, der uns das ersetzt, was wir eventuell an Ausfällen erleiden.

Wir haben heute schon gesagt, daß wir den Turracher-See für Eissportzwecke benützten. Ferner haben wir in Österreich das Skijöring, das in Zell am See stattfindet. Erst am 10. Jänner fand dieser Sport am Turracher-See statt. Mit dem Kärntner Fremdenverkehrsvereinen sind wir im besten Einvernehmen. Wir machen die Sache gemeinsam. Ich bringe in Erinnerung, daß wir vor 3 Jahren die Elektrifizierung, die nur von Kärnten herauf gemacht werden konnte, mit dem Kärntner Fremdenverkehrs-Zentralverband abgeschlossen haben. Steiermark hat etliche 100.000 S hiefür angewendet. Von den Kärntner Seen, vom Tur-

racher-See bis Lavamünd besteht unser gemeinsames Interesse mit dem Kärntner Land. Wir pflegen diese Interessen, machen gemeinsame Prospekte und auch sonstige Werbeführungen. Wir werden diese Arbeiten noch mehr intensivieren, um unseren Fremdenverkehr auf alle Fälle auszubauen. Wir haben auch heute von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier gehört, daß die Predlitzer Straße auf eine Länge von 18 km ausgebaut wird und bis auf 2 Brücken fertig ist. An Stelle der jetzigen 24prozentigen Steigung auf der steirischen Seite beträgt die Steigung nunmehr höchstens 8%. Lauter Dinge, die uns allen zugutekommen.

Die Gelder, die hier veranlagt sind, sind nicht umsonst ausgegeben, es ist dies eine Kapitalsanlage, die sich verzinst und unserem Lande und seiner gesamten Wirtschaft zugutekommt. Wir werden auch weiterhin in diesem Geiste fortarbeiten. Ich danke noch allen Beamten, die damit zu tun haben, allen freiwilligen Helfern für ihre Mitarbeit und bitte sie, auch im kommenden Jahre mit uns gemeinsam in dieser Form unserem Vaterlande zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Es ist sehr erfreulich, daß die Gruppe „Landwirtschaft“ allgemeines Interesse gefunden hat. Wenn man im Alltagsleben steht, hat man mit materiellen Dingen immer wieder zu tun, auch bei den Regierungsgeschäften. Ich hätte sehr an Ballance gewonnen, wenn ich so zu meinen Posten von beiden Rednern 100.000 S dazubekommen hätte. Ich würde mir im Laufe des nächsten Jahres bedeutend leichter getan haben und ich würde manche sicherlich berechnigte Wünsche und Anforderungen leichter befriedigt haben können.

Ich freue mich, daß das Kapitel „Landwirtschaft“ und die Gruppe 7 überhaupt auch heuer wieder ein so großes und ausgedehntes Interesse gefunden hat. Es wäre aber unhöflich, wenn ich mich nicht bemühen würde, auf die einzelnen Anregungen, Wünsche und Beschwerden, fast möchte ich sagen „Angriffe“ der Abgeordneten näher einzugehen.

Lassen Sie mich mit einer völlig unbestrittenen und neutralen Sache beginnen, mit unseren steirischen Feuerwehren. Der Herr Abg. Pichler hat schon in dankenswerter Weise einen kleinen Rechenschaftsbericht gegeben. Ich möchte nur noch hinzufügen, daß im Laufe dieses Jahres in der Führung der Feuerwehren ein Wechsel eingetreten ist. Der verdienstvolle Leiter des Landesfeuerwehrkommandos, Dr. Pläß, hat aus gesundheitlichen Rücksichten seine Stellung zurücklegen müssen. Man soll ihm daher von dieser Stelle aus für seine jahrzehntelange wirkliche Aufbauarbeit den Dank des Landes aussprechen. (Beifall.) Mit ihm ist auch sein Stellvertreter und jetziger Bezirksfeuerwehrkommandant von Bruck, Merl, gegangen. Die Feuerwehren wählen sich bekanntlich in völlig demokratischer Weise ihre Führung geradezu vorbildlich. Der neue Landesfeuerwehrkommandant ist Herr Dir. Edelsbrunner aus Graz, sein Stellvertreter ist der ehemalige Bezirkskommandant Prugger aus Judenburg. Auch diese Herren

bieten uns volle Gewähr, daß die Feuerwehren durch sie wieder in richtiger Weise vertreten werden.

Bei aller Anerkennung der Freiwilligen Feuerwehren, die ja auch heuer wieder anlässlich verschiedener Katastrophen Hilfe geleistet haben, ist es erfreulich, auch zu sagen, daß sich den Freiwilligen Feuerwehren die Betriebsfeuerwehren mit vollem Einsatz ebenbürtig zur Seite stellen. Und es muß auch gesagt werden, daß die Betriebsführungen für die vielen verlorenen Arbeitsstunden größtes Verständnis aufgebracht haben, und ich glaube, auch, daß es so bleibt. Ansonsten könnten sie nämlich von den Gemeinden für den verlorenen Zeitaufwand Rückerersatz verlangen. Wie gesagt, wir können mit Recht auf die Leistungen und auf die Einsatzkraft der Feuerwehren stolz sein.

Ich habe im Laufe des Jahres einige Tendenzen abwehren müssen, die von Wien hereinkamen. Sie wollen nämlich den Kommandanten-Titel abschaffen und dafür „Räte“ machen. Auf Grund des Landes-Feuerwehr-Gesetzes kann man dem nicht zustimmen. Übrigens soll ja auch der Titel nach Möglichkeit die Art der Funktion beinhalten. Und ich glaube, Bezirkskommandant klingt bestimmt schöner als Landes- oder Bezirksrat. Sie haben in Wien noch einen Wunsch, und hier muß ich den Hohen Landtag um Patronanz bitten. Sie wollen nämlich von der hochgeschlossenen Uniformbluse abgehen, weil sie im Sommer zu warm sei. Der Wunsch ist begreiflich, weil ihnen die Polizei und Gendarmerie das schließlich vorgemacht haben. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, wir werden vorläufig diese offene Bluse stillschweigend dulden, aber erst dann, wenn sie überall eingeführt ist, werden wir die Uniform-Vorschrift abändern. Es ist nicht gut, wenn man bei den verschiedenen Kommandostellen die Änderung jetzt gleich zum Gesetz macht. Wir werden sie also erst dann zur Kenntnis nehmen, wenn sie überall eingeführt ist. Dagegen hat ja auch niemand etwas einzuwenden.

Hinsichtlich der Leistungen kann man aber mit den Feuerwehren wirklich seine Freude haben.

Die Herren Abg. Wegart und Abg. Edlinger haben sich mit dem Grenzgebiet und den verschiedenen neuen Produkten, die dort jetzt gezogen werden, befaßt, was sehr zu begrüßen ist. Ich muß sagen, beim Tabakanbau, da sind wir mit den Wiener Stellen leider auch nicht so recht zufrieden, weil man aus dem Versuchsstadium nie herauskommt. Es ist nämlich ein Unterschied, ob ein kleiner oder ein großblättriger Tabak angebaut wird. Ich glaube, wir werden die nächste Gelegenheit benützen und bei der Generaldirektion der Austria-Tabakwerke wieder einmal vorsprechen müssen. Denn Fürstenfeld ist das letzte Gebiet, mit dem wir hier zu einer Regelung kommen müssen. Ich muß anerkennen, daß sich die Tabakwerke entschlossen haben, in Fürstenfeld eine neue und moderne Fabrikationsanlage für einheimischen Tabak zu errichten. Es ergibt sich dadurch wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit, wenn auch nur für 70 bis 90 Personen.

Hohes Haus! Die Elektrifizierung, die der Abg. Pichler behandelt hat, schreitet vorwärts. Leider

aber nicht überall so wie in dem Gebiet von Weiz. Aber nicht nur die neuen Elektrifizierungen, sondern auch die Umbauten dieser ländlichen Gebiete bringen vielfach ernste Schwierigkeiten. Es ist ja in den einzelnen Gebieten vielfach die Stromversorgung von der Steweag übernommen worden, und es ist verständlich, daß anlässlich dieser Übernahmen von der Steweag große Anforderungen gestellt worden sind. Es mußten verschiedene Leitungen und Installationen erneuert werden, und ich möchte nicht versäumen, von dieser Stelle aus an die Verantwortlichen in der Steweag die Bitte zu richten, bei solchen Neu-Übernahmen den ländlichen Gebieten möglichst entgegenzukommen.

Ich muß nun leider wirtschaftlich und politisch etwas mischen: Allgemeines Unbehagen sowohl auf der fachlichen wie auch auf der sozialistischen Seite verursacht jetzt das Bauernkammergesetz (Abg. Sebastian: „Vergessen Sie die OVP nicht!“) hinsichtlich der Wahlbestimmungen. Ich muß sagen, daß hie und da schon eine etwas großzügige Auslegung der verschiedenen Paragraphen stattgefunden hat.

Das muß ich ruhig zugeben. Wenn ich an Gußwerk oder Vordernberg denke, so steht es fest, daß man nach Abschluß der Einspruchs- und Rekursfrist noch zwei Dutzend dazugeschrieben hat. Vielleicht ist das wo anders auch vorgekommen, vielleicht ist das auch bei anderen Wahlen passiert, die nicht mit den Bauernkammerwahlen in Zusammenhang stehen. Ich bin der Auffassung, daß man hier wirklich zur Wahrhaftigkeit übergehen soll im Interesse aller, im Interesse des Ganzen. Herr Abg. Hans Brandl sagt, Gußwerk war seinerzeit auch nicht in Ordnung nach dem früheren Gesetz. Gußwerk ist auch jetzt nicht in Ordnung gegangen, nach dem jetzigen Gesetz. (Abg. Sebastian: „Das nächste Mal wollen wir ein besseres Gesetz machen!“) Ich hoffe, daß Gußwerk und manch andere Gemeinde bei den nächsten Wahlen in Ordnung kommt. Aber, meine Herren, eines muß ich schon sagen, ganz schlecht ist dieses Gesetz doch nicht, denn ich habe hier die Zeitungen, darnach haben nach der Wahl alle gesiegt. Ich will den Hohen Landtag nicht aufhalten, daß ich die Siegesmeldungen der Presse, der „Tagespost“ und der „Neuen Zeit“ und des „Alpenrufes“ hier bringe, aber alle haben gesiegt. (Abg. DDr. Hueber: „Das sind die Stimmennahmen!“) Ich habe mich nur an die Tageszeitungen gehalten, gesiegt haben alle. Es war ein Sieg, und das Gesetz kann daher nicht ganz schlecht gewesen sein. (Abg. DDr. Hueber: „Für 10—1000 Stimmen ein Mandat. Daß die Wahlordnung nicht in Ordnung ist, ist eindeutig!“) Schauen Sie, Herr Kollege, wenn Sie nicht gewählt werden, brauchen Sie mir nicht die Schuld zu geben. Herr Dr. Hueber, Sie wissen selbst, bei Ihnen waren die Wahlen formell sehr schlampig vorbereitet. Wir haben Ihnen in der Landeswahlbehörde großzügig über alle Schwierigkeiten hinweggeholfen, die Wähler aber kann ich Ihnen nicht bringen.

Abg. Edlinger hat sich mit den Maschinenhöfen beschäftigt. Ich muß seinem Gedächtnis ein bißchen nachhelfen. Gewiß, ich sagte seinerzeit vor 1954, und ich habe keinen Grund, es zu bestreiten:

Landmaschinenhöfe meinetwegen, aber dann darf man nicht mit 100.000 S anfangen, das sind einhalb Traktoren. Mit 2 Millionen müßte man anfangen! Aber das Risiko den Gemeinden anzulasten ist nur dann möglich, ich weiß nicht, ob ich das richtige Wort finde, wenn man einen richtigen Bedarfszuweisungsreferenten hat (Gelächter), wenn man den aber nicht hat, dann muß ich dort aus diesen 100.000 S, die aber auch immer gleichgeblieben sind, versuchen, herauszuhelfen. Ich muß die Feuerwehr spielen, daß diese Maschinenhöfe in nicht sozialistischen Gemeinden uns erhalten bleiben, damit wir gemeinsam diese Methoden ausprobieren können. Ich glaube nicht, daß Ihre Zahlen stimmen. Das Verhältnis kommt mir etwas zu groß vor. Man kann auch nicht sagen, wo sozialistische Gemeinden sind, dort sind kommunale Maschinenhöfe, wenn eine nicht sozialistische Gemeinde auch einen Maschinenhof hat. Das sind alles Gemeindemaschinenhöfe, da ist kein Unterschied. Die Kommunalmaschinenhöfe sind Gemeindemaschinenhöfe. Deshalb darf ich nicht sagen, nur die sozialistischen Maschinenhöfe sind Gemeindemaschinenhöfe. (Landesrat Fritz Matzner: „Den Ausdruck ‚Kommunal‘ hat Dr. Lueger geprägt.“) Die nicht sozialistischen Maschinenhöfe sind genau so wie die sozialistischen Kommunalmaschinenhöfe, damit hat Abg. Edlinger die Sache nicht richtig auseinandergehalten. Deshalb haben die ganzen 100.000 S immer wieder Gemeindemaschinenhöfe erhalten. Ich stimme zu, daß bei diesen Agrarinvestitionskrediten die Modalitäten nicht ganz leicht sind. Aber hier müssen die Hypothekenanstalten wie auch die anderen Geldinstitute leider nach ihren Statuten und Satzungen vorgehen. Aber Präsident Wallner hat uns schon aufgeklärt, daß hier auch für solche Kredite bei den Hypothekenanstalten, wo die grundbücherliche Sicherstellung am ersten Satz nicht möglich ist, die Haftung des Landes oder der Bürgschaftsgenossenschaft genügt.

Herr Präsident Dr. Stephan hat auch über die Wahlen geredet, hat den amtlichen Stimmzettel gefordert, hat auch die Vorfälle in der letzten Zeit in eleganter Form behandelt, in gemilderter Form erzählt, vor allem seinen Befürchtungen Ausdruck verliehen, daß gewisse Weinkellereigenossenschaften, vor allem die Mitglieder, die die Haftung übernommen haben, in Schwierigkeiten kommen. Ich bin überzeugt, daß Schwierigkeiten für die einzelnen Genossenschafter nicht entstehen werden. Ich möchte jetzt nicht lange erläutern, warum Gesellschaft und warum keine Genossenschaft. Ich glaube, der letzte Grund war der, weil die Zentralkellerei schließlich und endlich auch mit Nichtmitgliedern Verkaufsgeschäfte tätigen muß. Er hat, und dafür bin ich ihm sehr dankbar, die Frage der Delegierten bei den Genossenschaftsversammlungen aufgeworfen. Nun, warum soll man nicht darüber reden, auch im Hohen Hause?! Die großen Genossenschaften haben 2000 bis 10.000 Mitglieder, z. B. die Molkereigenossenschaft Graz, die sind in der bisherigen Form als Mitgliederhauptversammlungen nicht zu bewältigen. Ich glaube, in Graz vielleicht noch einen Platz zu finden, wo 10.000 Leute, wenn auch nur drei Viertel der Mitglieder kommen, zusammenkommen können. In

den kleinen Bezirken draußen ist das völlig unmöglich, die 5000 Mitglieder einer Genossenschaft zu einer Hauptversammlung einzuberufen, weil es weit und breit keine Unterbringungsmöglichkeit gibt. Deshalb wird man, ich kann es ruhig sagen, schweren Herzens zu dem Delegiertensystem übergehen müssen. Aber dieses Delegiertensystem hat auf Grund des Genossenschaftsgesetzes den Vorteil, daß vor jeder Hauptversammlung, also praktisch alljährlich, in den einzelnen Gebieten einer Groß-Genossenschaft Versammlungen abgehalten werden und bei diesen Teilversammlungen der Delegierte für die große Generalversammlung gewählt werden muß. Ich glaube, daß auf diesem Wege das Informations- und Mitspracherecht der Mitglieder bei den Großgenossenschaften besser gewährleistet ist als bei der jetzigen Form, wo vielfach infolge der Ausdehnung und infolge der Unmöglichkeit, die Mitglieder alle in einer Veranstaltung unterzubringen, die Generalversammlung einfach nicht so besucht werden kann, wie man das gerne hätte.

Ich darf darauf hinweisen, daß bei diesen Vollversammlungen das Rede-und-Antwort-Stehen der Genossenschaftsführung viel leichter möglich ist als bei der großen Hauptversammlung, wo oft 3000 bis 4000 Leute anwesend sind. Zu Ihrer Beruhigung darf ich auch sagen, daß Jahre hindurch versucht wurde, diesem Delegiertensystem aus dem Wege zu gehen. Man hat sogar Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten, in Obstgärten usw. Das geht aber auch wieder nur dann, wenn das Wetter mittut. Aber wer weiß denn schon im voraus, daß es z. B. Sonntag in vier Wochen nicht regnen wird? Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß diese Frage einmal besprochen wurde auf Grund der Anfrage des Herrn Dr. Stephan.

Die EWG-Frage und unsere Haltung dazu ist schon ausführlich besprochen worden. Dr. Stephan meint, der Karren stecke wieder einmal. Na, so pessimistisch bin ich auch wieder nicht. Der Karren steckt vielleicht irgendwo momentan, weil man vielleicht grundsätzlich nicht weiß, welches Geleise man damit befahren soll, aber steckengeblieben ist er nicht. Ich bin auch der Meinung, daß man alles versuchen muß, um im Interesse der Landwirtschaft diesen Wagen dahin zu führen, wohin wir wirklich am meisten ausführen wollen und müssen. Ich hoffe, daß von der Steiermark einige kräftige Impulse ausgegangen sind, so daß der Wagen in absehbarer Zeit auf dem richtigen Geleise zum Fahren gebracht werden kann. (Abg. DDr. Hueber: „Werden Sie unseren Antrag unterstützen?“) Nein, wir werden selbst einen stellen. Wir stehen da auf niemanden an.

Das Landwirtschaftsgesetz. Die Landwirtschaft wartet schon schwer darauf. Etwas hat einen dabei wieder getröstet. In Westdeutschland, wo doch eindeutig bürgerliche Verhältnisse in der Regierung sind, hat es leider auch 4 Jahre gedauert, bis es soweit war. Ich kann hier den Herrn Dr. Stephan berichten, die ÖVP hat Ihren ursprünglichen Antrag wieder dem Nationalrat sofort nach Zusammentritt vorgelegt, und es wird darauf ankommen, ob die ursprüngliche, sicher gute Vorlage zum Tra-

gen kommt. Ich hoffe, daß wir das Landwirtschaftsgesetz in absehbarer Zeit verwirklichen können, und ich hoffe, daß es so ausfällt, daß es der Landwirtschaft auch wirklich nützt. Denn ein Landwirtschaftsgesetz, das nur den Namen „Landwirtschaftsgesetz“ tragen würde, aber, wie uns schon von verschiedenen Seiten berichtet wurde, keinen Inhalt hat, hat gar keinen Sinn.

Wenn Herr Dr. Stephan der Meinung ist, daß man die Grundnahrungsmittel von der Umsatzsteuer befreien soll, so kann ich nur sagen, diesen Wunsch hätten wir alle, aber wie dann das Budget — ich rede jetzt nur vom Landesbudget — anschauen würde, das ist eine andere Frage. Die Forderung, man müßte die Landwirtschaft von der Umsatzsteuer befreien, könnte man erheben. Schauen Sie, wenn wir vor allem den Kleinbetrieben in der Landwirtschaft helfen wollen, so geht das nur auf zwei Wegen. Entweder höhere Preise, aber Sie wissen ja, wie das schwer ist, oder in dem Zusammenhang Preissenkungen für Artikel, die der Bauer häufig kauft. Es ist z. B. der Traktor teurer geworden. Wir hören ja, daß Motorräder und Traktoren im Ausland billiger verkauft werden als in Österreich. Das ist ein Gegenstück zur Butter und zeigt, daß die Bauern die Kosten für den Export selbst bezahlt haben. Aber es ist noch nie jemand gekommen, der verlangt hat, daß auch die Firmen ihren Export selbst bezahlen sollen.

Der Herr Dr. Stephan hat auch über das Höferecht gesprochen. Ich möchte nicht die Zeit des Reichs-Erbhof-Rechtes zurückrufen, aber ich könnte mir ein gewisses Höferecht schon vorstellen. (Abg. DDr. Hueber: „Wir warten schon lange auf die Regierungsvorlage.“) Ich bin kein Jurist und ich will keine Arbeitsbeschaffung betreiben ohne Not. Aber es läßt sich natürlich aus allem was machen.

Hinsichtlich der Mineralöltsteuer treffen sich unsere Wünsche.

Katastrophen-Fonds: Praktisch haben wir ja einen im Budget. (Abg. DDr. Hueber: „Wo?“) Sehen Sie, das haben Sie noch gar nicht gemerkt. Wir haben ja den Beschluß der Landesregierung, daß ersparte Katastrophenfonds-Mittel immer wieder vortragen werden. Aber es bleiben so nie Mittel übrig. Wir haben sogar sehr große Leistungen seitens des Landes anlässlich dieser Katastrophenfälle erbringen müssen. Es ist vielleicht interessant, das der Öffentlichkeit einmal bekanntzugeben.

Wir haben anlässlich der Katastrophen 1958 14 Millionen Schilling für sogenannte Privatschäden, also für Einzelschäden ausgegeben. Wir haben 17 Millionen Schilling für Maßnahmen, die die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft getroffen hat, der Kammer zur Verfügung gestellt für Planungen und Rekultivierungsarbeiten. für das Wegschieben des abgerollten Holzes, ½ Million Schilling, ich sage runde Ziffern, für die Wiederbesamung, für Saatgut, Kunstdünger, 12 Millionen Schilling der forsttechnischen Abteilung für die Behebung von Katastrophenschäden, vor allem an Wegen, Brücken u. dgl., 7½ Millionen Schilling wurden von der agrartechnischen Abteilung verbraucht, ebenso für Wege und Brücken 11 Millionen Schil-

ling. Insgesamt sind anlässlich der Hochwasserkatastrohe 342 Millionen Schilling aufgewendet worden. Ich darf erwähnen, daß in diesen 342 Millionen Schilling die rund 8 Millionen Schilling Spenden, die auf Grund des Aufrufes des Herrn Landeshauptmannes und der Landesregierung eingegangen sind, enthalten sind. Der große Erfolg dieser Spendenaktion muß besonders lobend anerkannt werden. Wir haben 3 Posten von Wien aus diesem 10-Millionen-Schilling-Katastrophenfonds erhalten, es muß aber noch einmal gesagt werden, für die Katastrophenschäden 1958 sind von Seite des Landes insgesamt 342 Millionen Schilling aufgewendet worden. Natürlich gibt es noch einige Nachwehen zu beseitigen.

Diese Katastrophe und ihre Auswirkungen sind leider noch nicht überwunden. Es tut mir und allen Landesregierungsmitgliedern weh, daß wir selbstverständlich diese Schäden nicht zur Gänze vergüten können. Das ist angesichts der Mittel, die zur Verfügung stehen, praktisch unmöglich. Ich darf sagen, selbst wenn wir einen noch so reich dotierten Katastrophenfonds gehabt hätten, diesen Ansprüchen wäre er nie gewachsen gewesen. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum ich und meine Fraktion für diesen Katastrophenfonds nicht die Begeisterung aufgebracht haben, die man von uns erwartet hätte, weil wir wußten, wenn wir den Fonds haben, sind wir an den Fonds gebunden, wenn ich keinen habe, wird schließlich und endlich nach Notwendigkeit die Landesregierung sich einer entsprechenden Hilfeleistung nicht entziehen können. Das ist auch geschehen.

Auch das heurige Jahr hat die Steiermark leider vor Unwetter nicht verschont. Wir haben uns alle der frohen Hoffnung hingegeben, daß wir jetzt einige Jahre der Ruhe haben werden, daß keine größeren Katastrophenfälle eintreten. Die heurigen Katastrophen, die in Bruck, Feldbach, Graz, Leoben, Liezen, Mürzzuschlag, Radkersburg und Voitsberg eingetreten sind, haben an Privatschäden einen Betrag von 30.000.000 S verursacht. Ich darf hinzufügen, daß hier die Schäden der öffentlichen Hand, der Gemeinden usw., nicht enthalten sind. Wenn ich schätze, so sind heuer durch diese Unwetterkatastrophen in Steiermark mindestens 55.000.000 S Schaden entstanden. Wir haben uns bei Beratung des Voranschlages in der Regierung geeinigt, daß wir die Katastrophenmittel, wie sie in der Gruppe 7 vorgesehen sind, im Jänner nächsten Jahres zur Gänze freigeben werden, weil wir zu Vergütungen oder Hilfeleistungen infolge der Schäden 1959 diese Mittel brauchen müssen. Herr Präsident Dr. Stephan hat mit Recht gesagt, wer schnell hilft, hilft doppelt. Es kommt darauf an, in besonders schwierigen Fällen sofort zu helfen. Das ist auch geschehen. Bei der Hauptmasse der nicht die Existenz gefährdenden Schadensfälle kommt es vor allem darauf an, den genauen Umfang der Schäden festzustellen und es kommt darauf an, daß die Überprüfungen ordnungsgemäß zustandekommen können. Nichts ist gefährlicher, als wenn man sich hier bei ausgedehnten Schäden in die Gefahr begibt, bei Hilfeleistungen ungewollt ungerecht zu werden. Ich darf abschließend sagen, daß die Verteilung der

Mittel im großen und ganzen im Einvernehmen mit den Gemeinden und der Kammer zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat, daß verhältnismäßig wenig Reklamationen und Schwierigkeiten aufgetaucht sind.

Frau Abg. Egger hat auf das Mutterhilfswerk für Landfrauen hingewiesen. 300.000 S sind unter verschiedenen Förderungsmaßnahmen leicht verdeckt enthalten. Ich hoffe, nachdem die Frau Kollegin Matzner auch 300.000 S auf einen ihrer Posten erhalten hat, daß ich für das ländliche Mutterhilfswerk bei Ihnen, meine Frau Kollegin Matzner, noch eine kleine Anleihe machen kann. Wir werden schon reden, beim Reden kommen die Leute zusammen, so daß dieses Mutterhilfswerk zur Hilfe für die Bäuerinnen eingerichtet werden kann.

Verschiedene Redner haben sich mit Forstmaßnahmen, vor allem mit der Forststatistik, mit der Forstpolizei beschäftigt. Das ist keine leichte Sache, hier jedenfalls individuell vorzugehen, so vorzugehen, daß auch das Gesetz nicht verletzt wird, ist äußerst schwer. Ich stimme Präsident Wallner zu. Es wird sich unsere Bezirksforstinspektion viel leichter tun, wenn sie sich, wie es in schwierigen Fällen geschieht, mit den örtlichen Bezirkskammern ins Einvernehmen setzt und, bevor vollzogene Tatsachen dastehen, die Sache zu lösen versucht wird. Ich bin der Auffassung, daß es für Forst und Wald überhaupt die größte Gefahr ist, wenn die Landwirtschaft passiv wird. Die größte Gefahr für den Forst droht von einer passiven Landwirtschaft, und wenn sich der Österreichische Bauernbund auf den Standpunkt gestellt hat, bevor nicht das Landwirtschaftsgesetz in entsprechender Form unter Dach und Fach gebracht ist, früher kann kein neues Forstgesetz behandelt und beschlossen werden, werden wir unseren Bauern die Hände auf diesem Gebiet nicht vollständig binden können. Im großen und ganzen sind die Schwierigkeiten verschieden. Daß nach der Statistik die steirischen Forste verhältnismäßig noch günstig dastehen, das berechtigt zur Hoffnung, daß wir in der nächsten Zeit die letzten Schwierigkeiten gemeinsam bereinigen werden bis auf einen kleinen Rest, den man aber als gefährlich ausschalten kann.

Der Herr Abg. Lafer hat über die Melorationen gesprochen. Hier liegt eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wird. Ich würde wünschen, daß sie in Wien auch wirkt, denn die derzeitigen Mittel für die Entwässerung sind vom Lande aus nicht allzu groß. Die Ansprüche steigen ständig durch diese Zusammenlegung, durch die Katastrophen, besonders durch die Raschentwässerungen. Wir sind gezwungen, für normale Entwässerungen die Sätze, die einst 60, 70 und 80 % betragen, auf 30 % herunterzusetzen. Aber wir werden sehen, wie weit die betreffenden Landwirte hier glauben einsteigen zu können. Es sind natürlich zu diesen verhältnismäßig geringen Sätzen die Kredite notwendig, die wir 3 % auf 7 bis 10 Jahre in der Hand haben, damit die Landwirtschaft nicht allzu stark in Schulden kommt.

Zur Bergbauernfrage ließe sich viel sagen. Der Herr Abg. Brandl hat von der Unterbewertung der

Landwirtschaft gesprochen. Dies ist hier in Österreich und auch anderswo so, und ich glaube, Herr Abg. Sebastian, das ist die Frage, wo man vor allem Recht und Gerechtigkeit üben müßte. Dann würde diese Unterbewertung der Vergangenheit angehören.

Der Herr Abg. Dr. Pittermann hat von der Seuchenbekämpfung gesprochen. Ich gebe ruhig zu, daß diese Evidenzhaltung, diese Karteiführung für jedes Stück Vieh eine ungeheure Arbeit bedeutet. Da ist ja die Standesamtsführung nichts dagegen. Denn bei der Bevölkerung ist der Wechsel doch nicht so rasch. Aber ich muß sagen, wir zerbrechen uns über eine Arbeit der Abteilung 8 den Kopf und ich bin der Auffassung, daß man diese Karteiführung in die Bezirke hinaus verlegen soll. Denn es ist schon einmal so, daß der Bauer, wenn er etwas braucht, erst am letzten Tag, oder wenn der Markt vor der Tür steht, nach Graz kommt und dann erst nachschaut, wo seine Kalbin evident gehalten wird. Auch wenn die Seuchenbereinigung einmal durchgeführt ist, dann müssen die Neugeborenen, die Verkaufenen usw. evident geführt werden, und auch von Zeit zu Zeit, vielleicht innerhalb von 2 Jahren, müssen alle Bestände neu überprüft und neu vermerkt werden. Das gibt natürlich auch wieder außerordentlich viel Arbeit. Wir werden uns dem aber nicht entziehen können. (Abg. DDr. Hueber: „Das ist wegen der Rassenpolitik des Kollegen Ebner!“) Dafür sind Sie besonders anfällig! Aber ich kann mir eine Evidenzhaltung bei den Bezirkshauptmannschaften vorstellen. Das würde auch gleich eine Beschäftigungsmöglichkeit für unsere Bezirkstierärzte ergeben.

Hoher Landtag! Vielleicht darf ich in dem Zusammenhang auch noch folgendes sagen. Schauen Sie, jedes Mal vor Weihnachten werden große Geflügelimporte in Wien zugestellt. Ich habe volles Verständnis dafür, daß man in dieser Zeit den Markt so gestalten will, daß keine Erhöhungen vorkommen. Obwohl ich sagen muß, eine der besten Grenzlandhilfen auch für die Steiermark wäre es, wenn wir feste, annehmbare Preise bei Geflügel und Eiern hätten. Ich glaube, darüber sollte es überhaupt keinen Streit geben. Man müßte bei Geflügel und Eiern zu einem erträglichen Preisband für beide Teile kommen. Das würde gerade für unsere kleinen Besitzer in Mittel- und Untersteiermark von ausschlaggebender wirtschaftlicher Bedeutung sein. Nun sind diese Importe seit einigen Wochen wieder ins Land gekommen. Und der Erfolg? Nicht nur, daß für die steirische Marktware fast kein Absatz zu finden ist und man hier der Landwirtschaft die größten Schwierigkeiten macht, kommt noch etwas dazu. Es ist in 6 Bezirken der Steiermark mit diesen Importen die Geflügelpest eingeschleppt worden. Die Folge davon: wir mußten generelle Impfungen anordnen lassen, so daß diese Gebiete jetzt nicht nur keinen Absatz haben, sondern auch noch die Kosten für die gesetzliche Impfung auf sich nehmen müssen. Gerade im Leibnitzer Bezirk und in Judenburg. Überall dort, wo dieses Gefriergeflügel hingekommen ist. Scheinbar sind die Abfälle auf Ablagerungsstätten geworfen worden, wo Geflügel dazugekommen ist, denn

überall dort ist die Geflügelpest aufgetreten. Was Herr Dr. Stepantschitz wegen dieses Eierpulvers gesagt hat, das glaube ich gilt auch für gewisse andere Importe. Nicht nur der Lebensmittelkontrollor in der Steiermark — und wenn man auch 10 oder 15 einsetzen würde — kann das hintanhalten. Ich habe vor 3 Jahren schon einmal gesagt, im großen und ganzen müßte sich der Konsument schon aus eigenem Interesse vor unnötigen Importen hüten.

Der Herr Abg. Berger prophezeit uns eine große Obsternte. Den Mitgliedern des Finanzausschusses haben wir vor einigen Wochen einen Bericht über die Verwendung der im Vorjahr beschlossenen 5 Millionen für die Obstabsatzförderung vorgelegt. Ich kann nur eines sagen, der Weg, der hier versucht wurde, hat Erfolg gehabt. Wir haben im Vorjahr immerhin 260 Waggon Tafeläpfel bis zum Februar durch diese Aktion eingelagert, und so sehr der Handel und die Genossenschaften um den Absatz und um die Haltbarkeit dieses Tafelobstes gezittert haben, hat sich am Ende doch herausgestellt, daß es noch ausgegangen ist. Wir haben aber vor allem den Erfolg gehabt, daß das ausländische Obst wirklich erst im Mai hereingekommen ist, weil eben die Tiefkühlagerung immer griffbereit dagelegen ist und wir immer nachweisen konnten, daß hier keine Versorgungsschwierigkeiten bestehen. Ich glaube kaum, daß auch bei einer noch so großen Obsternte wir eine Wiederholung dieser Aktion machen können, aber ich möchte heute schon alle aufmerksam machen, die Händlerschaft, die Genossenschaften und auch die Konsumentenschaft, daß man diesen aufgezeigten Weg zur Stabilisierung und Absatzsicherung des steirischen Obstes weiterhin in der Form, aber mit eigenen Mitteln beschreiten soll. Die Theorie wurde durch die Praxis bestätigt, daß die Vorgangsweise sich als richtig erwiesen hat, und ich glaube, daß das Rad, das wir zum Rollen gebracht haben, hoffentlich in den nächsten guten Obstjahren weiterwirken wird.

Hohes Haus! Der Herr Abg. Hans Brandl hat nicht mit Unrecht auf einen gewissen Widerspruch aufmerksam gemacht. Er hat gesagt, einerseits werde geklagt über den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, andererseits sei die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren wesentlich gestiegen. Ich glaube ja nicht, daß der Herr Abg. Brandl hier nur jene Fälle im Auge gehabt hat, wo in kleineren Betrieben man fremde Arbeitskräfte im November abmeldet, sie zwar behält, aber nicht arbeiten läßt, ich glaube, so haben Sie es gemeint. Solche Fälle kommen vor. Es wird die Besitzerfamilie während der Wintermonate die Fütterungsarbeiten und andere Arbeiten selbst tätigen und der Landarbeiter oder die Landarbeiterin wird die Arbeitslosenunterstützung beziehen, das mag vorkommen. Aber die Arbeitslosenunterstützung, die Zahlen werden stimmen, hat immerhin eine gewisse Berechtigung. Das ist selbst deshalb so gekommen, weil viele Leute, die in der Landwirtschaft nur im Sommer arbeiten, gar nicht ständig arbeiten wollen und auch nicht können. Es gibt Frauen, ich glaube, es wird ein hoher Pro-

zentsatz der gemeldeten landwirtschaftlichen arbeitslosen Frauen sein, die wirklich vielleicht nicht gebraucht werden, vielleicht auch aus einem gewissen eigenen Bestreben heraus im Winter nicht in Arbeit stehen können oder wollen. Wenn in dem einen oder anderen Falle das eine Entlastung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe sein soll, dann wollen wir ihnen das vergönnen. Ich bin überhaupt der Auffassung, man müßte es sich einmal überlegen, ob es nicht billiger käme, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade zu subventionieren, damit die dort erhalten bleiben können. Wir haben gehört, daß auch bei den Arbeitsplätzen in der Industrie die Beträge beträchtlich schwanken. Ich habe einmal gehört 50.000 S, dann einmal 200.000 S kostet ein neuer Arbeitsplatz in der Industrie. Unsere Bergbauern und auch unsere Berglabauern, das muß natürlich in dem Zusammenhang gesagt werden, werden nie in der Lage sein, die Mechanisierung so weit zu treiben, daß sie nicht einen verhältnismäßig hohen Arbeitskräftebedarf haben. Sie werden immer auf die menschliche Arbeitskraft in größtem Ausmaß angewiesen sein, und hier bin ich wie Abg. Hans Brandl wirklich der Auffassung, daß es für die Volkswirtschaft gesünder und billiger ist, wenn man solchen überprüften bedürftigen kleinen Berg- und Berglabauern die Sozialversicherungsbeiträge zahlen würde. Vielleicht könnte dann auch das Lohngefüge den anderen Löhnen etwas besser angeglichen werden.

Hoher Landtag! Lehnen wir diesen Gedanken nicht vorweg ab, er könnte unter Umständen einmal 1000 und 10.000 von Arbeitskräften dort binden, wo sie vielleicht gerne bleiben, wo sie notwendig sind und wo sie, weil sie verhältnismäßig weniger Zuschüsse bedürfen, auch für die Volkswirtschaft gerechtfertigt sind. Ich weiß nicht, bevor ich Investitionen und Förderungsmaßnahmen tätige und zusätzliche Arbeitsplätze schaffe für die, die ich dann wieder von diesen Bergen und Hängen herunterziehe, ob es nicht billiger kommt, ich treffe Vorsorge, daß sie oben und draußen bleiben können, ich weiß nicht, ob das, per Saldo gesehen, nicht vernünftiger ist. Diese Bergbauern und Berglabauern sind am Ende ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten angekommen. Sie können keine fremden Arbeitskräfte mehr beschäftigen, so notwendig diese für sie wären, sie können keine Sozialversicherungsbeiträge leisten, weil bei diesen Verhältnissen, wenn kein Wald dabei ist, die Löhne nicht einmal ausbezahlt werden können. Vielleicht können wir aus der Steiermark hier bahnbrechend wirken. Ich will noch einmal zum Abg. Hans Brandl kommen. Ich glaube, selbst wenn der eine oder der andere die Arbeitslosenunterstützung während der 4 oder 5 Monate zu Unrecht bezieht, ist zu überlegen, ob es volkswirtschaftlich gesehen nicht besser ist, wir lassen ihnen diese paar 100.000 S, als sie gehen irgendwo hin, wo sie als brave kleine Arbeiter eine neue Beschäftigungsmöglichkeit finden. Ich bin auf einer Ebene, wenn ich Prognosen und Schattenseiten aufzeige, auf der sich Abg. Sebastian befindet. Ich darf noch einmal sagen, man müßte hinsichtlich der Sozialversicherungsbeiträge

den Bauern, vor allem den Bergbauern in ungünstiger Lage, wirklich beispringen.

Hohes Haus, der Herr Abg. Sebastian hat vom Budget gesprochen. Freilich, das Landesbudget hat sich seit Jahren, wenigstens so lange ich es kenne, immer bemüht, der Landwirtschaft gerecht zu werden. Ich bin auch der Überzeugung, daß der seinerzeitige Beschluß, der schon vor mir erfolgt ist, der Kammer für Land- und Forstwirtschaft die Förderungsaufgaben zu übertragen, gut und richtig war. Ich bin auch der Überzeugung, daß diese Mittel bei der Kammer für Land- und Forstwirtschaft richtig, zweckentsprechend und sorgsam verwaltet werden. Ich kann mich nicht erinnern, daß auch nur einmal bei einem Bericht des Kontrollausschusses der Kammer, wo immer darauf Wert gelegt wird, daß auch Ihre Fraktion vertreten ist, auch nur die geringste Beanstandung erfolgt ist. Nun hat der Herr Sebastian auch — und ich bedaure das — auf die sozialen Belange hingewiesen. Ich muß sagen, es hat schon mit der Familienbeihilfe angefangen. Niemand von uns war gegen die Kinderbeihilfe oder gegen die Familienbeihilfe. Es hat sich immer nur darum gehandelt, wie werden die Leistungen für diese Maßnahmen aufgebracht. Und hier, meine Damen und Herren, sind die Auffassungen zwischen Sozialisten und ÖVP wirklich auseinandergegangen. Wir sind der Auffassung gewesen und haben sie auch durchgesetzt, daß die Familienbeihilfe die Landwirtschaft im großen und allgemeinen, wenn ich vom Lohnkonto absehe, nur mit 125 % Zuschlag zum Grundsteuermeßbetrag belasten soll. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, würde die Aufbringung dieser Mittel 100%ig die österreichische und steirische Landwirtschaft getragen haben. Wissen Sie, wie hoch der Zuschlag zum Grundsteuermeßbetrag sein sollte? 1300 %. Ich glaube, daß auch Sie das nicht wollen. Sie haben aber damals die Folgen einer solchen Bedeckung nicht vorausgesehen. Unsere Haltung war im großen und ganzen die einzig mögliche und die einzig richtige. Nicht anders ist es bei der bäuerlichen Zuschubrente. Ja, daß die alten Landwirte etwas kriegen, dagegen hat es noch nie einen Widerstand gegeben. (Abg. Sebastian: „Sie wollten ja keine Staatsrentner!“) Ich habe es jetzt noch erlebt, daß mir jemand gesagt hat, der rentenberechtigt war und nicht etwa in guten Verhältnissen lebt, ich will nichts und ich brauche nichts. (Abg. Sebastian: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!“) Ich habe diesem Mann eine gewisse Hochachtung nicht versagen können. Aber Sie haben recht, das sind nicht nur in der Landwirtschaft, sondern unter der ganzen Menschheit Einzelfälle. Aber auch hier hat es sich letzten Endes darum gehandelt, den Aufwand zu bedecken. Und da waren Sie wieder von Ihrem Standpunkt aus berechtigt zu fragen, was kostet das? Nun hat die Landwirtschaft aber keinen Partner. (Abg. Sebastian: „Staatszuschuß war ja immer vorgesehen!“) Aber nicht in der Höhe. Ich glaube, daß die Belastung, die die Landwirtschaft mit 180 % Zuschlag zum Grundsteuermeßbetrag mit beiträgt, das Äußerste ist, was man ihr zumuten konnte und daß der Streit nicht um das Zuteilen, sondern um das Aufbringen gegangen ist. Ich glaube, daß uns die

Bauern dankbar sind, daß die Aufbringung der Mittel letzten Endes nach unserem Vorschlag durchgeführt wurde.

Hohes Haus, es hat der Herr Abg. Sebastian von Gnade und Recht gesprochen. Mir wäre es lieber gewesen, er hätte auch noch gesagt Gerechtigkeit. Denn es kann nicht bestritten werden, daß wir alle, die wir nicht mehr mit der Landwirtschaft unser Brot erwerben, vom Schweiß des Bauern essen, und nicht nur von seinem Schweiß, sondern auch von dem Schweiß seiner Kinder bis hinein ins Greisenalter. Von dem, was diese Kinder vielfach erarbeiten, und von dem, was diese ausgeschundenen bäuerlichen Mütter und diese alten Männer erarbeiten, davon essen und leben wir und dafür zahlen wir. Aber die Unterbewertung der Landwirtschaft ist nicht nur bei uns üblich, sondern auch anderswo. Sie ist nicht nur ein rein agrarisches Problem, sie ist ein Problem der Volkswirtschaft und des Staates, und ich muß in aller Offenheit sagen, der Zeiger steht bereits auf 12. Ich glaube daher, nicht Gnade, nicht Recht, nicht Förderungsfonds von Wien aus oder sonst woher sind angebracht, sondern wir müssen gerechte Zustände schaffen, daß jeder, der seine Arbeit leistet, der seine Wirtschaft sorgfältig betreut, weder Gnade noch Hilfe braucht! (Starker Beifall bei ÖVP.)

Hohes Haus! Ich bin auch der Auffassung und das muß ich zugeben, daß für die Aufklärung und für die Verständigung zu wenig geschieht. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir hier, und das betrifft nicht nur die Agrarier, sondern alle Mitglieder des Hohen Hauses, in unserem politischen Wirken auf das Ganze zu sehen haben. Es hat mich außerordentlich beeindruckt, daß der heute oft zitierte Abg. Wegart unlängst bei einer großen Vertrauensmännerbesprechung der ÖVP eine halbe Stunde lang über die Probleme der Landwirtschaft gesprochen hat — und es war ein rein bäuerlicher Zuhörerkreis — und dabei gesagt hat, man müsse die bäuerliche Jugend einmal hinaufführen in das Bergwerk nach Fohnsdorf und dort spüren lassen, was es heißt, in 1000 oder 1200 m Tiefe bei 38 Grad Hitze zu arbeiten. Lieber Freund, auch das wird notwendig sein, aber es wird auch notwendig sein, daß in der Arbeiterzeitung und in anderen Blättern von der Landwirtschaft gesprochen wird (LR. Fritz Matzner: „Geschieht ja!“), daß dort die Probleme in einer Weise dargestellt werden, wie sie der Wirklichkeit entsprechen und wie sie die Gerechtigkeit erfordert.

Hohes Haus, ich bin der Auffassung, daß das Werben um gegenseitiges Verständnis wichtiger denn je ist. Wir dürfen in diesen Belangen die Grenzen nicht noch härter machen und die Gruppen sich nicht einkesseln lassen.

Ich bedaure es — das muß ich offen sagen — außerordentlich, daß auch die Kammern unter sich nur einen offiziellen Verkehr pflegen. Wie schön wäre es, wenn einmal der Gewerkschaftsbund oder die Arbeiterkammer den Präsidenten Wallner einladen würden, wie schön wäre es, wenn er auch auf der anderen Seite einmal einen der führenden Herren zu sich rufen würde. Liebe Freunde, nur im gegenseitigen Verständnis wird man dieser

Grundfrage, dieser Frage, ich möchte fast sagen Nummer 1, in unserem Volke Herr werden. Ich glaube, daß hier ein besonderes Wort am Platze ist. Ich habe es voriges Jahr am Schlusse gesagt, lassen Sie mich das heute auch noch einmal tun: Niemand ist so groß und so hoch und niemand so klein und so unbedeutend, als daß er nicht für Recht und Wahrheit und Gerechtigkeit wirken könnte. (Sehr lebhafter Beifall.)

1. Präsident **Wallner**: Hoher Landtag! Ich will mich kurz fassen. Aber einige Zwischenrufe und insbesondere die Ausführungen des Herrn Abg. Sebastian zwingen mich dazu, mich noch einmal zum Wort zu melden. Ich möchte es ablehnen, bezichtigt zu werden, Vizekanzler Dr. Pittermann Worte in den Mund zu legen, die er nicht gemacht hat. Ich war zu dieser Tagung nicht eingeladen und so mußte ich die Ausführungen, die in der „Neuen Zeit“ wörtlich stehen, auch so bringen. Ich will zur Kenntnis nehmen, daß die Berichterstattung der „Neuen Zeit“ nicht richtig war. Aber, wenn der Vizekanzler erklärt, diese Förderungsbeiträge müssen nach gesetzlichen Richtlinien verwaltet werden, muß ich sagen, das geschieht auch bei den Förderungsbeiträgen, die uns vom Land oder Bund zugehen. Sie sind mit genauen Richtlinien ausgestattet, wie sie verwendet werden müssen. Die Verwendung wird von den Kontrollabteilungen des Landes und Bundes kontrolliert. Aber, Herr Abg. Sebastian, wie wollen Sie 336.000 S für qualitative Obstbauförderung in Steiermark und 260.000 S als Förderungsbeiträge für den Weinbau nach dem Gesetz verteilen? Hier spielt noch immer die Bedürftigkeit und Zweckmäßigkeit eine Rolle, das ist Ermessenssache. Uns bleibt kein anderer Weg, als über die Fachabteilung feststellen zu lassen, ob das oder jenes in der Förderung richtig ist oder nicht.

Es wird uns immer wieder vorgeworfen, daß die Kammer zu viel Personal beschäftigt. Es ist richtig, die Landeskammer mit den 16 Bezirkskammern beschäftigt ungefähr 600 Arbeiter und Angestellte. Diese sind aufgeteilt auf die gesamte Interessenvertretung und den Verwaltungsdienst in der Kammer in Graz und in den 16 Bezirkskammern. Insgesamt sind da 136 Personen tätig, 35 Personen sind uns vom Land für den Förderungsdienst zugewiesen, im eigenen Förderungsdienst, für die Tierzucht, Pflanzenbau und Forstwirtschaft sind 163 Personen beschäftigt. Im eigenen Betrieb der Kammer sind im Wegebau, für Kultivierungsmaschinen und Besamungsstationen 97 Personen, das Personal der Betriebsberatung und Milchwerke beträgt 137, für die uns die Hälfte des Gehaltes vom Bunde ersetzt wird. In der Bauabteilung sind 21 Personen tätig. Wenn Sie nun behaupten, diese 19 Millionen Schilling, die aus eigenen Mitteln aufgebracht werden, trügen zur Förderung der Landwirtschaft nichts bei, dann muß ich das zurückweisen; denn alles, was in der Interessenvertretung geschehen ist, ist eine ausgesprochene Förderung der Landwirtschaft und die Mittel sind so zu verwenden, wie es eben gerechtfertigt ist. Ihre Partei ist sowohl in der Kontrollabteilung, obwohl Ihnen der Sitz nicht zusteht, und in allen Ausschüssen auch vertreten. Eine ver-

trauensvolle Zusammenarbeit kann nur auf der Grundlage gegenseitiger Kontrolle und Vertrauens zustandekommen.

Bezüglich der Bewirtschaftung hat Abg. Hegenbarth gesagt und dem Herrn Abg. Sebastian erklärt, daß in der Zeit des Mangels die Bewirtschaftung notwendig war. Dazu stehen wir. Aber, ob es heute, 15 Jahre nach Kriegsende immer noch notwendig ist, mit Preisvorschriften und Höchstpreisen zu arbeiten, ist eine andere Frage. Ich führe an, daß wir heute noch immer einen amtlichen Höchstpreis für unsere Schweine haben, der mit 12 S Lebendgewicht ab Hof des Bauern festgelegt ist. Seit 1952 ist er nicht geändert. Der Erfolg ist, daß 1958 nach Österreich 102.000 Stück Schweine aus dem Ausland eingeführt wurden. Heuer kommen wir auf einen Import von 190.000 Stück. Bei einem Gesamtbedarf des Wiener Marktes von rund 400.000 Stück wird also die Hälfte aus dem Ausland importiert. Das müßte nicht so sein, aber es ist uninteressant, denn die Kosten der Schweinehaltung sind angestiegen und seit 1952 bis heute haben wir denselben Höchstpreis.

Ich verweise noch auf etwas, was die Landwirtschaft interessiert, nämlich das Wild. Wir sind heuer mit den Wildpreisen so schlecht dran, weil das Innenministerium den Export gesperrt hat. Die Jagdpächter erhalten für einen Hasen als Höchstpreis pro kg 10 S, 1951 betrug der Preis 12 S. Man drosselt mit Zwang die Preisentwicklung ab. Es ist nicht jedermanns Sache, Wild zu essen. Es waren Schwierigkeiten in den letzten Wochen beim Wildverkauf, wohl durch die Exportsperre.

Die dänische Landwirtschaft ist nicht vergleichbar mit unseren Verhältnissen, es gibt dort keine Bergbauern. Die dänische Landwirtschaft hat sich und je vom Veredlungsverkehr gelebt. Sie hat verfügt über billige Futtermittelimporte aus Übersee und die Fertigprodukte, Eier, Geflügel und Schweine in das nahe England exportiert, so daß die dänische Landwirtschaft sehr stark von dieser Tätigkeit gelebt hat.

Es erübrigt sich, auf die anderen Dinge, wie auf die Bauernkammerwahl einzugehen, ich will nur zum Ausdruck bringen, daß wir in der Kammer keine Kontrolle scheuen und nach der Kammerwahl dafür gesorgt haben, daß überall eine direkte Kontrollmöglichkeit gegeben ist, damit wir in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit das erreichen, was einige von Ihnen als notwendig erachtet haben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Dr. Kaan**: Ich bitte, hier zur Gruppe 7 und 9 folgende Resolutionsanträge der ÖVP verlesen zu dürfen.

1. „Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag fordert die Bundesregierung auf, das Wohnungsproblem in einer volkswirtschaftlich und sozial vertretbaren Weise neu zu regeln. Es soll dadurch der Alt-Hausbesitz als wesentlicher Teil des österreichischen Volksvermögens in seinem Bestand gesichert, als auch der Neubau von Wohnungen, insbesondere durch Verwendung von Eigenmitteln, verstärkt werden.“

2. „Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Von der organischen Einordnung Österreichs in ein gesamteuropäisches Wirtschaftskonzept hängen sowohl die Vollbeschäftigung als auch die Weiterentwicklung der österreichischen Wirtschaft ab.

Der Steiermärkische Landtag fordert daher die Bundesregierung auf, alle gebotenen Schritte zu unternehmen, damit Österreich mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in unmittelbare wirtschaftliche Beziehungen treten kann.“

Abg. **DDr. Hueber:** Im Namen der Freiheitlichen Partei Österreichs möchte ich einen Resolutionsantrag verlesen, den die Fraktion der FPÖ heute mittag bereits dem Präsidium überreicht hat und welcher lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß diese eheste Schritte zur Herbeiführung einer wirtschaftlichen Assoziation Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, unternimmt.“

**Präsident:** Die Anträge werden unter „Beschlussanträge“ zur Behandlung gestellt.

1. LHst. **Horvatek:** Ich stelle den Antrag, die Sitzung zur Abhaltung einer Fraktionssitzung auf eine Stunde zu unterbrechen.

Abg. **Dr. Kaan:** Wir sind für die Unterbrechung, doch soll diese gleichzeitig die Abendpause sein.

Abg. **Sebastian:** Ich halte das für unmöglich, denn man kann nicht Abendessen und gleichzeitig eine Sitzung abhalten. Da aber Anträge gestellt wurden, müssen sie beraten werden. Dazu muß man sich zurückziehen, das kann man aber nicht, wenn man gleichzeitig Abendessen soll. Ich bitte daher, für die Sitzung eine Zeit dazuzugeben.

**Präsident:** Da die Behandlung der Anträge mit den gesamten Beschlüssen erfolgen wird, können während dieser Zeit die Fraktionsmitglieder ihre Besprechung abhalten. Es wurde der Wunsch geäußert, die Sitzung um 7 Uhr zu unterbrechen, weil wir nicht sagen können, ob wir noch weiterkommen.

Abg. **Dr. Kaan:** Ich meine, wenn wir bis 20 Uhr unterbrechen, müßte für Fraktionsverhandlungen auch noch Zeit sein. Ich schlage daher vor: Unterbrechung der Sitzung bis 20 Uhr.

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung bis 20 Uhr. (Die Sitzung wird um 16.45 Uhr unterbrochen und um 20.05 Uhr wieder aufgenommen.)

**Präsident:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Zur Behandlung steht die Gruppe 7, das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Ertl:** Zum Abschluß der Behandlung der Gruppe 7 möchte ich den Mitgliedern des Hohen Hauses für das bekundete große

Interesse und die große Anteilnahme bestens danken und bitten, die vom Finanzausschuß beschlossenen Ansätze für das kommende Jahr zu genehmigen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich schreite zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die mit den Ansätzen der Gruppe 7 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur

### Gruppe 8: Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen.

Berichterstatter ist Abg. Ebner, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Ebner:** Hohes Haus! Die Gruppe 8 beinhaltet, wie Sie wissen, wirtschaftliche Unternehmungen des Landes. Der Finanzausschuß hat sich damit eingehend befaßt und empfiehlt die Annahme nach der Vorlage.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Zagler.

Abg. **Zagler:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu dieser Gruppe zu Wort gemeldet, weil in unserem steirischen Gebiet über eine Gruppe die Not hereinbricht — über den Bergbau. Ich muß an die Ausführungen unseres Generaldebattenredners Abg. Sebastian anschließen und zurückgehen auf das Jahr 1945. Als damals die Wirtschaft in unserem Lande durch die Kriegsfolgen auf dem Boden lag, waren es die Bergarbeiter, die in den Berg einfuhren, um durch ihre Kohlenförderung die Wirtschaft in unserem Staate wieder anzukurbeln. Trotz mieslicher Ernährungslage und sonstiger arger Verhältnisse folgten die Bergarbeiter getreulich den an sie gerichteten Appellen. Der Bergarbeiter zeigte sich verständig, daß seine Tätigkeit für die Wirtschaft wichtig ist, und daß besonders auch Schulen und Krankenhäuser dringend die Kohle brauchten. Indirekt war die Arbeit der Bergleute auch eine praktische Hilfe für die Landwirtschaft. Ich bin absolut dafür, daß die Landwirtschaft unterstützt wird, damit sie lebensfähig ist. Aber ich muß sagen, daß heute auch der Bergbau einer Unterstützung bedarf.

Nach dem Kriege wäre es unmöglich gewesen, die Landwirtschaft zu unterstützen, wenn damals nicht die Bergarbeiter die Kohle geliefert hätten, um die Fabriken wieder in Schwung zu setzen. Dadurch waren diese in die Lage versetzt, die Maschinen, die die Landwirtschaft brauchte, wieder erzeugen zu können. Es ist notwendig, daß man auch darauf aufmerksam macht.

Durch diesen Auftrieb in der Kohlenproduktion mußte auch die Belegschaft in fast allen Betrieben beträchtlich erhöht werden; sowohl in den weststeirischen als auch in den obersteirischen Kohlenrevieren. Dadurch hat sich auch das gewerbliche Leben gehoben und mehr Gewerbetreibende, mehr Geschäftsleute haben sich in diesen Gebieten angesiedelt.

In der Folge mußte die öffentliche Hand mehr Wohnungen bauen. Auch viele Eigenheiminteressierte haben durch das Aufblühen des Bergbaues Eigenheimsiedlungen geschaffen, obwohl es nicht leicht ist, sich vom Lohn ein Häuschen abzusparsen. Von 1945 bis heute haben verschiedene Genossenschaften rund 290 Wohnungen geschaffen. Es sind außerdem über 400 Einfamilienhäuser von Siedlern gebaut worden. Alle diese Menschen, die sich seßhaft machten, bangen heute besonders um ihre Arbeit.

1958 hatten wir im weststeirischen Revier noch eine Tagesförderung von rund 10.000 Tonnen Kohle. Die Förderung mußte 1959 auf 9130 Tonnen gesenkt werden. Dies bedeutete gleichzeitig auch eine Reduzierung des Arbeiterstandes. Dieser Reduktion konnte insofern teilweise abgeholfen werden, daß man Arbeitskräfte verlagerte und manchen Bergmann etwas vorzeitig in die Rente schickte. Aber wenn jetzt von 1959 auf 1960 die Tagesförderung in unserem weststeirischen Revier um 1300 Tonnen — das sind 14,3 % — gesenkt werden soll, so wird das zwangsläufig eine Reduktion in den einzelnen Belegschaftsständen mit sich bringen.

Ich darf daran erinnern, daß die Bergarbeiter in ihrer Treue zum Vaterland und in ihrer Liebe zur Heimat als erste die Initiative ergriffen haben, um die Wirtschaft unseres Vaterlandes wieder in Gang zu setzen. Ich kann mich erinnern, daß wir damals manchmal bei der Landesregierung vorgesprochen haben, um eine Ernährungszulage zu bekommen, damit die Bergarbeiter überhaupt noch in die Grube einfahren konnten. Die Zeit hat es mit sich gebracht, daß Erdgas, Heizöl und elektrischer Strom als moderne Energieträger in den Vordergrund getreten sind. Alle Bergarbeiter werden es verstehen, daß wir uns dieser Entwicklung nicht entgegenstellen können. Die Hochkonjunktur für die Kohle ist vorüber. Aber man hätte diese Entwicklung vorher erkennen müssen; man hätte planen und fragen müssen, was geschieht, wenn dieser Standpunkt erreicht wird. Man hätte sich damals, als man die Ferngasleitung über den Semmering legte, schon mit dem Problem befassen müssen: Was geschieht mit dem Bergarbeiter? Aber es war keine Stelle im Landesbereich da, damals, als wir Bergarbeiter die Not bereits erkannten und die Stellen suchten, die uns helfen sollten. Um die Wirtschaft weitertreiben zu können, hat es auch noch keine gemeinsame Planung gegeben. Und später hat man es dann unterlassen, eine Planung irgendwie fortzusetzen, oder aber man hat bewußt gegen die Planung, die manche Fachleute wollten, Stellung genommen. Die Auswirkungen sieht man heute.

Wenn ich das Protokoll von der vorjährigen Budgetdebatte durchschaue — ich war damals nicht im Landtag — ersehe ich, daß damals ein ernster Ruf des Abg. Lackner in der Debatte ergangen ist. Er hat warnend gefragt, was mit den Bergarbeitern in Österreich werden wird, wenn tatsächlich Krisenzeiten kommen. Damals hat in der Antwortrede unser Landeshauptmann es als Dolchstoßlegende hingestellt. Der Dolchstoß aber wird geführt nicht

gegen das Erdgas, sondern gegen den Kohlenabsatz. Sie sagten damals: „Ich bin dafür, daß man das Gegenteil beweist, dann werden die politischen Lügen aufhören, die den jungen Menschen die Demokratie verkehrt darstellen, sie ihnen unrichtig vermitteln. Es gibt auch eine Dolchstoßlegende, daß der Spatenstich der Herzstich für die Kumpeln ist. Sehr viel ist Abg. Lackner nicht eingefallen.“ Ich muß demgegenüber feststellen, daß ihm viel eingefallen ist, denn er hat damals die Lage erkannt —, erkannt, um was es geht. Leider ist es jetzt zu spät. Und wenn ich weiterschaue, ist zu 32. Sitzung am 19. Februar ein Antrag der Abgeordneten der ÖVP eingebracht worden. Dieser umfaßt 9 Punkte. Wenn ich diese nun einzeln durchgehe, so enthält der erste die Forderung, die Landesgesellschaft STEWEAG zu veranlassen, im weststeirischen Kohlenrevier — im Gebiet Pöfingbrunn—Leibnitz — ein kalorisches Werk zu errichten. Ganz schön! Man hat damals gehofft, daß tatsächlich etwas unternommen wird, um Abhilfe zu schaffen. Was ist aber geschehen? Nichts. Es war damals vor den Wahlen. Und es ist dann geschehen, daß die Kumpeln in Pöfingbrunn sich zu Feierschichten wöchentlich einmal über das ganze Jahr hindurch bequem mußten und dadurch einen wesentlichen Verdienstentgang hatten, wodurch der Lebensstandard dieser Kumpel gesunken ist. Heute sind wir bereits wieder so weit, daß vor einigen Tagen — ich muß es offen aussprechen — wieder ein Antrag für die Kumpel in Pöfingbrunn auf Kurzarbeit eingebracht wurde. Jetzt in den Wintermonaten, wo es so weit ist, wo man glaubt, tatsächlich einen guten Absatz für Kohle zu haben, müssen wir Verhandlungen wegen Kurzarbeit führen. Dasselbe wird uns im Köflacher Gebiet wahrscheinlich auch blühen. Ich weiß noch nicht, wie wir die Arbeitskräfte unterbringen werden, die durch den geringen Kohlenabsatz frei werden.

Es ist ja bereits bekannt, auch öffentlich bekannt, daß wir seit ca. eineinhalb Jahren keine Neuaufnahmen mehr durchgeführt haben, um keinen Abbau in den einzelnen Betrieben zu forcieren. Es ist bereits die nachkommende Jugend der Bergarbeiterschaft gezwungen, aus den weststeirischen Revieren abzuwandern. Wären die Lieferungen so weitergegangen wie bisher, dann hätten wir in ca. 25 Jahren im weststeirischen Revier mit unserer Industrie Schiffbruch erlitten, weil dann die Kohle nicht mehr vorhanden gewesen wäre, um weiterarbeiten zu können. Durch die eingetretenen Absatzschwierigkeiten wird diese Zeitspanne auf ca. 50 Jahre verlängert. Aber es ist unbedingt notwendig, daß von allen Stellen — vom Land und vom Bund — dahin gewirkt wird, daß wir in der Weststeiermark, in diesem dicht besiedelten Gebiet, eine Ersatzindustrie erhalten, die die freiwerdenden Arbeitskräfte des Bergbaues und die nachwachsende Jugend aufnimmt. Es ist auch eine Notwendigkeit, daß wir hier im Landtag zu dieser Frage Stellung nehmen. Ich möchte daher alle Zuständigen in der Landesregierung bitten, alle Schritte zu unternehmen, in das weststeirische Kohlengebiet wirklich eine Ersatzindustrie hinzubringen. Wie schon erwähnt, kann ich mir nicht vorstellen, daß die jungen Menschen, die sich vor

einigen Jahren in diesem Gebiet im Vertrauen auf die gute Wirtschaftslage, auf die Kohlenwirtschaftslage, ein Eigenheim oder eine Wohnung geschaffen haben, jetzt in andere Gebiete abwandern sollen. Die hätten ihre Arbeit, sich durch eigenen Fleiß vor der Schicht und nach der Schicht eine Wohnung zu schaffen, umsonst geleistet. Es wäre kein Familienleben für diese Leute, wenn die Wohnungen in der Weststeiermark und die Arbeitsplätze in der Obersteiermark sein würden. Das wäre eine sehr schlechte Familienpolitik, und andererseits kann man sich nicht vorstellen, daß es sich nicht zustande bringen läßt, für unsere Arbeiter in der Weststeiermark eine Ersatzindustrie zu bekommen.

Ich muß nun noch zum zweiten Punkt, Draukraftwerke, etwas sagen. Hier ist es soweit, daß die dritte Stufe tatsächlich gebaut wird. Aber das allein ist keine Lösung für den Bergbau, weil durch die Gasleitung bereits auch die Grobkohle nicht mehr absetzbar ist. (LH. Krainer: „Wohin haben Sie denn die weststeirische Kohle geliefert, dorthin, wo jetzt Gas ist?“) Nach Donawitz verlieren wir ab 1. Jänner 1960 eine Lieferung von täglich 400 Tonnen. Auch an die Böhlerwerke verlieren wir ab 1. Jänner 1960 eine Lieferung, und zwar insgesamt täglich 1300 Tonnen.

Der dritte Punkt wäre, darauf einzuwirken, daß der Beimischungszwang gesetzlich verfügt wird. Ich muß sagen, daß das eine interessante Entwicklung ist bei uns in Österreich. Wir sind einerseits ein Importland für Kohle und andererseits bringen wir die eigene Kohle nicht an. Hier ist etwas im Handel nicht in Ordnung. Denn sonst wäre es nicht möglich, daß ein Kohlenimportland keinen Absatz für die eigene Kohle findet. Unternommen wurde auf diesem Gebiet meines Erachtens nicht viel oder gar nichts. Das war der vierte Punkt.

Fünftens wäre es notwendig, auf die Bundesregierung einzuwirken, daß zur Erzeugung von Spitzenstrom aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung kalorische Werke herangezogen bzw. erbaut werden. In der Obersteiermark für Fohnsdorf und Zeltweg ist ja geplant, ein kalorische Werk zu erbauen. Aber diese Pläne kommen bereits um zwei oder drei Jahre zu spät. Die Fohnsdorfer werden wahrscheinlich ihren Belegschaftsstand während der zwei bis drei Jahre Bauzeit nicht durchbringen können, wenn sie nicht anderswo eine Kohlenabatzmöglichkeit finden.

Sechstens wäre hinzuweisen auf die Notwendigkeit der Errichtung geeigneter Anlagen, damit eine bessere Aufbereitung der weststeirischen Kohle möglich ist und so durch eine qualitative Verbesserung der Absatz auch für den Hausbrand gesteigert wird. Das ist zwar im wesentlichen geschehen. Ich beziehe mich dabei nur auf meinen Betrieb in Piberstein. (Abg. Hegenbarth: „Wieso bekommt man dann so schwer Trockenkohle für den Hausbrand?“) Man bekommt Kohle in jedem Ausmaß. Wir sind soweit, daß wir im Jänner und auch jetzt schon in den letzten Tagen des Jahres 1959 bereits Kohle auf die Halde werfen müssen. Man bekommt Kohle in jeder Menge. Man bekommt Trockenkohle, Pibersteiner Kohle, alles in rauhen Mengen. Es ist bereits soweit, daß alle Bestellungen

beliefert wurden und wir in den letzten Tagen des Jahres 1959 keinen Absatz mehr haben.

Durch geeignete Organisationsmaßnahmen müßte man den Absatz der weststeirischen Kohle fördern und insbesondere die Firmen auffordern, für eine rechtzeitige regelmäßige und ausreichende Belieferung der Konsumenten zu sorgen. Also auch hier die Händler! Darüber, glaube ich, nicht viel reden zu müssen. Der Handel funktioniert bei uns nicht. Es ist praktisch so, daß einerseits der Händler erklärt, er hat keine Kohle, gleichzeitig aber werden die Halden immer größer. Es ist daher notwendig, auf diesem Gebiet einzugreifen. (Abg. Wegart: „Warum will er nicht verkaufen? Der Handel lebt doch vom Verkauf!“) Vielleicht verdient er genug dabei, so daß er nur bei wenigen Tonnen sein Auslangen findet oder hat er eine Nebenbeschäftigung. Ich weiß es nicht. (Gelächter und Gegenrufe.) Das sind Tatsachen, meine Herren! Sie können sich zu jeder Stunde in den Betrieben davon überzeugen, es gibt Unterlagen, nur habe ich sie nicht mit. (Abg. Dr. Rainer: „Heraus mit den Unterlagen!“) Ich werde sie Ihnen bringen, wir werden sie beistellen, wir werden aufzeigen, daß das, was ich gesagt habe, Wahrheit ist. (Abg. Ing. Koch: „Wieso kommt es, daß man in Bergla keine Kohle bekommt? Die Firma Assmann und andere Firmen führen Beschwerde darüber, daß sie von Bergla keine Kohle bekommen. Ich stehe zu meiner Behauptung und bitte, die Dinge zu untersuchen.“) Das liegt im Kohlenhandel. (Abg. Ing. Koch: „Das Werk Bergla verkauft die Kohle doch direkt.“) Im oberen Betrieb geht der Kohlenabsatz nur über den Großhandel, eine Kleinabgabe ist uns verboten. Das ist die Kartellwirtschaft des Großhandels. (Große Unruhe.) (Abg. Stöffler: „Ich habe zu dem Problem eine andere Auffassung, als Sie es beleuchten.“) (Zwischenruf: „Das läßt Ihr Euch bieten!“) (Zwischenruf: „Das läßt sich der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann gefallen!“) (1. LHstv. Horvatek: „Abg. Zagler wird wohl wissen, wie die Dinge da unten sind!“) Wir haben uns bemüht, die Kohle im Kleinhandel abzusetzen, leider wurde uns das untersagt. (Zwischenruf: „Von wem?“) Versuchen Sie einmal mit einem Fuhrwerk in die Betriebe zu fahren und dort zu sagen: Ich brauche für Graz 5 Tonnen Kohle. Die Kohle kann nicht ausgeliefert werden, weil es die Kohlenhändler unterbinden. Die Händler beziehen die Kohle in Graz. Die Sperrzone, soweit . . . (Die Zwischenrufe werden heftiger, der Redner wird unverständlich.) (Große Unruhe.) (Der Präsident mahnt zur Ruhe.)

Ich komme zum Schlusse. So müssen Sie fragen, was ist mit dem Neunpunktprogramm, was wurde durch dieses erzielt? Ich muß als Bergarbeiter annehmen, es war Propaganda für die Wahlen, die damals bevorstanden. Unternommen wurde praktisch nichts. Ich muß andererseits sagen, daß die Antwort am 10. Mai die entsprechende war. Wenn wir zusammen trotz aller Vehemenz keinen Weg finden, um die Bergarbeiter weiter wirklich beschäftigen zu können bzw. eine neue Industrie für die weststeirischen Gebiete zu bekommen, so werden wahrscheinlich die nächsten Wahlen noch schlechter ausgehen. (Zwischenruf: „Für wen?“) Für uns

nicht, weil wir Aufklärungsarbeit leisten. (Gelächter und Lärm.)

Darf ich das Hohe Haus ersuchen, mit aller Vehemenz an die Bundesregierung heranzutreten, den bedrohten Bergarbeitern Arbeitsplätze in diesen Notstandsgebieten zu verschaffen. (Beifall bei SPO.)

Abg. **Scheer**: Hoher Landtag! Meine sehr unruhigen Damen und Herren (Heiterkeit.) Der Weg von der steirischen Kohle zu den zum Teil von der Kohle betriebenen Landesbahnen ist nicht sehr weit. Trotzdem läßt sich vielleicht in dieser Frage der steirischen Landeseisenbahnen ein direkter Weg von der Grube zu unseren Eisenbahnen finden. Nachdem der steirische Verkehrsminister für unsere Bahnen in der Steiermark, Herr Landesrat Brunner, nicht da ist, aber doch die Steiermärkische Landesregierung... (Landesrat **Prirsch**: „Ich vertrete ihn. Das geht darunter!“) Ich bitte, durch entsprechende Zwischenrufe sich bemerkbar zu machen.

Dieser steirische Verkehrsminister Brunner, nicht Waldbrunner, hat das Defizit der steirischen Landesbahnen damit zu lösen versucht, daß er gewisse Strecken für den Personenverkehr einfach eingestellt hat. Diese Einstellung des Personenverkehrs auf der Strecke Thörl—Au hat außerordentliche und ungewöhnliche Wirkungen auf die an dieser Bahnstrecke liegenden Orte, und zwar Mitterberg, Hinterberg und Seebach, da diese Orte nunmehr vom Personenverkehr abgeschnitten sind. Herr Landesrat Brunner in seiner Eigenschaft als Referent für die Landeseisenbahnen hat einen Ersatzverkehr für diesen eingestellten Eisenbahnverkehr einzurichten versucht. Wie sieht aber dieser Ersatzverkehr nun aus? Das ist die Strecke, die weiter nördlich dieser früheren Eisenbahnlinie führt und die nur mit Fußwegen bis zu 40 Minuten zu erreichen ist. Noch dazu liegen Berge dazwischen. Wenn man das auf Grazer Verkehrsverhältnisse umlegt, so wäre es so, daß der Autobus als Ersatzverkehr nach Gösting fährt und daß man dann von Gösting nach Andritz gehen muß. So ungefähr schaut dieser Ersatzverkehr aus. Interessanterweise ist die Linie nicht ganz eingestellt, der Güterverkehr wird nach wie vor auf dieser Linie geführt, es ist nur der Personenverkehr eingestellt. Auf Befragen hat der Herr Landesrat geantwortet, daß damit eine besondere Einsparung erfolgt wäre. Wenn ich das Budget anschau und die Ansatzziffern betrachte, dann ist das Defizit des Vorjahres im Vergleich zum heurigen Jahr noch um 250.000 S vermehrt. Es ist möglich, daß es sonst noch größer wäre, aber nach den Ziffern läßt sich nicht erkennen, daß damit wirklich etwas erreicht ist.

Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren, nur bei dieser Gelegenheit möchte ich auf ein Problem hinweisen, das in dem Zusammenhang auch für andere Modellfälle anzuwenden wäre. Der Steiermärkische Landtag hat irgend einmal zu irgend einem Zeitpunkt beschlossen, eine Landeseisenbahn auf dieser oder jener Strecke zu bauen, zu übernehmen oder in Betrieb zu halten. Er hat für die Betreuung dieser Strecke auch die entsprechenden Mittel vorgestreckt. Ich bin nun der Auffassung, wenn der Landtag diese Mittel bewilligt hat und nun einschneidende Maßnahmen von der Regierung

oder von einem Regierungsmitglied ergriffen werden, wie etwa die Einstellung des Personenverkehrs, daß dieser gleiche Landtag, der diese Mittel seinerzeit bewilligt hat, um den Personenverkehr in die Wege zu leiten, nun auch gefragt werden müßte, ob er mit dieser Einstellung einverstanden ist oder ob er dieses Defizit, das durch die Betreibung dieser Bahn entsteht, auf sich nimmt. Es haben sich ja alle Abgeordneten — ganz gleich welcher Partei — über diesen Zustand beschwert. Der Ersatzverkehr ist völlig unzureichend, wir haben daher auch eine entsprechende Resolution eingebracht, daß auf dieser Interessentenstraße, die parallel zu dieser Eisenbahn führt, ein Autobusverkehr eingerichtet wird oder wenigstens ein Kleinbusverkehr, und daß doch wieder Wege beschränkt werden, die diese leidige Angelegenheit für die dortige Bevölkerung im Zeichen des 20. Jahrhunderts und der zunehmenden Verkehrsdichte regelt. Die Resolution ist ja, Gott sei Dank, angenommen worden von allen Parteien, wenn auch etwas modifiziert. Wir nehmen daher an, daß der dortigen Bevölkerung geholfen wird. Denn letzten Endes ist es Aufgabe der Abgeordneten des Landtages, daß, wenn solche Mißstände aufscheinen, sie auch ins Geleise gebracht werden. Schließlich und endlich sind wir ja dazu da, und deswegen wohnen ja auch die verschiedenen Abgeordneten in verschiedenen Teilen dieses Landes, um sich über alle Dinge ein Bild zu machen und sie vor den Landtag zu bringen. (Landeshauptmann **Krainer**: „Der Herr Dr. Hueber hat ja gesagt, das sei alles eine Farce!“) (Abg. **DDr. Hueber**: „Habe ich die Frage berührt?“) Der Herr Landeshauptmann meint, Sie hätten behauptet, das Reden im Landtag wäre eine Farce. (Abg. **DDr. Hueber**: „Das habe ich nicht gesagt. Ich lasse mir solche Verdrehungen nicht bieten!“) Ich habe somit die Aufmerksamkeit auf die Landesbahnen gelenkt und bin überzeugt, daß die Regierung Mittel und Wege finden wird, diesem Übelstand abzuwehren.

Abg. **Gruber**: Zu der Frage des Ersatzverkehrs auf der Strecke Thörl, Hinterberg, Turnau-Au gestatten Sie mir, daß ich einige Worte sage. Mit Verfügung der Landesregierung wurde der Personenverkehr auf der Landesbahnstrecke am 1. Februar l. J. eingestellt. Es hat bei der Einstellung eine Besprechung stattgefunden in Thörl, zu der alle Interessenten, das waren die Vertreter der Gemeinden Thörl, Aflenz, Turnau und auch die Vertreter der Betriebe, die Betriebsräte, eingeladen waren. Es wurde bei dieser Besprechung Übereinstimmung erzielt, daß man gegen die Einstellung des Personenverkehrs keine Einwendung hat, wenn ein entsprechender Ersatzverkehr geschaffen wird. Man hat auch ein diesbezügliches Ansuchen an die Landesregierung herangetragen und als Antwort die Feststellung erhalten, daß die Interessentenstraße von Thörl über Hinterberg nach Au nicht geeignet ist, um eine Kraftwagenlinie darauf zu führen. Es wurde dann die Aufforderung an die Vertreter des Interessentenweges und an die Gemeinden gerichtet, diese Straße so instand zu setzen, daß sie mit Autobussen befahren werden kann. Es wurde hiefür von den Interessenten und von der Gemeinde ein nicht unbeträchtlicher Betrag von 65.000 S aufgebracht,

um diese Straße in einen entsprechenden Zustand zu versetzen. Diese Arbeit wurde bereits im Juni dieses Jahres fertiggestellt und dies mit Schreiben vom 2. Juli der Landesregierung mitgeteilt. Nun ist ein langes Schweigen eingetreten und es hat keinerlei ernstliche Bestrebungen gegeben, um den Ersatzverkehr auf dieser Strecke auch wirklich einzurichten.

Ich erinnere daran, daß das Einzugsgebiet für diesen Ersatzverkehr rund 2000 Menschen umfaßt, die eine äußerst schwierige Verkehrsverbindung haben, und man kann das nicht so einfach abtun, wie z. B. der Herr Landesrat Brunner im Finanzausschuß sagte, daß er in seiner Jugend 2 Stunden weit zur Schule gegangen ist. Es sind heute andere Zeiten und man muß den Erfordernissen Rechnung tragen. Im Schreiben vom 29. November wurde wieder darauf hingewiesen, daß dieses Schreiben dem Herrn Landeshauptmann zugegangen sei, aber auch von dieser Seite ist keine tatkräftige Hilfe eingetreten. Nun haben wir uns im Finanzausschuß darüber unterhalten, und da hat Herr Landesrat Brunner an Hand einer Statistik nachgewiesen, daß die versuchsweise eingeführte Kraftfahrline, nämlich 2 Kurswagen pro Tag, unrentabel sei und wieder eingestellt wurde, weil die erste Linie nur von 6 bis 7 Leuten und die zweite Linie nur von 13'5 bis 16'8 Personen im Durchschnitt benützt wurde.

Nun liegt aber hier ein Fehlschluß vor, der darin liegt, daß der Ersatzverkehr wohl für die Strecke Thörl—Hinterberg—Au-Turnau notwendig war, daß aber diese Strecke, um sie einigermaßen mit einer Frequenz zu belegen, zu kurz ist. Es müßte daher der Ersatzverkehr bereits von Bruck aus über Thörl—Hinterberg—Seebach direkt nach Turnau geführt werden. Wenn man auf dieser Linie, auf der die Landesbahn eingestellt wurde, einen entsprechenden Verkehr, wenigstens einmal am Morgen ab Turnau um 7 Uhr und ab 12 Uhr von Bruck zurück, führen würde, wäre die Frequenz eine völlig andere. Es könnten alle Hauptschüler, die in diesem Graben wohnen, diesen Kurs benützen. Von Turnau allein sind es 30 Hauptschüler, welche herausfahren in die Hauptschule nach Thörl, es könnten aber auch diejenigen Menschen, die bei der Bezirkshauptmannschaft Bruck zu tun haben, den Autobus in Anspruch nehmen; denn auch für diese Leute wäre der Verkehr außerordentlich günstig. Sie könnten um 1/9 bis 9 Uhr in Bruck sein, am Vormittag ihre Angelegenheiten erledigen, und um 12 Uhr wieder zurückfahren. Von diesen Leuten ist niemand interessiert, einen Umweg nach Aflenz zu nehmen und über Aflenz nach Au und dann vielleicht noch in Seebach umzusteigen oder das Stück nach Turnau zu Fuß zu gehen. Nach unserer Auffassung ist bei der Errichtung des Ersatzverkehrs der Fehler geschehen, daß er nur für das Teilstück Thörl—Hinterberg—Seebach—Au eingesetzt wurde, er müßte richtigerweise von Bruck nach Thörl, Hinterberg, Seebach und dann nach Turnau geführt werden. Wenn man auf dieser Strecke den Ersatzverkehr einsetzt, wäre die entsprechende Frequenz gegeben.

Ich richte den dringenden Appell an die Landesregierung und den zuständigen Referenten, daß man im Interesse der rund 2000 Menschen, die in

diesem Gebiet wohnen, einen solchen Ersatzverkehr einrichtet, damit hier wieder erträgliche Verkehrsverhältnisse geschaffen werden. (Beifall bei SPÖ.)

**Abg. Dr. Rainer:** Hoher Landtag! Sehr ehrenwerter Herr Kollege Zagler! Ihre Ausführungen veranlassen mich, hier eine Feststellung zu treffen, die vielleicht sehr notwendig ist, damit sie für die Zukunft schriftlich festgehalten ist. In Ihren Ausführungen erwähnten Sie, wenn nichts geschieht auf dem Sektor der Bergarbeiter, wird die nächste Wahl sehr schlecht ausgehen, und auf meinen Zwischenruf „Für wen“ haben Sie geantwortet: „Selbstverständlich für uns nicht.“ Ich glaube, das stimmt. Nun, meine Herren von der SPÖ, daß die Sozialistische Partei die Mehrheit auch in diesem Hause erkämpfen will, das wissen wir. Glauben Sie nicht, daß alle, auch die unbeeinflussten Zuhörer daraus die Schlußfolgerung ziehen, die logisch ist, nämlich, daß Ihre Partei für die Bergarbeiter nichts tun wird, daß sich nichts ändert, daß es so bleibt? (Abg. Zagler: „Wir haben alles versucht.“) Wenn Sie die Mehrheit erkämpfen wollen, haben Sie alle Ursache, daß die Lage so wie jetzt bleibt. (Zwischenruf: „Haben Sie vom Heizölzoll gehört und daß die Bundesbahn die Fracht ermäßigt hat, daß das sich wieder aufhebt?“) (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r: „Wer hat die Tarife gesenkt, als der Zoll erhöht wurde?“) (Abg. Sebastian: „Nicht ein Waldbrunner, sondern die Bundesregierung!“) (Abg. W e g a r t: „Wie ist das mit dem Ferngas bei Ihnen und bei den Wählern, Herr Kollege Zagler?“) (Abg. Stöffler: „Warum haben Sie keinen Protest erhoben? Sie wollen mit der Not der Bergarbeiter schon wieder Politik machen!“) Ich will nochmals feststellen, daß hier Ihr Vertreter, der Herr Abg. Zagler, erklärt hat, wenn in dieser Frage weiter nichts geschieht, wird die Wahl für die SPÖ gut ausgehen. Es wird sich im Protokoll das feststellen lassen, man muß auch die Bergarbeiter aufklären, damit sie wissen, daß sie mit einer konstruktiven Lösung mit Hilfe Ihrer Partei vorläufig nicht rechnen können. (Zwischenrufe und andauernder Lärm.) Es wird von zuständiger Seite hierzu noch eine Äußerung abgegeben. Aber eines möchte ich Ihnen sagen, Herr Kollege Zagler: Sie sind von Ihren übrigen Kollegen irgendwie mißbraucht worden, weil man gehofft hat, Ihren Ausführungen die entsprechende Glaubwürdigkeit eher beimessen zu können, als wenn es der Herr Kollege Sebastian oder der Herr Kollege Afritsch gesagt hätte. (Abg. Zagler: „Ich werde das Protokoll verlesen.“)

Ich werde Ihnen etwas dazu sagen. Dieses Problem ist kein österreichisches Problem, in Westdeutschland und in allen Industriestaaten ist es dasselbe, es sind auch gewisse Umstellungsschwierigkeiten. (Abg. Z a g l e r: „Haben Sie von Handelsverträgen noch nichts gehört?“) (Abg. Dr. A s s m a n n: „Wir sind ein importierendes Kohlenland.“) Ich würde Ihnen empfehlen, sich mit einigen Direktoren von Industrieunternehmungen, Abg. Gruber kann das Ihnen vermitteln, zu unterhalten, wo und wie Kohle zu gebrauchen ist. Jede Kohle kann nicht für jeden Zweck verwendet werden. Schön und gut, aber die wirtschaftlichen Tatsachen sind größer und stärker

als das momentane Wollen. Ich möchte feststellen, wie die Maschinen in die Industrie eingeführt wurden, haben sie nicht zuerst und zunächst einen Arbeitsplatz gehabt, das hat sich erst logisch entwickelt. Es ist nichts damit getan, wenn man sagt, der Handel ist schuld, so wird man diese Frage nicht lösen, ebensowenig, wenn die Behauptung aufgestellt wird, der Handel will keinen größeren Umsatz. (Zwischenrufe.) Die Wahrheit muß man bestätigen, auch auf Zwischenrufe hin. Ich kenne keinen Händler, der seinen Umsatz eingeschränkt hat und sagt, so viel verdiene ich, ich brauche nicht mehr. Wenn es solche Händler gibt, wäre es interessant, diese kennenzulernen. Man kann das Problem nicht von einer solchen Seite betrachten. An die Lösung kommen wir nur gemeinsam und nicht damit, daß hier gewisse Tendenzen für die nächste Wahl hingeworfen werden, was man aus Ihrer Rede herausspüren kann. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Landeshauptmann **Krainer**: Hohes Haus, meine Frauen und Herren! Es ist schon aus Anlaß der Budgetdebatte im vergangenen Jahr die Sprache auf das Erdgas und die Kohle gekommen. Der Herr Abg. Lackner hat sich damit beschäftigt. Er hat damals so nebenbei gesagt, möge der Spatenstich, der zur Erdgasleitung gemacht wurde, nicht zum Herzstich für die Bergarbeiter werden. Ich habe damals geantwortet, Herr Kollege, das stimmt nicht, und es ist nicht am Platze, hier eine Dolchstoßlegende zu fabrizieren. Wenn ich heute dem Herrn Abgeordneten Zagler aufmerksam gefolgt bin und die Geistigkeit, die hier in Erscheinung getreten ist, analysiere, dann muß ich sagen, ich billige dem Abg. Zagler zu, daß er redlich die Interessen der Bergarbeiter vertreten will, daß er redlich eine Änderung der Zustände herbeiführen will, daß er redlich dafür eintritt, daß die Leute nicht arbeitslos werden. Aber das, was er im Zuge dieses Gespräches noch zu sagen wußte, es gäbe keine Kohle, weil der Alpine das verboten wird, das stimmt nicht. Es gibt nämlich wirklich keine Kohle. Ich selbst bin um eine halbe Stunde zu spät gekommen, und es hat keine Kohle mehr gegeben, obwohl so ein kolossaler Kohlenanfall ist. Vor einem Monat war in der Weststeiermark nicht die Menge Kohle privat zu erhalten, die gebraucht worden wäre, und es hat geheißen, es werde immer noch auf die Zuteilung gewartet. Es ist Tatsache, daß im vergangenen Jahr, und zwar noch im Frühjahr, ausländische Kohle importiert werden mußte, weil keine inländische zu haben war. Die starke Alpine, der verstaatlichte Betrieb, das kann mir niemand einreden, wird diese Kohle bestimmt jedem, der sie kaufen will, auch verkaufen. (Abg. **Scheer**: „Warum will sie aber dann nicht?“) Vielleicht sind Verträge da. Aber im Moment, wo es darum geht, Bergarbeiter vor der Arbeitslosigkeit zu schützen, muß man eben einen Weg finden.

Aber, meine Herren, die Dinge liegen ja viel tiefer, und das ist die Wahrheit und nicht das, was Ihnen erzählt wird und Sie hier weiter erzählen. Die Wahrheit ist die, daß man überheblich war und daß man im Jahre 1956 noch gesagt hat, wir können keine Kohle abgeben und es ist ausge-

schlossen, der Steweag Kohle abzugeben, wir haben solche Verpflichtungen, wir wissen nicht, was noch alles anfallen wird, wir können keinen Vertrag abschließen mit der Steweag, und daher ist es nicht zum Bau dieses kalorischen Werkes gekommen. Wir wissen aber auch, daß die Verbundgesellschaft im Hintergrund geraten hat, der Steweag keine Kohle zu geben, weil man damit eine Konkurrenz der Verbundgesellschaft aufbaut, in der der Herr Minister Waldbrunner die Herrschaft hat. (1. LHstv. **Horvatek**: „Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier sitzt doch auch drinnen in der Verbundgesellschaft!“) Wir könnten über das Kohlenproblem stundenlang reden. Die ganze Entwicklung hat versagt, selbstverständlich auch Waldbrunner. Die ganze Planung hat versagt. Man hat die Alpine gezwungen, nicht 6 Millionen Tonnen, sondern 7 Millionen Tonnen zu nehmen. (Abg. **Sebastian**: „Sie sind ja gegen die Planwirtschaft!“) (Abg. **Sebastian**: „Wer hat den Kohle-Stahl-Plan ausgearbeitet?“) (LHstv. **Dipl.-Ing. Udier**: „Es gibt keinen Kohle-Stahl-Plan, sondern nur einen Eisen-Stahl-Plan. Aber die Planung hat leider versagt!“) Das ist eine nette Propaganda gegen die ÖVP. Man sagt einfach, der Landeshauptmann ist schuld. Sie haben schon dagegen gewettert, wo noch kein Kubikmeter verbraucht wurde, Herr Sebastian. (Abg. **Sebastian**: „Wer hat das gesagt?“) Natürlich, der Herr Lackner im vorigen Jahr hier im Landtag, lesen Sie einmal nach. (Zwischenruf: „Selbstverständlich ist es sein Recht.“) Es ist sein Recht, es steht jedem Abgeordneten das Recht zu, auch die Unwahrheit zu sagen und bewußt jemand zu verächtigen.

Ich möchte nur feststellen, daß das Erdgas von der verstaatlichten Industrie, und zwar von der Schwerindustrie, nachdrücklich gefordert wurde. Nachdrücklich besonders von der Stahlindustrie. Ich habe erst nach entsprechenden Gutachten diese Forderung weitergegeben und öffentlich vertreten. Der Herr Bürgermeister Scheibengraf von Kapfenberg hat vor einigen Monaten erklärt, wenn sie das Erdgas nicht hätten, würden sie nicht konkurrenzfähig sein und in größte Schwierigkeiten geraten. Es wurde auch von Fachleuten erklärt, daß das Erdgas für die Verbesserung der Stahlqualität unentbehrlich ist und daß es daher unter allen Umständen auch nach Steiermark kommen muß. Die Bundesregierung hat die Meinung der Fachleute und die Forderung, die das Land aufgestellt hat, zur Kenntnis genommen und im Hinblick auf die Notwendigkeiten der Eisen- und Stahlindustrie beschlossen, daß auch Steiermark ein entsprechendes Quantum Erdgas bekommen muß. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß bisher überhaupt keine einzige Tonne weststeirischer Kohle in Konkurrenz zum Erdgas gekommen ist. Vielleicht wird das in einer neuen Entwicklung so sein, die Konkurrenz ist aber vorläufig nur gegen das Öl aufgetreten. Ölförderungen wurden eingestellt, und dafür wurde Erdgas bezogen. Das Erdgas ist also nicht dazu da, den Bergarbeitern das Brot wegzunehmen, sondern weil es eine unabdingbare Notwendigkeit für die Industrie war und weil die Einführung des Erdgases soundso viel hundert Leuten den Arbeitsplatz sichergestellt hat. Wenn nun also in der Propa-

ganda die Dinge so aufgezogen werden, bewußt oder unbewußt gesagt wird, das Gas wird in die Steiermark geleitet, um den Bergarbeitern Schaden zuzuführen, so ist das Absicht und eine arge Verleumdung und Verdrehung der Tatsachen. (Abg. Sebastian: „Das hat ja niemand behauptet!“)

Nun zur Frage des Kohlenabsatzes im allgemeinen. Ich habe schon mehrmals erklärt, hier liegen die Ursachen tiefer, als sie der Herr Abgeordnete Zagler zum Ausdruck gebracht hat. Die Alpine Montan, der größte verstaatlichte Betrieb, hat sich auf den Standpunkt gestellt, wir sind ein Monopolbetrieb, uns muß der Kunde abnehmen, was wir ihm bieten. Es ist ein Skandal, wenn diese Kohle noch vor einem Jahr den Kunden zugemutet wurde. Es waren sehr viel Berg dabei. Auf die Interventionen in dieser Richtung wurde entgegnet: Sie wird ja gekauft. Das Unternehmen hat für die Kundenbedienug überhaupt nichts getan. Bereits vor 2 Jahren haben polnische Betriebe in Wien die Industrien aufgesucht und haben den Betrieben einen dreijährigen polnischen Kohlenlieferungsvertrag angeboten. Damals hatten wir noch Mangel an Kohle, und diese polnischen Lieferanten haben für diese drei Jahre eine Zusatzheizung modernster Art eingebaut. Die Alpine hat es nie der Mühe wert gefunden, etwas für die Kundenbedienug zu tun, geschweige denn etwas bessere Kohlen oder bessere Heizeinrichtungen kostenlos zur Verfügung zu stellen, nicht einmal die Beratung der Kundschaft ist der Alpine Montan-Gesellschaft eingefallen, weil sie sich auf den Standpunkt des Monopolbetriebes gestellt hat. Sie machen nun der OVP hier Vorwürfe! Ich habe x-mal in der Steiermärkischen Landesregierung und bei jeder Gelegenheit erklärt, wir dürfen nicht, wenn es noch so bequem ist, moderne Heizungen im Lande und auch bei Gemeinden einbauen. Wir müssen in der Zeit des Überhanges versuchen, jede Tonne Kohle, die wir irgendwie verwenden und verbrauchen können, aufzunehmen und müssen uns auch zu der unbequemen Kohlenfeuerung bei Dampf-, Wasser- oder Warmwasserheizungen bequemen. Viele Herren von Ihnen und Ihrer Seite sind der gegenteiligen Auffassung, sogar die Bergarbeiter selbst. Das ist die Wirklichkeit, meine Herren! (Beifall, Bravorufe bei OVP.) Das ist alles eine Hochstapelei, wenn wir wissen, daß wir vor dem Dilemma stehen. Das haben wir vor einem Jahr gesehen, daß es so kommen muß. Dies ist der Grund, daß wir die Anträge gestellt haben, und nicht aus Wahlpropagandagründen. (Abg. Sebastian: „Was ist die Wirkung, das Ergebnis dieser Anträge?“) Diese Anträge sind nach Wien gegangen zum Herrn Bundeskanzler, zum Herrn Finanzminister, zum Handelsminister, zum Vizekanzler. Der ganze Akt liegt noch in der IBV, die der Herr Vizekanzler als Chef der verstaatlichten Industrie übernommen hat. Es steht Ihnen frei zu handeln, Herr Zagler. Benützen Sie die Besuche, die Sie so häufig absolvieren, dazu, um zu sagen, was aus dem Programm Wirklichkeit werden soll. (Beifall bei OVP.) Sie dürfen nicht klagen, daß nichts geschieht. Lieber Herr Zagler, das können Sie mit Ihren Leuten, die sonst nichts hören, besprechen, aber nicht mit uns. (Abg. Sebastian: „Was sind die praktischen Erfolge dieses Antrages?“) Es nützt Ihnen

gar nichts, wenn Sie jetzt die Schuldigen suchen, Sie haben genauso die Möglichkeit, etwas zu tun. Ich habe öffentlich gefordert, das steht im Antrag, man soll, um die Arbeiter, die freigesetzt werden auf Grund der strukturellen Entwicklung, man soll, um sie zu beschäftigen, den Betrieben, die dorthin ziehen, 5 bis 7 Jahre Steuerfreiheit gewähren. Das käme billiger. Ich höre nicht, daß dieser Antrag von irgendwo auf Ihrer Seite unterstützt werden soll. (Abg. Dr. Pittermann: „Sie wollen ja nur hetzen!“) Ich habe die Zusage des Finanzministers erhalten. Er ist bereit, solche Betriebe in einigen Kohlenbergbaugemeinden steuerfrei zu erklären für einige Jahre. Ich höre nicht von Ihrer Seite, daß Sie solche Anträge unterstützen. Wahrscheinlich halten Sie es nicht für notwendig. Wir können aus dem Dilemma, das für uns alle... Herr Kollege Schachner und Herr Kollege Sebastian, ich habe Sie beobachtet, als Sie gelächelt haben, Sie sind der spiritus rector, (Landesrat DDr. Schachner-Blazizek: „Bei was?“) ich habe Sie genau beobachtet, nur keine Sorge, wir sehen und hören und wollen auch verstehen und uns in Sie hineinendenken können, das können Sie mir glauben.

Die Kohlenmisere ist ein Dilemma, müßte es aber nicht sein. Leider ist aber die Entwicklung so, daß eine Tonne Heizöl billiger ist wie eine Tonne Kohle. Sie wissen doch, was in den letzten Jahren umgestellt wurde und wenn Sie glauben, daß so und soviel Tonnen nicht geliefert werden können, weil das Öl billiger ist, so sage ich Ihnen, daß trotzdem die Bundesregierung beschlossen hat, einen Heizölzoll einzuführen. Das ist aber keine echte Lösung. Der Herr Minister Waldbrunner hat inzwischen die Tarife für das Heizöl ermäßigt, so daß die Zollerhöhung praktisch nicht in Erscheinung tritt. Meine Herren, wir werden in den künftigen Jahren uns noch häufiger an den Kopf greifen, weil wir einfach eine utopische Vorstellung über die Entwicklung unserer Wirtschaft gehabt haben oder noch haben. Man wird sogar ausgelacht, wenn man sagt, man soll Kohle heizen. Was seid Ihr für Hinterwäldler, rückständige Leute, heute heizt man mit Heizöl, heizt mit elektrischem Strom. Mit Öl heizen, das ist das Heizmittel der Gegenwart. Ja, modern ist es schon, aber die Bergarbeiter werden arbeitslos.

Wenn wir das Problem lösen wollen und wir wollen es, weil dies Gebiet ein Grenzgebiet ist, müssen wir die nötigen Maßnahmen ergreifen. Man sagt: Die Gruben gehören zugesperrt! Unsinn, weg damit! Dann haben wir die weststeirischen Kohlengruben versiegelt und damit das Ganze beendet. Wenn ich die Leute beschäftigen kann, ist es kein Problem, wenn ich aber keine Beschäftigung habe, wenn das das Ergebnis sein sollte, muß ich Vorsorge treffen. Die verstaatlichte Industrie, die Alpine, müssen eben ihre Nebenfertigungsanlagen in diese Gebiete verlegen! Wenn sie will: das ist wirklich und ernstlich die Frage. (Beifall bei OVP.) (Abg. Sebastian: „Warum wurde es noch nicht getan mit Oberegger an der Spitze?“) Es hängt völlig von Minister Waldbrunner ab. Man hat das auch sonstwo schon gekonnt, man muß nicht ausweichen, hier muß man nicht glauben, daß das die

Glückseligkeit ist, wenn man 1 Million Tonnen mehr gefördert hat und somit die Kohlenvorräte vorzeitig abgebaut hat, daß das ein Glück gewesen ist. Das ist die utopische Vorstellung, die man noch ausweiten kann. Sie werden auch fragen, was mit dem Erzberg wird. Wir werden nicht wissen, wohin wir in den nächsten Jahren exportieren werden und es wird wieder eine Sorge um soviel größer werden.

Die Klugen planen redlich, denken in die Zukunft, denken mindestens 50 Jahre voraus. In den letzten 10 Jahren hat man nicht einmal 10 Jahre vorausgedacht, ein Vorausdenken hat es überhaupt nicht gegeben ... (Abg. DDr. Hueber, schreiend: „Sehr richtig, Herr Landeshauptmann, bravo, bravo!“) ... und man hat unvorstellbare Pläne auf den Tisch gelegt und gesagt, das ist eine Sache der Zukunft, das ist das Gros unseres Landes, die weitere industrielle Entwicklung, und Sie denken nicht, wie in solchen Jahren sich nach und nach eine solche Planung auswirken könnte. Plan hat es überhaupt keinen gegeben, Herr Kollege Sebastian. Weder zur Zeit Waldbrunners noch zur Zeit des Herrn Raab. (Zwischenruf: „Stahlplan!“) Ich meine einen Energieplan. Entscheidend war auch nicht, wer das eine oder andere Ministerium bekommen soll, sondern wesentlich für Österreich wäre es gewesen, einen Energieplan zu schaffen. (Beifall bei ÖVP.) Man hat es aber nicht für notwendig gefunden, zu koordinieren Kohle, Öl, Elektrizität und Atomkraft. Das ist niemandem eingefallen und soweit darüber gesprochen wurde, wurde es abgelehnt. Wir haben den Plan auch nicht vor der Wahl aufgestellt, wir haben gar nicht gewußt, ob es eine Wahl geben wird, wir haben den Herrn Bundeskanzler hieher gebeten und nicht nur wir, sondern auch Leute von Ihnen, haben erstlich über die Fragen und über die Zukunft der Steiermark gesprochen. Dann sind erst die Wahlen gekommen, die Akten und Anträge sind liegen geblieben, auch unser Antrag. Sie möchten uns daraus einen Vorwurf machen, aber ist es nur wahltaktisch begründet, wenn man einen Plan aufstellt. Ist es denn nicht selbstverständlich, daß wir uns um unsere Leute, ganz gleich, ob Bauern oder Bergarbeiter, kümmern? Das ist ja unsere Pflicht! Jetzt haben Sie diesen Plan ja verlangt. Ist es denn ein Unglück, weil das ein Abgeordneter der ÖVP getan hat? Es werden uns noch allerhand Probleme auf den Kopf fallen, aber es ist schlimm, wenn wir aus einer strukturellen Entwicklung heraus glauben, politische Propaganda machen zu müssen. Die Dinge sind wirklich viel zu ernst. Was bringen Sie denn nach Pöfing-Brunn, wenn nicht einen Betrieb durch Steuerfreiheit? Nur durch die Steuerfreiheit, sonst bekommen Sie ihn nicht hinaus! Es ist das Gebiet ja viel zu entlegen.

Nun zu den kalorischen Werken. Wir haben entsprechend unserer Auffassung, daß kalorische Werke gebaut werden sollen, diesen Plan gemeinsam mit ihrem Herrn Matzner der Stewag vorgebracht und verlangt, daß ein kalorisches Werk geplant werden soll. Der Stewag-Vorstand hat erklärt, daß er diesen Plan weitergeben müsse, es sei eine Konferenz in Vorbereitung, die über die Frage entscheiden soll, wieviel kalorischer Strom erzeugt werden soll und man werde uns dann antworten. In der Sitzung darauf hat man uns gesagt, bei der Ver-

bundgesellschaft und im Energieministerium habe man darauf verwiesen, daß im besten Falle 30% kalorischer Strom wirtschaftlich vertretbar sei, diesen Prozentsatz haben wir schon erreicht und daher bestehe keine Möglichkeit, ein kalorisches Werk augenblicklich zu bauen, das sei erst in weiterer Zukunft wieder möglich. So die Planer. Vielleicht haben sie wirtschaftlich gesehen recht. Ich habe mich auch nicht gescheut, zu sagen, man müßte, um die Schwierigkeiten zu überbrücken, denen die Bergarbeiter entgegengehen, erkunden, ob es wirtschaftlich vertretbar ist, die Strompreise zu erhöhen, man müßte also eventuell eine Strompreiserhöhung in Kauf nehmen, um auf die Dauer diese Bergarbeiter zu beschäftigen, indem man eben Kohle in Strom verwandelt. Die Frage, ob in Pöfing-Brunn ein kalorisches Kraftwerk gebaut wird, ist noch nicht entschieden. Aber wir werden diese Frage wieder anschneiden müssen. Wenn nach dem Ausbau der Enns noch die Möglichkeit besteht, wirtschaftlich gesehen, kalorischen Strom unterzubringen, dann wird und muß sich eben die Stewag mit diesen Plänen näher befassen müssen.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf den Zwischenruf eingehen, mit dem die Meinung zum Ausdruck gebracht wurde bei der Generaldebatte, das Reden hier sei nicht notwendig, es sei nur eine Farce. Und es sei sozusagen nur ein Spiel, hier eine Budgetdebatte abzuführen, nachdem die Regierung ja praktisch (Zwischenruf: „Das ist nicht gesagt worden!“) ... Ich habe es jedenfalls so verstanden. (Abg. DDr. Hueber: „Es ist nur gesagt worden, daß das Budget von der Landesregierung erstellt wird und die Abgeordneten nichts mehr daran ändern können, es sei daher unnötig, überhaupt so viele Redner in die Debatte zu schicken.“) Ich glaube, daß es für einen eigenständigen Landtag selbstverständlich ist, daß aus Anlaß der Budgetdebatte die vielen Wünsche, die draußen immer wieder an die Abgeordneten herangetragen werden, hier im Haus deponiert werden, daß man sie so den Regierungsmitgliedern in aller Öffentlichkeit zur Kenntnis bringt, es ist ganz natürlich, daß die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder sich hier zusammenreden, daß Unklarheiten aufgeklärt und richtiggestellt werden, daß Fragen beantwortet werden, daß Berichte über das Geschehene gegeben werden, daß die Pläne für die Zukunft hier auf den Tisch gelegt werden. Es ist dies die einzige Möglichkeit, wo sich die Abgeordneten zu einer öffentlichen Auseinandersetzung treffen. Man muß daher einen solchen Zustand bejahen, wenn wir überhaupt den Landtag bejahen, wenn wir den Föderalismus bejahen. Es ist auch gut, wenn sich die verschiedenen Meinungen der Parteien mehr oder weniger heftig oder sachlich hier begegnen. Es ist gut, wenn man weiß, daß oft gut gemeinte, oft auch verdrehte Meinungen und Absichten in aller Öffentlichkeit vorgetragen und diskutiert werden. Es ist gut und richtig, daß man gegenseitig die Meinungen kennt, wenn man sich mit den verschiedenen Problemen hier auseinandersetzt. Das ist keine verlorene Zeit, es ist im Gegenteil manchmal zwar eine sehr laute, aber doch — bildlich gesprochen — eine „stille Stunde“, wenn die einzelnen Abgeordneten über die ganze Problematik dieses Landes nachdenken Zeit ha-

ben, und man soll sich diese Zeit auch nehmen und über die vielen verschiedenen Fragen diskutieren. Ich möchte daher sagen, ohne Zuviel oder Zuwenig, schätzen wir uns glücklich, daß wir auch Gelegenheit haben zu reden, auch wenn es einmal zuviel sein mag. Ich glaube, daß doch die Demokratie in der Diskussion letztlich ihren sinnvollen Ausdruck findet und die Meinungen, die heute, gestern und vorgestern geäußert worden sind, auch für die sind, die später einmal wissen wollen, was haben die Zeitgenossen im Jahre 1959/60 gedacht, wenn die über unsere Meinungen und Äußerungen informiert werden wollen.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um als Landeshauptmann, als zuständiger Personalreferent den vielen tausenden Beamten, Vertragsbediensteten und Arbeitern zu danken, die unsere Verwaltungsarbeit, unsere Tätigkeit für das Gemeinwohl unterstützt haben. Wir hätten nicht ordnen und verwalten können, hätten wir nicht treue und tüchtige Mitarbeiter jederzeit zur Verfügung gehabt. Ich möchte auch denen danken, die sich mit dem Budget seit Monaten beschäftigt haben und die Vorbereitung für diese Vorlage in die Abteilung 10 gegeben haben, die dort wieder zusammengesetzt wurde, und auch danken für die Mühe, die sich der Herr Finanzreferent um das Budget genommen hat, den Regierungsmitgliedern, die in heftigen Auseinandersetzungen bestrebt waren, ihren Teil für ihr Ressort zu erhalten. Allen sei gedankt, weil letzten Endes alles doch der Heimat dient, wenn es auch Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze gegeben hat. Solange sie redlich vorgebracht sind, der redliche Wille zur Hilfe zum Ausdruck gebracht ist, ist auch ein hartes Wort am Platz, ein solches hartes Wort soll nicht gleich schief genommen und wehleidig empfunden werden. Ich glaube, daß wir nicht nur das ganze Jahr hindurch, sondern auch bei der vorliegenden Budgetdebatte, ganz gleich, auf welchen Plätzen wir sitzen, den Willen und die Absicht immer wieder herausgekehrt und gezeigt haben, diesem Land zu dienen. (Sehr starker Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Landesrat **Fritz Matzner**: Hoher Landtag! Wenn ein Mann wie Abg. Zagler hier seiner gepreßten Sorge, die er jetzt 14 Jahre lang in sich trägt, Ausdruck gibt, weil er nicht aus noch ein weiß, so soll er nicht, wie das leider zur Gewohnheit bei den Abgeordneten der ÖVP geworden ist, Ziel des Spottes sein. (Zwischenruf: „Das ist er nicht gewesen!“) Ich rege mich darüber nicht auf, wenn von Ihnen versucht wird, alle seine guten Worte ins Gegenteil zu verkehren. Ich bin es leider gewohnt durch 4 Jahrzehnte meiner öffentlichen Tätigkeit im heftigen Kampf gegen den Kommunismus, immer wieder die Worte verdreht zu bekommen, Verleumdungen zu hören, halbe Wahrheiten hören zu müssen. (Abg. Dr. Pittermann: „Jetzt hören Sie bloß auf, Herr Landesrat!“) (Zwischenrufe, Unruhe.) Abg. Zagler könnte mit Recht mit schlechtem Eindruck von hier weggehen (Gelächter) und könnte der Demokratie letzten Endes ein recht schlechter Dienst erwiesen werden, wenn er, der aus bestem Herzen und bestem Wissen für die Bergarbeiter hier das Wort nahm, hier so nieder-

geschrien wurde. Man darf es ihm zubilligen, daß er alle diese Jahre mitgelitten hat und vom ersten Tage im April 1945 mitgeholfen hat, die österreichische Wirtschaft aufzubauen das ist absolut wahr. Kein Stand hat soviel Opfer damals für die Bevölkerung gebracht wie der Stand der Bergarbeiter und allen miteinander wurde damals zugesagt, daß, wenn die Bergarbeiter unsere Hilfe einmal brauchen werden, werden wir selbstverständlich auf diese großen Leistungen der Treue verweisen. Jetzt muß ich ehrlich sagen, ich habe selbst Zweifel, ob wir wirklich alle bereit sind, diese Treue den Bergarbeitern zu beweisen. (Abg. Ing. Koch: „Dazu sind wir auch bereit!“) Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, daß wir uns keinesfalls genügen lassen dürfen, einen Appell der verstaatlichten Betriebe an die Bundesregierung zu richten, uns aber aus einer echten Verpflichtung herauszuhalten.

Wir haben im Landtage, in der Landesregierung, in der Steweag, der Landesgesellschaft beschlossen, unseren Teil dazu beitragen zu wollen, und zwar vor allem durch die Errichtung des kalorischen Werkes im Raume von Leibnitz zur Entlastung des Werkes in Bergla. Es geht nicht so sehr um die Stückkohle als um die Staubkohle, die den Betrieb rentabel gestalten soll, wenn man sie absetzen kann, und das haben wir wirklich vor der letzten Wahl den Bergarbeitern versprochen. Mit Recht hat Zagler reklamiert, daß wir dieses Versprechen einlösen. Es ist studiert worden bei der Steweag und es sind Bedenken festgestellt worden, es ist der Bericht von der Verbundgesellschaft nicht vollständig zur Kenntnis gebracht worden. In allerletzter Stunde wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Landeshauptmannstellvertreter Udier in die Pläne des Ausbaues der ganzen Elektrizitätswirtschaft auch das kalorische Werk von Leibnitz miteinbezieht. Wenn wir uns zu Opfern verstehen und wir müssen eben ein Opfer bewußt bringen, müssen wir nicht solange warten, bis die Menschen da draußen immer mehr und mehr verzweifeln. Die jungen Menschen, die sich ein Häusel gebaut haben, um ein Nest zu haben, sind jetzt im groben Zweifel, wie es auch alle die älteren sind. Wenn es auch gelingt, dort eine neue Industrie zu bekommen, wird doch der Mensch über 50 oder darüber aus seinem angestammten Betrieb hinausgeworfen und es besteht kaum eine Möglichkeit, daß er in einem anderen Betrieb das Auskommen findet. Das enthebt uns nicht der Verpflichtung, alles zu tun, um für spätere Zeiten einen solchen neuen Betrieb zu finden. Wir sind den Bergarbeitern wirklich die Erfüllung eines gegebenen Versprechens schuldig und daher hat Abg. Zagler recht, wenn er das in Erinnerung bringt. Was hat das für einen Sinn, fortwährend giftige Pfeile gegen den einen oder anderen Funktionär abzuschießen, wenn er Sozialist ist. (LR. Pirisch: „Der Zagler hat das ganz gut gemacht mit den giftigen Pfeilen!“) Das ist unwürdig und wir lehnen eine solche Taktik ab. Wie wäre es in der Demokratie, wenn wir das gleiche täten und ich verteidige in diesem Zusammenhang den Ihnen politisch zugehörigen Generaldirektor der Alpine, Berggrat Dr. h. c. Oberegger, der mir in einem Brief nachgewiesen hat, daß die Aussage der

Steweag, er hätte seinerzeit abgelehnt, Kohle zu liefern, nicht richtig ist. Darüber haben wir geredet in der Steweag, es tut mir leid, aber er hat mir das nachgewiesen. (LHSt. Dipl. Ing. Udier: „Verlangen Sie vom Generaldirektor die Unterlagen!“) Es gibt zweierlei Unterlagen, bei der Alpine und bei der Steweag, ich stelle das fest. (Dipl. Ing. Udier: „Aber Sie haben sich nicht überzeugt, das stelle ich fest!“) (Zwischenrufe.) Erst durch die vielen Zwischenrufe angeregt, habe ich den Namen Oberegger genannt. Ich will nur, daß wir mit gleichen Waffen kämpfen, das will ich feststellen und beisteuern zur inneren Wahrhaftigkeit. (Abg. Dr. Kaan: „Darauf komme ich noch zurück!“) Nachdem hier widersprechende Aussagen vorliegen und solange diese Frage nicht eindeutig beantwortet ist, können wir nicht sagen, die Alpine ist schuld oder die Steweag ist schuld. Das interessiert die Bergarbeiter auch gar nicht, geholfen muß ihnen werden.

Ich vertrete die Ansicht und auch meine Fraktion, daß wir ihnen am besten helfen, und zwar sofort helfen, wenn wir dieses Werk in der Leibnitz Gegend bauen und dadurch den Kohlenabsatz suchen. Das ist meine persönliche Meinung über die Zweckmäßigkeit eines solchen Baues, nachdem ich seit Jahr und Tag mit dieser Frage beschäftigt bin. Ich bin überzeugt, daß in den nächsten Jahren der Stromkonsum so anwachsen wird, daß wir zweifellos auch zusätzlich nicht nur Spitzenstrom, sondern auch laufend kalorische Werke brauchen werden. Das ist meine Überzeugung. (LHSt. Dipl. Ing. Udier: „Sie haben ja die Ziffern in der Steweag gehört, sitzen Sie denn dort, um nichts zu hören? Warum reden Sie hier von anderen Dingen als von denen, die nachgewiesen vorliegen? Wo Sie doch im Aufsichtsrat sitzen!“) Jeder, der sich mit Gutachten beschäftigt, weiß, daß sie nicht immer und zu allen Zeiten richtig sein müssen. Das müßte jeder wissen. Eine neuerliche Überprüfung dieses Falles wird erweisen, daß ein echter Bedarf für die Zukunft vorliegt, und daß wir uns wirklich in der Steiermark, und nicht erst mit Berufung auf die Bundesregierung, entschließen sollen, dieses Werk zu bauen. Dadurch würden die Bergarbeiter und ihre Familien überzeugt werden, daß wir alles tun, selbst unter bewußter Hinnahme von Opfern, um ihnen zu helfen. Opfer, die wir schließlich auch für andere Berufsstände gebracht haben, warum also nicht auch für die Bergarbeiter! Das ist auch der Wunsch des Herrn Abgeordneten Zagler, den ich mir erlaubt habe zu untermauern, weil ich auch von ganzem Herzen wünsche, und zwar auf Erfahrungen gestützt, daß dieses Versprechen vom Lande Steiermark selbst eingehalten wird. (Beifall bei SPO.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich werde mich außerordentlich kurz fassen. Die aufgeschienenen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Kohle haben das aufgezeigt, was die Freiheitliche Partei seit Jahren schon sagt, nämlich, daß da und dort die wirtschaftlichen Vorausmaßnahmen von der Regierung und von einzelnen Regierungsmitgliedern nicht in der notwendigen Weise erbracht wurden. Es zeigte sich, daß die Aussagen des Herrn Landes-

hauptmannes in dieser Hinsicht sich hundertprozentig mit den Unterlassungen decken, die auf diesem Gebiet erfolgt sind. Es dreht sich, wenn man die Aussagen der Sozialisten und der OVP hier vergleicht, darum, wer wem im richtigen Augenblick den „Schwarzen Peter“ zuschiebt, um einander zu sagen, Du oder Du bist schuld, daß es dazu gekommen ist.

Wir stürzen in Österreich von einer Wahl in die andere und finden keine Zeit, uns um wirtschaftliche Probleme zu kümmern. Es fehlt daher der konstruktive Aufbau der Wirtschaft und dann kommen solche Dinge zu Tage, wie sie der Herr Abgeordnete Zagler vorgebracht hat. Inwieweit das politisch gemeint ist, entzieht sich meiner Beurteilung. Tatsache ist, daß sehr viele Sünden in der Wirtschaft und in der Koalition zu Tage treten und daß eine Krise sichtbar wird, die die Freiheitliche Partei schon vor längerer Zeit, nicht nur im Landtag, sondern auch im Nationalrat, wo diese Fragen ja hingehören, aufgezeigt hat.

Wenn heute hier das Wort Handelsverträge gefallen ist, so liegt das auch auf dieser Ebene. Kohle ist eingeführt worden und Kohle kann nicht abgesetzt werden, das ist Tatsache. Daß man die Kohle hier nicht immer bekommen kann, ist auch eine Tatsache, weil ich selbst in meinem Betrieb 2½ Monate habe warten müssen, bis ich die Kohle bekommen konnte. Es liegt hier irgend etwas vor, was nicht durchschaubar ist. Ob die Ursache bei der Steweag oder bei der Alpine liegt, das ist egal, es handelt sich hier um Einrichtungen, die auf kalorischer Basis betrieben werden sollen. Jedenfalls ist es eine eminent wichtige wirtschaftliche Angelegenheit, wir erkennen, daß hier ein Kurzschluß vorliegt und stellen mit Bedauern fest, daß Sie hier selbst zugeben müssen, daß Ihre Planung nicht stimmt. (Beifall bei der FPÖ.)

Abg. Vinzenz Lackner: Ich möchte mich bemühen, dieses Klima wieder auf normale Verhältnisse zurückzuführen. In knapp 20 Stunden werden Sie alle zu Hause sein (Zwischenruf: „Das ist gar nicht so sicher!“) bei der Familie, um das Fest des Jahres zu feiern. Die Gemüter sind auch noch derart erhitzt, daß sich keiner mehr die Mühe nimmt, einem Abgeordneten zuzuhören, was der zu sagen hat. Ich weiß nicht, ob das das erste Mal oder schon das xtemal ist, aber es ist Tatsache, daß sich jeder bemüht, von seinem Standpunkt aus die Dinge zu beleuchten und dafür Verständnis zu erwecken. Nur es soll dabei keine Entgleisungen geben. Ich möchte nur erwähnen, daß es jetzt ungefähr 19 Jahre her sein wird, daß in Fohnsdorf 8 Bergarbeiterfamilien zu Hause auf ihre Väter warteten und statt des Vaters kam der Betriebsleiter mit der Nachricht, daß der Vater tot ist. Der Tod fragt nicht nach dem Kalendertag und auch nicht nach dem Heiligen Abend oder nach dem ersten Mai, der Tod schlägt zu. Der Bergmann fürchtet den Tod nicht, er ist ein rauher Geselle geworden durch seine Arbeit. Aber hinter dieser rauhen Schale der Bergleute verbirgt sich ein guter Kern, wie ihn jeder andere meiner Landsleute besitzt. Deshalb ist es nicht angenehm mitanzusehen, wenn ein Bergmann spricht, wenn ein Kumpel aufsteht und seine Sorgen darlegt, wie er in dieser Form zerredet wird. Es

sind drei Wochen her, da feierte man in ganz Österreich die Schutzpatronin der Bergarbeiter und die höchsten Funktionäre der Regierung kommen da zum Bergmann. Man hört immer wieder, der Bergarbeiterstand sei hochgeehrt und hier, was dem Bergmann irgendwie in seinem Innern nicht ganz klar ist, droht auf der anderen Seite das Damoklesschwert des Abbaues über ihm. Wenn Kollege Zagler aus sich herausgegangen ist, so in der ehrlichsten Absicht. Ich bedauere deshalb, wenn man ihm unterschiebt, daß ein anderer spiritus rector hinter diesen Dingen steht, oder wenn ihm vorgehalten wird, daß dieser Vortrag, diese Rede weder seine Idee sei, noch auf seinem Mist gewachsen sei. Ich stelle fest, daß Sie den Bergleuten wenig zutrauen. Wenn ein Bauer über die Landwirtschaft spricht, müssen wir uns auch sagen, der wird sein Fach kennen, genauso ist es mit dem Bergmann. Wenn Sie vom spiritus rector reden, es hat jeder, hüben und drüben, das Konzept vor sich liegen, und man könnte auch der Meinung sein, das hat irgendwer fabriziert.

Ich will nun von diesen Dingen wegkommen und zur Kohle zurückkehren. In den Jahren des Krieges war die Kohle der Schlüssel zum Sieg, in den Jahren nach dem Kriege der Schlüssel zum Wiederaufbau. Heute will man, gezwungen durch die Umstände, diesen Schlüssel an den Nagel hängen. Aber trotzdem können wir nicht darüber hinwegsehen, wir müssen alle zusammen dafür sorgen, daß diese Kohle weiterhin der Schlüssel in unserer Wirtschaft bleibt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Bergbau ein großer Holzverbraucher ist und die Landwirtschaft und Forstwirtschaft auch davon lebt, und wenn der Bergbau abstirbt, ist der Holzverbrauch geringer. Für diese Opfer, die die Bergarbeiter gebracht haben, hat der Handelsminister vor einem Jahr die Bergleute ausgezeichnet, ihnen Verdienstabzeichen für die Grubenwehr an die Brust geheftet und erklärt: „Was ich Ihnen an die Brust hefte, ist ein Stückerl Brokat und Stückerl Bronze, damit läßt sich der Dank an die Bergarbeiter nicht abstaten, aber nehmen Sie meine Worte so, daß Sie die Gewißheit haben, ich werde jederzeit für Sie tun, was zu tun möglich ist.“

Mit der Entwicklung der Energieträger Strom, Heizöl und Erdgas haben sich auch die Zeiten geändert. Im Jänner und Februar dieses Jahres haben wir noch Leute einstellen können. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam über Nacht die Absatzkrise und die Bergleute sind nun vom Abbau bedroht. Wir können die Zeiten nicht ändern und das Vordringen neuer Energieträger nicht hindern. Es ist zwecklos darüber zu streiten, warum das DKW Pernegg mit einer Heizölfeuerung ausgestattet ist, das war deswegen, weil man vor nicht langer Zeit die Kohle nicht bekommen hat, die man forderte. Hier komme ich zu dem Kleinverschleiß; zu diesem Problem wurde die Frage an Abg. Zagler gerichtet. Der Kohlenhandel hat seine Einteilung, in einem gewissen Betriebsbereich darf das Werk ab Rutsche keine Kohle hergeben. Das Überkontingent darf das Werk hergeben, das ist für Fohnsdorf eine Tagesförderung, das sind 4000 bis 5000 Tonnen monatlich, darüber hinaus darf nur mehr Kohle an die Kohlenhändler abgegeben wer-

den. Ein Kohlenhändler in Murau hat starke Nachfrage nach Fohnsdorferkohle, er hat trotzdem die Kohle von Fohnsdorf nicht genommen, weil er die Stückkohle nicht in einem gewünschten Ausmaß bekam und die übrigen großen Hausbrandsorten nicht nehmen wollte. So blieb der Kohlenbezieher in Murau ohne diese Kohle. Murau liegt in dieser Zone über 50 km vom Werk entfernt, so daß der einzelne ab Werk keine Kohlen bekommen kann, selbst wenn er will. Das sind Tatsachen, die spielen beim Händler eine Rolle.

Der Herr Landeshauptmann hat sehr recht, wenn er sagt, daß in Österreich viel gesündigt wurde, eines wurde bestimmt verschlafen, und da kann man die Kohlenabteilung in Wien, auch wenn sie unter der Alpine steht, nicht freisprechen: sie hat übersehen, daß aus einem Verkäufermarkt inzwischen ein Käufermarkt geworden ist. In der Zeit, wo die Kohle gebraucht wurde, haben sie die Kunden eben nicht entsprechend bedient, sind an die Kunden nicht herangekommen. Ich erinnere, daß nicht einmal auf der Grazer Messe weder im Frühjahr noch im Herbst Kohle ausgestellt wurde. Ich erinnere daran, daß wohl in den 30er-Jahren eine Holzausstellung stattgefunden hat, wo man das heimische Holz zum Heizen angeboten und die entsprechenden Ofen dazugestellt hat. So liegen die Dinge wirklich. Wir dürfen auch nicht vergessen, eine Grube ist doch keine Apotheke, wo man heute aus einer Schachtel x Deka herausnimmt, morgen ebenfalls, so, wie man es braucht. Die Grube ist ein Betrieb, an die geologische Entstehung gebunden und darnach muß sich auch der Abbau richten. Wenn ich in der Grube mit Maschinen arbeiten muß, kann ich nicht sagen: heute fördere ich um soviel weniger, morgen um soviel mehr; dazu kommt, daß die Gewinnung sich nicht einteilen läßt: heute Hausbrandkohle, morgen Industriekohle. Die 100%ige Kohlenförderung bleibt das ganze Jahr hindurch: 60% Feinkohle und 40% Grobkohle.

3 Monate nach der Ehrung der Bergarbeiter waren wir mit unseren Sorgen beim Herrn Handelsminister eingeladen, eingedenk seiner Worte, zu kommen, wenn uns der Schuh drückt. Er hat ein offenes Wort an uns gerichtet und erklärt, wir sind von dieser Sorge alle zusammen überrascht worden. Das Zeitalter, in dem wir leben, kann nur verglichen werden mit der Zeit, wo die Postkutsche durch die Eisenbahn abgelöst worden ist. Wir haben uns verstanden, wir sind dann auf das Heizöl zu sprechen gekommen: „Da kann ich nichts machen, das trifft andere Wirtschaftszweige zu sehr.“ Er hat gesagt: „Minister Waldbrunner, der bestellt so viele Tonnen Braunkohle, Briketts aus der Ostzone.“ Schauen Sie, das ist ein Ballspiel, hin und her, der Handelsminister kommt und sagt, ich hätte für diese Produktion einen Auftrag, den ich in die Ostzone liefern könnte, muß aber soundsoviele Tonnen Braunkohlenbriketts dafür nehmen.

Natürlich kann man andere Industriezweige nicht vor den Kopf stoßen, das ist klar. Aber keine Hausfrau ist erfreut, wenn sie von 50 kg Kohle 25 kg wieder als Schlacke hinuntertragen muß. Wir müssen ehrlich sein und zugeben, wie die Dinge sind. Ich bin so ehrlich und sage, daß es auch viele Bergarbeiter gibt, die sich einen E-Herd kaufen. Es ist

auch absurd, das verhindern zu wollen, so liegen die Dinge nun einmal, und darüber kommen wir einfach nicht hinweg, das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. (Abg. Dr. Pittermann: „Aufklären sollte man!“) (1. LHSt. Horvatek: „Ich kann doch den E-Herd nicht wegnehmen!“) Schauen Sie, Herr Kollege Dr. Pittermann, Sie klären auch die Leute in Ihrem Berufsstand auf, aber es gibt so viele, die sich nicht aufklären lassen, und die sagen, das hat schon meine Großmutter so gemacht und bei dem bleibe ich. Jedenfalls ist es unverständlich, daß wir 500.000 Tonnen Kohle lagern haben, wenn auf der anderen Seite mit dem Bau kalorischer Kraftwerke mit einem Schlag die Situation zu retten wäre. Gut und schön, aber was nützen uns kalorische Kraftwerke, wenn diese stehen!

Und nun zum Strompreis als solchem. Nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes müßten wir für die Bergarbeiter eine Strompreiserhöhung in Kauf nehmen. Es ist aber nicht einleuchtend, wie man damit dem Bergarbeiter helfen will. Wenn man den Strom ungefähr mit 40 Groschen verkauft ... (LH. Krainer: „In Steiermark nicht!“) ... und die Kilowattstunden aus Wasserwerken kostet nur 19 bis 21 Groschen, während die Kilowattstunde aus Kohle 32 bis 34 Groschen kostet, so ist noch immer nicht gesagt, wenn man die kalorischen Werke laufen läßt, daß man damit draufzahlt. Ich sage, man verdient weniger, aber man zahlt nicht drauf. Wenn eine Grube täglich 2400 Tonnen fördert und man das herunterdrückt auf 1600, dann werden wieder Arbeitskräfte frei. Wir haben den ersten Ansturm des Abbaues verhindert dadurch, daß wir alle in die Rente schicken, die in die Rente gehen konnten, und uns gefragt haben, wo bringen wir noch anderwärts Leute unter. Es ist uns gelungen, einen tragbaren Ausweg zu finden. Schlecht wird es erst werden in den kommenden 2 Jahren, bis das Kraftwerk in Zeltweg fertig ist. Wir werden uns damit helfen, daß wir den natürlichen Abgang nicht ersetzen, was auch sehr schwer ist. Sie dürfen nicht vergessen, daß eine Grube, die über 1 km tief ist, eine gewisse Anzahl Leute braucht vom Abbauort bis zur Aufbereitung. Denn das ist ungefähr eine Strecke von 22 km, und wenn da alle halben Meter ein Stempel steht, dann können Sie sich vorstellen, wieviel Holz eine solche Grube verarbeitet.

Es sind aber im Bergbau noch andere Fehler passiert. Man hat z. B. versäumt, rechtzeitig die Aufbereitungsanlagen zu modernisieren. Heute geht man erst daran, wo man die Kunden schon zum Teil verloren hat. Wenn man kritisiert, daß Donawitz und Böhler Erdgas verwenden statt Kohle, so ist das nicht das Schlimmste. Denn wir müssen zugeben, daß in der metallurgischen Industrie das Erdgas veredelnd wirkt und wir dadurch mit unseren Produkten konkurrenzfähiger werden. Aber es ist meiner Meinung nach überflüssig, daß sich da auch die Zementfabriken, die Ziegelbrenner und die Papierindustrie anschließen. Aber der Trend dazu ist nun einmal vorhanden. Wir können nur alle zusammen für die steirische Familie sorgen. Es gibt ein Bergarbeitergedicht, darin heißt es so ähnlich wie: „Wo rauchend die Halde blickt ins Land, dort reicht auch der Arbeiter dem Bauer die Hand.“ So soll es auch bleiben! Wenn das Lied ein Bergmann gedichtet

hat, so kann man ihm auch zumuten, daß er wahrheitsliebend ist und es auch ehrlich gemeint hat.

Wenn ich noch einmal kurz an die Opfer erinnern darf, die der Bergarbeiterstand schon gebracht hat, dann möchte ich an den Heiligen Abend 1940 erinnern, der 8 Bergarbeitern den Tod brachte, 1943 101 Tote, 1950 7 Tote, und in dieser Zeit hat man gesagt: „Harte Zeiten, harte Herzen“, das war der ganze Trost für die Witwen und die Kinder. Das sind alles Opfer, die der Bergmann brachte und noch bringt, und es gibt kaum einen Beruf, der so Opfer zu bringen hat wie der Bergmann.

Deshalb sind wir über alle Parteimeinungen hinweg verpflichtet, daß wir dem Bergmann den Dank abstatten, und zwar in einer Form, wie er ihn auch wirklich verdient. Deshalb soll man nicht immer darauf aus sein, alles, was der eine sagt, als Parteipolitik hinzustellen, und alles, was der andere sagt, als staatspolitisch wertvoll. Das Leben macht da auch keine Unterschiede. Deshalb möchte ich noch einmal appellieren, finden wir zusammen, ziehen wir alle an einem Strick, zum Nutzen aller, damit der Spruch: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind!“, wirklich auch seine Berechtigung in diesem Hause findet. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Assmann: Ich möchte mich zu diesem Problem noch ganz kurz zu Wort melden, und zwar aus dem Grunde, weil ein Abgeordneter der sozialistischen Fraktion, nämlich der Herr Abg. Lackner, hiezu wirklich eine vernünftige und ehrliche Rede gehalten hat. Die zwei Vorredner haben allerdings nicht so gesprochen, wie ich es mir vorstelle, daß man es als verantwortungsbewußter Abgeordneter in einem solchen Falle tun müßte. Der Herr Abg. Lackner war vollkommen objektiv (Rufe bei OVP: „Sehr richtig!“) und hat alle Vor- und Nachteile beleuchtet. Ich glaube, wenn es einem ernst ist um die österreichische Wirtschaft und um die Vollbeschäftigung, kann man hier nicht mit demagogischen Worten auffahren und dann erklären, wie es der Abg. Zagler getan hat, ich werde jetzt heimgehen und sagen, was sich hier abgespielt hat. Ich kann daher dem Abg. Lackner für seine Worte nur von Herzen danken. Der Landesrat Matzner war ja verpflichtet, seinen Fraktionskollegen Zagler herauszupauken. (Abg. Afritsch: „Sie werden schon wieder unanständig!“) Aber schauen Sie, Herr Abgeordneter, ich habe doch gar nichts Unanständiges gesagt, aber Sie haben schon wieder gerochen, daß es Ihnen unangenehm werden könnte.

Ich möchte ein grundsätzliches Problem im Zusammenhang mit dem Bergbau anschnitten, weil Abg. Lackner gesagt hat, daß in seinem eigenen Betrieb und auch in den Kohlenbergbaubetrieben der Alpine versäumt wurde, rechtzeitig das eine oder andere zu investieren, daß versäumt wurde, eine Verkaufspolitik schon Jahre vorher zu betreiben, wie man das normalerweise im übrigen Wirtschaftsleben tut.

Abg. Afritsch hat gesagt, es kommt ihm wie eine Schweinerei vor (Abg. Afritsch: „Schweinerei habe ich nicht gesagt!“) (Zwischenruf: „Erst war es eine Unanständigkeit, jetzt ist es schon eine Schweinerei!“) Es dreht sich letzten Endes darum, meine

Damen und Herren, daß es nur einen Verantwortlichen in der Direktion eines so großen verstaatlichten Betriebes zu geben hätte, egal, welcher Parteirichtung er angehört, nur muß er in seinen Entschlüssen und in seiner Mentalität dieselbe Auffassung und dieselben Interessen vertreten, wie es ein Privatunternehmer tut. Diese Persönlichkeit an der Spitze eines solchen Unternehmens müßte nun mit dem Betrieb so verwurzelt und so verwachsen sein und wissen, daß, wenn der Betrieb zugrunde geht, er selbst auch mit zugrunde gehen würde. Leider ist es aber so, daß diese Proporzdirektoren, wenn sie nicht reüssieren, nichts zu gewärtigen haben, im Gegenteil, sie werden zum Schaden der Wirtschaft womöglich auf einen noch besseren Posten gesetzt.

Deshalb reden wir auch immer das Wort dafür, daß die Verstaatlichung eingedämmt werden soll, denn nur so kommt es zu solchen Situationen, wie dies im Kohlenbergbau jetzt der Fall ist. Ich könnte mir vorstellen, wenn die Alpine mit dem Absatz der Kohle in gewisse Schwierigkeiten gerät — andererseits hört man, daß man da und dort trotz der Überproduktion keine Kohle zu kaufen bekommt — daß die Alpine dann in solchen Gebieten, wo Arbeitskräfte frei werden, versuchen müßte, einen Ausweichbetrieb zu errichten. Andere Betriebe und Konzerne im Ausland haben das so gemacht, und zwar aus sich selbst heraus. Erst darnach, als die Initiative ergriffen wurde, war auch eine Unterstützung von oben festzustellen. Es müßte also auch die Alpine zuerst aus sich selbst heraus etwas machen, und erst dann ist es die Aufgabe des Staates, diese Bestrebungen entsprechend zu fördern. Proporzdirektoren, seien sie nun von der rechten oder von der roten Seite, werden diese gewünschte Initiative wahrscheinlich selten haben. (Beifall bei ÖVP.)

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Oswald Ebner:** Ich halte den gestellten Antrag des Finanzausschusses aufrecht, der dahin geht, das Hohe Haus wolle der Gruppe 8 zustimmen.

**Präsident:** Ich schreite zur Abstimmung und er suche die Abgeordneten, die der Gruppe 8 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschiebt.)

Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“.

Berichterstatter ist Herr Abg. Gruber, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gruber:** Hoher Landtag! Die Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“ hat Einnahmen in der Höhe von 812,004.800 Schilling und Ausgaben von 117,366.100 Schilling. Zum ersten Mal wurde diese Gruppe sowie der gesamte Voranschlag auf der Basis des neuen Finanzausgleiches festgelegt, welcher vom 1. Jänner 1959 bis 31. Dezember 1963 seine Giltigkeit hat. Es sind nicht unbedeutende Einnahmensteigerungen damit verbun-

den. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Gruppe eingehend befaßt, und ich beantrage die unveränderte Annahme dieser Gruppe einschließlich des Resolutionsantrages auf Seite 3 der Beilage.

Erster Landeshauptmannstellvertreter **Horvatek:** Hoher Landtag! In der Debatte über den Voranschlag 1960 wurde von den Herren der ÖVP bewegte Klage geführt, daß die Steuerhoheit des Landes eingeengt ist, was von großem Nachteil für das Land sei. Ich kann diese Meinung nicht teilen. Ich erinnere daran, wie schon in der Monarchie und in der ersten Republik Kämpfe um die Steuervorlagen im Hohen Hause abgeführt worden sind, wie Obstruktionsreden gehalten wurden, weil eine Gruppe die Steuern nicht bewilligen wollte und welche Schwierigkeiten bei der Bedeckung des Voranschlages im Landtage oft zu überwinden waren. Als die Frage des neuen Finanzausgleiches im Jahre 1946 erörtert wurde, haben die Vertreter der Länder und der Städtebund als Vertreter der Gemeinden einhellig der Auffassung zugestimmt, daß die Abgabenteilung, wie sie jetzt vorliegt, der richtige Weg sei. Der Bund erhebt die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, ihre Verteilung wird ausgehandelt und die den Gemeinden und Ländern gebührenden Anteile werden an sie abgeführt.

Das sind die Grundsätze, die man bisher geübt hat. Wir sind doch damit trotz einiger nicht angenehmer Änderungen, die vom Bund vorgenommen wurden, sehr gut gefahren. Seit dem Jahre 1948 konnten mit den Mitteln, die dem Lande zur Verfügung stehen, bedeutende Vorhaben durchgeführt werden. Einige Einengungen sind gegen den Willen der Länder eingetreten. Es war aber damals eine einvernehmliche Lösung. Unter Finanzminister Zimmermann ist auch das Finanzverfahrensgesetz geschaffen worden, auch einvernehmlich, und ist im großen und ganzen erhalten geblieben.

2 Änderungen, die der Bund für sich durchführte, in Form eigener Zuschläge zu den gemeinschaftlichen Bundesabgaben waren die Zuschläge zur Mineralölabgabe und der Zuschlag zur Warenumsatzsteuer, dazu gesellte sich auch noch der sogenannte Bundesvorzugsanteil. Diese Änderungen hat der Bund damit begründet, daß seine Aufgaben in größerem Ausmaße wüchsen als die der Länder und Gemeinden, und dazu müsse er mehr Mittel haben. Auch die Besatzungsmacht habe außerordentliche Anforderungen gestellt, die nur mit Hilfe eines Notopfers der nachgeordneten Gebietskörperschaften erfüllt werden konnten. Leider hat man dauernd versucht, den Bundesvorzugsanteil zu erhöhen, was aber zum Teil dadurch abgehandelt wurde, indem wir gewisse Minderungen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf uns genommen haben. Dem Wesen nach hat sich der Finanzausgleich bewährt, und die letzten Änderungen sind wieder einvernehmlich erfolgt. (Landeshauptmann **Krainger:** „Nach der Steuerhoheit, die Sie erkämpfen wollen.“) Ich will sagen, gerade der Finanzausgleich, der seit heuer wirksam ist, hat sich als gut erwiesen, und wir werden im Laufe der nächsten vier Jahre wesentlich dazugewinnen. Schon 1960 wird es sich herausstellen, daß wir Mehreinnahmen haben, und zwar nicht unwesent-

liche. Ich wollte das festhalten, damit wir nicht um Dinge herumreden, die einvernehmlich gelöst wurden. Wenn der Wunsch besteht, den Föderalismus dadurch zu untermauern, daß den Landtagen größere Steuerhoheit zuteil wird, dann möchte ich anregen, daß die Länder dies gemeinsam fordern. Darüber kann natürlich erst nach dem Ablauf dieses Finanzausschusses neu verhandelt werden. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, und wenn nicht alle Landesfinanzreferenten und alle Landeshauptleute zusammenstehen, werden wir keinen Erfolg erzielen. (Zwischenruf DDr. Hueber.) Ich habe gesagt, es müssen alle Länder und alle Gemeinden zusammenstehen, sonst ist das nicht durchzusetzen. Ich weiß nicht einmal ob dann. Es ist ungewiß, ob derjenige, der die Kompetenz dazu hat, nämlich der Nationalrat, dem zustimmen würde. Es wird ein schwieriger und langer Weg werden, und wenn die Länder der Meinung sind, daß das der beste Weg ist, dann werden sie ihn vermutlich auch beschreiten.

Der Voranschlag 1960, der auf diesen neuen Finanzausgleich aufgebaut ist, wird sich im allgemeinen befriedigend auswirken. Die Änderungen des Landesvoranschlages durch die Regierungen umfassen etwa 14 Millionen Schilling, und von diesen sollen rund 2 Millionen im Sinne der Resolutionsanträge, die dem Hohen Haus vorliegen, verteilt werden. Wie schon gesagt, beträgt die Änderung 14 Millionen, das ist bei einem Budget von fast 1'2 Milliarden ein bescheidener Betrag. Es gibt natürlich noch eine Reihe von Wünschen — allerdings nicht so arg wie im Vorjahr, wonach dies oder jenes zu wenig gut dotiert sei. Meine Herren, entweder muß man haben oder man muß im Budget Verschiebungen vornehmen, die aber immer auf Kosten eines Dritten gehen. Wenn man z. B. den Wohnbau stärker dotieren will, müßte man dem Sanitäts- und Krankenhausreferat etwas wegnehmen; dagegen würde sich der Herr Landesrat Schachner-Blazizek wehren und darüber Klage führen. Nehmen wir Mittel für den Straßenbau vom Kulturbudget weg, dann wird sich Herr Landesrat Koren dagegen wehren. Die vorhandenen Mittel möglichst richtig und angemessen nach dem Bedarf zu verteilen, ist die eigentliche und politische Aufgabe des Landesfinanzreferenten; sie ist mir, der Finanzabteilung und den zuständigen Herren, glaube ich, im großen und ganzen immer gelungen. Die noch notwendigen Änderungen sind dann in der Landesregierung oder hier im Landtag erfolgt. Herr Dr. Hueber, es wäre kein Glück, wenn es so geschehen wäre, wie Sie meinen, daß nämlich der Landtag nur das Rohmaterial für den Voranschlag bekäme und der Finanzausschuß dann in wochenlanger Mühe erst den Voranschlag erstellen müßte. Das ist nicht Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaft, sondern der Administrative. Der Finanzreferent hat den Voranschlag zu erstellen, die Regierung hat ihn zu überprüfen und legt ihn dann dem Landtag vor. Wenn der Regierungsvorschlag so gut ist, daß man nicht viel ändern kann, dann soll man darüber nicht gekränkt sein, sondern sich freuen, daß er so gut ist. (Abg. DDr. Hueber: „Man soll aber nicht sagen, es ändert sich nichts mehr!“) Es hat sich aber einiges geändert. Das Pouvoir von

2,5 Millionen Schilling ist im ganzen herangezogen worden. Mir ist bei der Generaldebatte aufgefallen, daß zur Gruppe 9 viel über Dinge gesprochen wurde, für die wir nicht zuständig sind. Der Landtag hat die Aufgabe, sich mit Landesinteressen zu beschäftigen. Aber ich weiß nicht, ob wir Debatten, die in den Nationalrat gehören und für die nicht die Landesregierung, sondern die Bundesregierung zuständig ist, hier abführen sollen. (Abg. DDr. Hueber: „Warum beschließen wir dann Resolutionen an die Bundesregierung?“) Jeder hat seine Meinung und das ist meine Meinung.

Ich möchte nun noch zurückkommen auf die heftige Debatte, die sich bezüglich der Bedarfsdeckungsmittel hier vollzogen hat. Ich weiß, wie das zustande gekommen ist. Die Idee der Bedarfsdeckung ist folgend entstanden: In den Gemeinden ergeben sich wiederholt besondere Aufgaben, die erfüllt werden müssen und wofür die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen. Nachdem der Finanzausgleich die Dotierung jeder Gebietskörperschaft festlegt, können die Gemeinden aus ihren Schwierigkeiten nicht herauskommen. Wenn dann besondere Dinge vorliegen, die von den Gemeinden aus eigenem nicht erfüllt werden können, müssen eben alle Gemeinden in einen Topf steuern, damit das geschehen kann. (LH. Krainer: „Eben alle!“) Es wurde aber nie festgelegt, das muß hier gesagt werden, daß nur eine bestimmte Kategorie von Gemeinden daraus Anspruch hat. Jede Gemeinde hat auf Bedarfsdeckungsmittel Anspruch. So sehr ich begreife, daß kleine und finanzschwache Gemeinden das ganze Geld für sich beanspruchen möchten, so entspricht das nicht der Absicht des Gesetzgebers. Wenn eine Stadt wie Graz, Kapfenberg oder Mariazell eine größere Aufgabe vor hat, wie z. B. Erweiterung der Wasserleitung oder der Kanalisation oder wenn z. B. Hartberg zur raschen Bekämpfung der Typhuseuche seine Wasserleitung in kurzer Zeit neu bauen mußte, so sind das Dinge, für die die Bedarfsdeckungsmittel da sind. Der Vorschlag, die Bedeckungsmittel nicht durch Regierungsbeschlüsse zu verteilen, ist schön dann, wenn nach dieser Ansicht des Gesetzgebers vorgegangen wird. Wenn aber nach dem Proporz vorgegangen wird, sagen wir 5 : 4, und wenn dann 5 die Interessen ihrer Referate wichtiger finden als die anderen 4, dann kann man nicht erwarten, daß hier richtig verteilt wird. Man muß einsehen, daß Bedürftigkeit überall auftreten kann und es ist eben die Kunst der Verhandlung, hier den richtigen Weg zu finden. Eines darf gesagt werden, keine Landeshauptstadt ist so schlecht behandelt worden wie Graz. (Abg. Dr. Kaan: „Ja!“) In allen Bundesländern wird für die Landeshauptstadt mehr getan. Daher war der Vorschlag des seinerzeitigen Finanzreferenten der Stadt Graz, Schmid, richtig, daß Graz aus diesem Topf einen Vorzugsanteil erhalten soll. Die Stadt Graz muß ihren Teil bekommen, das verdient die Stadt Graz. Sie hat größere Aufgaben aus der Tatsache heraus, daß sie Mittelpunkt des Landes ist, daß hier die wichtigsten Anstalten sind und daß sie eine große Verwaltung unterhalten muß. (LH. Krainer: „Das sind ja nur Vorteile!“) Ja, Herr Landeshaupt-

mann, wenn Sie der Meinung sind, daß man Landesämter nach Seckau verlegen kann und daß so etwas für die Verwaltung des Landes nicht wesentlich ist. (LH. Krainer: „Die wären alle glücklich!“) Aber es ist einmal so, daß die Verwaltung dort sein muß, wo alles übrige ist. Das ist eine historisch gewordene Tatsache. Ich appelliere an Sie und an den Herrn Landesrat Matzner, sich darüber zu einigen, der Stadt Graz einen Vorzugsanteil zu geben. (LH. Krainer: „Sie haben ja 10 Jahre lang Gelegenheit gehabt, auf LR. Matzner einzuwirken, daß er Graz mehr gibt!“) Das kann man nur sagen, wenn man sich in der Macht fühlt. (LH. Krainer: „Ich habe den Vorschlag gemacht voriges Jahr, einen Vorzugsanteil für Graz, das übrige teilen wir.“) Das kann man nicht ernst nehmen.

Ich will noch auf 2 Teilfragen zurückkommen, einer der Herren hat darauf hingewiesen, ich glaube, es war Landesrat Pirisch, daß in der Stromversorgung der Oststeiermark Schwierigkeiten eintreten könnten. Sie wissen, daß das Bundesland Burgenland durch Landesgesetz einfach die elektrischen Anlagen, soweit sie der Steweag und der NEWAG gehören, verlängert hat. Die Juristen erklären, das Gesetz ist in Ordnung, dagegen bestehen keine Rechtsmittel, die Steweag hätte aber einen Entschädigungsanspruch. Man redet davon, daß sich das Burgenland selbst Elektrizitätswerke schaffen will. Bevor man nicht weiß, was in Burgenland geschieht, ist es schwer, in der Oststeiermark etwas zu tun. Für die Oststeiermark allein reichen unsere Hochspannungsleitungen vollkommen aus, wenn aber das südliche Burgenland weiter den Strom bezieht, müssen die Hochspannungsleitungen verstärkt werden. Die Frage muß in Verhandlungen geklärt werden und wenn sie geklärt ist, werden diese Probleme in der Oststeiermark gelöst werden.

Nun zur Frage des Kohlenhandels. Der Großhandel hat eine besonders interessante Funktion. Es bestehen zwischen dem Erzeuger und dem Händler Abmachungen, zum Teil gesetzlich begründet, zum Teil freiwillig. Wie sonderbar das ist, dafür ein Beispiel. 1945 haben die Engländer Geschütze aller Art, die die deutsche Wehrmacht zurückgelassen hatte, in der Nähe von Niklasdorf auf einer großen Wiese zusammengeführt. Es waren bedeutende Metallmengen, die die Besatzungsmacht dem Lande Steiermark zum Kaufe angeboten hat. Nachdem die Güter für unsere Erzeugung sehr wichtig waren, wollte das Land Steiermark dieses Lager übernehmen und hat einen Preis ausgehandelt, der anfangs hoch war und später durch Verhandlungen in Wien entsprechend herabgesetzt wurde. Wir wollten das ganze Geschützlager an die Alpine verkaufen, wir konnten das nicht, wir durften das nicht, sondern mußten das Ganze an den Schrotthändler Waltner verkaufen. Er hat das Hauptgeschäft gemacht. So sonderbar das klingt, es ist so. Was Abg. Lackner bezüglich Fohnsdorf erzählt hat, weiß ich seit meinen langjährigen Erfahrungen. Das Werk beschäftigt sich nicht mit dem Kohlenverkauf. Es ist der Verkauf an einzelne Firmen übertragen, die die Fohnsdorfer Kohle abzusetzen haben. Jede dieser Firmen hat sich eine gewisse Monopolstellung ausbedungen, sonst hätte sie das Geschäft nicht übernommen; das sind son-

derbare Zustände, die einfach üblich sind (Abg. Dr. Kaan: „Aber auch notwendig!“) und auch die Alpine nicht ohne weiteres beseitigen kann. Sie müßte selbst eine große Verkaufsorganisation aufziehen, was unter den derzeitigen Verhältnissen sicher das Richtige wäre. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Scheer**: Hoher Landtag! Im Steiermärkischen Landtag bzw. in dem Hause, wo der Steiermärkische Landtag tagt, befindet sich einige Schritte weiter ein sonderbares Büro, das noch immer sein Leben und Dasein fristet, das Büro der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Es sind nun 14 Jahre nach dem Kriege und in unserer Nachbarschaft haben wir noch immer dieses Büro, das seinerzeit unter dem Druck der Besatzungsmacht im Landhause seinen Unterschlupf gefunden hat, aber nicht mehr den Gegebenheiten der heutigen Zeit entspricht. Dabei haben wir einen ausgesprochenen Raummangel und da möchte ich gleich einen Verwendungszweck dafür vorschlagen. In allen anderen Parlamentseinrichtungen gibt es ein Landtagsstenographenbüro. Unsere Stenographen, die nun 3 Tage ihre Finger wundgeschrieben haben, haben nicht die Möglichkeit, sich irgendwo zu restaurieren oder sonstwie ihre Sachen unterzubringen. Ich würde daher beantragen, man möge wegen der Räumung dieses Zimmers einen Kündigungsbrief schreiben und dort ein schönes Stenographenbüro einrichten.

3. Präsident **Dr. Stephan**: Hoher Landtag! Meine Fraktion kann trotz der Länge dieser Tagung für sich in Anspruch nehmen, daß sie an dieser langen Dauer keine Schuld trägt. Ich möchte aber den Vorwurf, der schon einmal von einer Seite gemacht worden und auch in einem unserer Grazer Blätter erschienen ist, den Vorwurf einer zahmen Opposition ablehnen. Wir haben eben nicht die Absicht, durch lautes Gebaren die Zähmheit unserer Opposition ins Gegenteil zu verkehren.

Ich komme auf einen Resolutionsantrag zurück, der im Ausschuß eingebracht, aber abgelehnt wurde. Die Grundsteuer, die die Landwirtschaft interessiert, ist seit einiger Zeit bei uns nicht in hohem Ansehen, insbesondere dort nicht, wo die neue Grundsteuerveranlagung der vergangenen Jahre den Waldbesitzern weit höhere Steuern gebracht hat als in den Vorjahren. Diese Grundsteuer soll nun durch die Nichtverlängerung eines bestehenden Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1957 von den Gemeinden, d. h. von den Bürgermeistern und deren Finanzreferenten eingehoben werden, und zwar auch in den Gemeinden, in denen sie bisher von den Finanzämtern eingehoben wurde. Unser Resolutionsantrag hat zum Inhalt, wie das in Niederösterreich auf dem flachen Lande der Fall ist, die Bundesregierung zu ersuchen, auch für die Landgemeinden der Steiermark den Zeitpunkt der Erhebung der Grundsteuer durch die Landgemeinden hinauszuschieben, da wir glauben, daß bei der Struktur der steirischen Gemeinden es in weiten Kreisen zu Schwierigkeiten nicht nur für die Steuerträger, sondern auch für die Gemeinden kommen wird. Es tut uns leid, daß unser Resolutionsantrag nicht angenommen wurde.

Landeshauptmann **Krainér**: Ich glaube daß diese Resolution auf eine Unkenntnis der Tatsachen zurückzuführen ist, und ich finde darin einen Mangel an echter föderalistischer Einstellung, denn wenn Sie diese besitzen würden, dann hätten Sie diesen Antrag nicht stellen können. Seien wir froh und glücklich, daß die Gemeinden selbst ihre Steuer einheben dürfen. Das Land Steiermark hat ganz wenig Möglichkeiten, noch Steuern einzuheben. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, die Grundsteuer einzuheben im Land Steiermark, und wir haben diese Gelegenheit beim Schopfe gepackt. Seit Jahren wird uns vom Finanzministerium gesagt, es sei das letzte Mal, daß es für die Gemeinden die Grundsteuern einhebe, das nächste Mal müssen die Gemeinden die Grundsteuer selbst einheben. Es dürfte nicht unbekannt sein, daß 34 Gemeinden die Grundsteuer selbst einheben. Die übrigen nicht. In den übrigen Bundesländern, mit Ausnahme von Niederösterreich, heben alle Gemeinden die Grundsteuern selbst ein, manchmal in Form von Bezirksabgabemännern wie in Kärnten. Aber die Einhebung der Grundsteuer ist ein Recht, das die Gemeinden haben, und es wäre verlorengegangen, wenn wir nicht die Steuer selbst einheben würden. Noch dazu hätte man die Grundsteuer nicht mehr mit einem Aufschlag von 2 % eingehoben, sondern mit 4 %. Das war das Ziel des Finanzministeriums, zu sagen, jetzt tun wir nicht mehr mit, um eine Erhöhung durchzusetzen. Man wollte uns hier unter Druck dazu bringen, die Grundsteuer selbst einzuheben.

Ich kann Ihnen sagen, es scheint nur im ersten Augenblick eine Hexerei zu sein, die Grundsteuer selbst einzuheben. Es ist aber keine Hexerei, es gibt bei keiner Steuer so wenig Änderungen. Es ist meistens so, daß ein Bescheid 10 Jahre und länger gilt. Es braucht nur die Ziffer vom Bescheid abgeschrieben und auf den Erlagschein gesetzt zu werden. Außerdem ist die Grundsteuer eine Steuer, die zu 99,8 % normal einläuft. Nur 0,2 % sind rückständig, d. h. die Steuerwilligkeit ist bei der Grundsteuer fast 100%ig vorhanden. Dazu kommt, daß es wichtig ist, vom Prinzip der Eigenständigkeit her gesehen, daß die Gemeinden wissen, daß der Anteil der 1.150 % auf den Meßbetrag eingehobenen Steuer der Gemeinde nur zu einem Drittel gehört. Und vor allem diese Eigenständigkeit der Gemeinden, das Recht auf die Selbsteinhebung ihrer Steuer-gelder war der Grund, warum die Resolution im Finanzausschuß abgelehnt wurde und auch hier wieder abgelehnt werden muß. Es ist ein Vorzug für die Gemeinde und es ist ein Prinzip der Eigenständigkeit, wenn man den Föderalismus bejaht. Jeder, der Gelegenheit hat, sein Geld selbst zu holen, tut es, auch Sie Herr Kollege schicken nicht Ihre Frau, sondern gehen selbst, Ihr Geld zu holen. Warum soll dieses Prinzip nicht auch für die Gemeinden gelten? Es ist daher gut und richtig, daß die Gemeinden selbst ihre Steuern einheben werden. (Beifall bei OVP.)

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Ich bringe die Gruppe 9 zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 9 die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen. Damit ist der ordentliche Landesvoranschlag erledigt. Wir kommen zum

#### **Außerordentlichen Landesvoranschlag.**

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Der außerordentliche Voranschlag sieht Ausgaben in der Höhe von 96,540.000 S vor. Davon sind bedeckt 62,545.000 S.

Der Finanzausschuß hat sich in seinen Sitzungen damit beschäftigt und in seinem Namen bitte ich dem außerordentlichen Landesvoranschlag im beantragten Umfang zuzustimmen.

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der außerordentliche Landesvoranschlag ist angenommen.

Wir behandeln nun die

#### **„Sondervoranschläge“.**

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: 1. Das Land führt den Wohnbauförderungsfonds. Vorgesehen sind Ausgaben von 26,160.000, die durch Beiträge aus Landesmitteln und Rückzahlungen gedeckt sind.

2. Den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds mit Ausgaben von 2,353.000, die ebenfalls gedeckt sind durch Beiträge aus Landesmitteln und Rückzahlungen.

3. Den Fonds für gewerbliche Darlehen, Ausgaben 3,525.000 S, die ebenfalls gedeckt sind durch Beiträge des Landes und Beiträge der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und durch Rückzahlungen.

4. Den Pensionsfonds der Gemeinden. Ausgaben 5,709.900 S, die gedeckt sind durch Beiträge, Umlagen, und zwar zur Gänze mit 5,709.900 S.

5. Den Schulbaufonds mit Ausgaben von 6,001.000 S, gedeckt durch Beiträge des Landes, der Ortsgemeinden und Erträge der angelegten Mittel.

6. Tierseuchenkassenfonds, Ausgaben in der Höhe von 1,150.000 S, die gedeckt sind durch Pflichtbeiträge, Leistungen des Bundes und durch Erträge aus angelegten Mitteln.

Der Finanzausschuß hat die Gebarung dieser 6 Fonds in seiner Sitzung behandelt und ich ersuche in seinem Namen um die Annahme.

**Präsident**: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Sondervoranschläge sind angenommen. Wir kommen zum

#### **„Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes“.**

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge setzt die Anzahl und Kategorien der im Bereich der Landesverwaltung im Jahre 1960 zur Verwendung zugelassenen Fahrzeuge fest.

Namens des Finanzausschusses ersuche ich das Hohe Haus, dem Systemisierungsplan die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident**: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Systemisierungsplan ist angenommen.

Als nächsten Punkt behandeln wir den

### „Dienstpostenplan 1960“.

Berichterstatter ist Abg. Dr. **Freunbichler**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Freunbichler**: Hohes Haus! Als Anlage 2 zum Landesvoranschlag liegt der Dienstpostenplan für 1960 auf. Er dient als Grundlage für die Ermittlung des Personalaufwandes der aktiven Bediensteten, er ist nach den Gruppen des Jahresvoranschlages gegliedert, und enthält die Anzahl der Dienstposten und ist nach der Anzahl und nach der Dienststellung, die erreichbar ist, gegliedert. Für die aus Landesmitteln besoldeten Bediensteten sind im Dienstpostenplan 1960 insgesamt 10.611 Dienstposten vorgesehen, das entspricht einer Vermehrung gegenüber 1959 von 27 Dienstposten. Der gesamte Personalaufwand ist für 1960 mit 412.400.000 S präliminiert, das sind 34,6% der Gesamtausgaben des Landes. Von diesem Gesamtpersonalaufwand entfallen 62,3 Millionen auf Versorgungsgenüsse.

Namens des Finanzausschusses habe ich die Ehre, dem Hohen Haus die Annahme dieses Dienstpostenplanes, der geringfügig im Finanzausschuß geändert wurde — die Änderungen liegen den Herren Abgeordneten schriftlich vor — zu empfehlen.

**Präsident**: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Dienstpostenplan samt den vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

**Präsident**: Bevor ich die Beschlüsse zum Finanzausschuß behandle, weise ich darauf hin, daß von der FPO 2 Resolutionsanträge eingebracht wurden. Zu diesen 2 Resolutionsanträgen stelle ich die Unterstützungsfrage. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Anträgen ihre Unterstützung geben, eine Hand zu erheben.

Abg. **DDr. Hueber**: Ich bitte abzustimmen, wenn alle Abgeordneten da sind.

**Präsident**: Wenn die Abgeordneten in der Vorhalle anwesend waren, müßten sie schon hier sein. Ich leite also die Abstimmung über die beiden Anträge ein.

Abg. **DDr. Hueber**: Ich bitte, sie vorzulesen.

**Präsident**: Die Anträge sind bereits verlesen worden, eine neuerliche Verlesung ist nicht notwendig.

Ich bitte also die Abgeordneten, die die Anträge unterstützen, eine Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Eine Unterstützung ist nicht gegeben, ich kann die Anträge daher nicht in Verhandlung nehmen.

Die OVP hat ebenfalls 2 Resolutionsanträge gestellt. Diese beiden weisen die erforderliche Anzahl von Unterschriften auf und sie werden daher der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Abg. **DDr. Hueber**: Zur Geschäftsordnung! Es liegen 2 Resolutionsanträge vor, die inhaltlich gleich (LR. **Prirsch**: „Stimmt nicht!“) und nur von verschiedenen Parteien eingebracht worden sind. Es ist ein Resolutionsantrag der Freiheitlichen Partei, der besagt: Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß diese selbständige Schritte zur Herbeiführung einer wirtschaftlichen Assoziation Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unternimmt. Ein später eingebrachter Resolutionsantrag der OVP lautet: ...

**Präsident**: Ich bitte, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Abg. **DDr. Hueber**: Ich muß doch sagen, um welchen Antrag es sich handelt er ist im Inhalt gleich, er lautet: „Die Steiermärkische Landesregierung fordert die Bundesregierung auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit Österreich mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in unmittelbare wirtschaftliche Beziehungen treten kann.“

Wir nehmen zur Kenntnis, daß die gleichlautende FPO-Resolution die Unterstützung der OVP nicht gefunden hat. (LH, **Krainer**: „Wir sind nicht verpflichtet, Ihre Anträge zu unterstützen.“) Wir nehmen aber nicht zur Kenntnis die geschäftsordnungswidrige Behandlung des OVP-Antrages, wenn beantragt wird, den OVP-Antrag dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen und über den OVP-Antrag heute nicht abzustimmen. Das widerspricht der Geschäftsordnung. Nach § 39 G.O. sind Beschlüsseanträge zu einer Vorlage nach der letzten Lesung zur Abstimmung zu bringen. Wir müssen unterscheiden zwischen Resolutionsanträgen und Initiativanträgen. Die Initiativanträge sind nach § 11 G.O. einem Ausschuß zuzuweisen, nicht aber sind Resolutionsanträge einem Ausschuß zuzuweisen. Resolutionsanträge können nur zu bestimmten Vorlagen, die im Hohen Hause behandelt werden, gestellt werden. Diese Vorlage ist das Budget. Zum Budget wurde der Resolutionsantrag der OVP eingebracht, wonach der Landtag die Bundesregierung auffordert, alle gebotenen Schritte zu unternehmen, damit Österreich mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in unmittelbare wirtschaftliche Beziehungen treten kann. Über diesen Beschlüsseantrag ist im Hohen Hause nach der letzten Lesung der Vorlage abzustimmen. Das war immer so. Es wurde zu einer Vorlage wiederholt

ein Resolutionsantrag gestellt und über diesen wurde geschäftsordnungsmäßig sofort abgestimmt. Bei der letzten Lesung, die hier vorgenommen wird, müssen wir über den Resolutionsantrag abstimmen.

Es ist nicht uninteressant, daß die OVP, nachdem sie unseren Antrag abgewürgt hat (LH. Krai-ner: „Nicht abgewürgt!“), nun den Antrag der FPO übernimmt und als OVP-Antrag einbringt. Wenn über den Resolutionsantrag hier im Hohen Haus abgestimmt wird, stimmen wir selbstverständlich für diesen Antrag. Wir wollen nur eines: Wir wollen es vermeiden, daß die Angelegenheit verschleppt wird, daß dieser Resolutionsantrag nicht in den Ausschuß verwiesen wird und dort verkommt. Ich habe schon in der Generaldebatte erklärt, daß Österreich in der Frage EWG nachhinkt. Ich habe erklärt, daß wir schon seit 2 Jahren initiativ vorgestoßen sind und daß wir es begrüßen, daß der Herr Landeshauptmann für eine wirtschaftliche Assoziation Österreichs mit der EWG eingetreten ist. Wir haben es bedauert, daß er erst nachträglich dafür eingetreten ist, weshalb es nunmehr höchste Zeit ist, daß der Steiermärkische Landtag hier initiativ vorgeht und bei der Bundesregierung vorstellig wird, um die Bundesregierung zu diesem Schritt anzuregen. Es ist tatsächlich, wie schon heute erklärt wurde, Punkt 12 Uhr.

Wir wehren uns, daß geschäftsordnungswidriger Weise ein solcher Antrag nicht zur Abstimmung kommt und an den Ausschuß verwiesen wird. Ich stelle den Antrag, daß der vorliegende Resolutionsantrag geschäftsordnungsmäßig dahin behandelt wird, daß darüber gemäß § 39 der Geschäftsordnung im Hohen Hause abgestimmt wird.

**Abg. Dr. Kaan:** Abg. Dr. Hueber hat sich in seinem Antrag auf § 39 der Geschäftsordnung gestützt, welcher lautet: „Beschlüßanträge zu einer Vorlage werden nach der letzten Lesung zur Abstimmung gebracht.“ Die letzte Lesung kann erstens nur eine wiederholte Lesung sein und es kann von einer dritten Lesung abgegangen werden. Die Beratung im Ausschuß ist eine einheitliche Sitzung, es kann daher eine zweite Lesung nicht in derselben Sitzung erfolgen. (Abg. DDr. Hueber: „Die dritte Lesung ist die, die zum Beschluß kommt!“) Daher ist die Verfügung des Herrn Präsidenten richtig.

**Präsident:** Ich lasse über diesen Antrag abstimmen und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht). Das ist die Minderheit. Es bleibt bei meiner Verfügung.

Wir kommen zu den

#### „Beschlüßanträgen des Finanzausschusses“.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. Hofmann: Es ist noch zu beschließen das Gesetz Beilage Nr. 86 mit allen Paragraphen und außerdem über die Resolution, die vom Finanzausschuß mit großer Mehrheit angenommen wurde.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir stimmen im Sinne des Berichterstatters über

alle Beschlüßanträge ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Beschlüßanträge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

#### Gesetzestext.

Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatter das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. Hofmann: Das Gesetz liegt Ihnen vor, Änderungen in den Ziffern wurden nicht vorgenommen. Es wäre bloß zu bemerken — und das ist heuer ein Novum —, daß wir keine Gemeindeumlage zu beschließen brauchen, da, wie Ihnen bekannt ist, die Gemeindeumlage in einem eigenen Gesetz beschlossen und dort mit 16% festgelegt wurde. Ich bitte um die unveränderte Annahme der Gesetzesvorlage, Beilage Nr. 86, wie sie Ihnen vorliegt.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Gesetzestext zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Gesetzestext ist angenommen.

Damit haben wir das Gesetz über den Landesvoranschlag für das Jahr 1960 verabschiedet. Mit der Verabschiedung des Voranschlages hat der Landtag wieder eine seiner vornehmsten Aufgaben erledigt. Ich spreche dem Herrn Finanzreferenten Ersten Landeshauptmannstellvertreter Horvatek, den Beamten der Finanzabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für die Sorgfalt, mit der der Voranschlag erstellt wurde, sowie allen Abgeordneten, besonders den Mitgliedern des Finanzausschusses für ihre Bemühungen während der Beratungen über den Landesvoranschlag meinen verbindlichsten Dank aus.

Wir gehen zu den übrigen Tagesordnungspunkten über.

#### 2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 221, betreffend die Bittschrift des ehem. Ausbildungslehrers am Landeskonservatorium, Professor Hugo Kroemer, um gnadenweise rückwirkende Auszahlung des ab 1. 1. 1957 bewilligten a.-o. Versorgungsgenusses für die Zeit vom 1. September 1955 bis 31. Dezember 1956.

Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Gottfried Brandl: Die Einl.-Zahl 221 beinhaltet die Bittschrift des Professors Hugo Kroemer um gnadenweise rückwirkende Auszahlung des ab 1. Jänner 1957 bewilligten a.-o. Versorgungsgenusses für die Zeit vom 1. September 1955 bis 31. Dezember 1956. Prof. Kroemer ist am 31. August 1955 aus dem Dienst ausgeschieden und hat damals eine Abfertigung im Betrage von S 16.363'20 erhalten. Anlässlich seiner Verabschiedung wurde ihm die Gewährung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses in Aussicht gestellt, so daß er es anfänglich nicht für notwendig erachtete, ein Ansuchen um Gewährung eines solchen einzu-

bringen. Über sein sodann am 6. März 1956 vorgelegtes Ansuchen wurde ihm, da er für das Schuljahr 1955—1956 noch die Genehmigung erhalten hatte, die Schüler der Meisterklasse des Landeskonservatoriums gegen eine monatliche Pauschalentschädigung von S 800'— bis zur Abschlußprüfung regelmäßig zu unterrichten, mit Sitzungsbeschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. Dezember 1956 mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1957 ein a.-o. Versorgungsgenuß von 2000 S monatlich brutto bewilligt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Regierungssitzungsbeschlusses vom 16. November 1959 den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„In Abänderung der Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 221, in der alle dem 1. Absatz auf Seite 2 folgenden Absätze sowie der gesamte Text auf Seite 3 zu streichen sind, wird auf Grund des Regierungssitzungsbeschlusses vom 16. November 1959 dem Ansuchen des ehemaligen Ausbildungslehrers für Klavier am Landeskonservatorium, Professor Hugo Kroemer, um rückwirkende Auszahlung des ab 1. Jänner 1957 gewährten außerordentlichen Versorgungsgenusses von 2000 S monatlich für die Zeit vom 1. September 1955 bis 31. Dezember 1956 insofern stattzugeben, als diese rückwirkende Auszahlung des außerordentlichen Versorgungsgenusses von 2000 S monatlich für die Zeit vom 1. August 1956 bis 31. Dezember 1956, d. i. für 5 Monate, in Höhe von insgesamt 10.000 S bewilligt wird.“

Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung am 16. Dezember 1959 mit dieser Vorlage befaßt und ich ersuche das Hohe Haus, der Vorlage in der vom Finanzausschuß abgeänderten Fassung die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

### 3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 308, betreffend den Verkauf von Anteilsrechten der Österr. Draukraftwerke A. G. (ODK) an die Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.G. (Steweag).

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Kaan: Die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 308, berichtet, daß die Steweag an die Landesregierung den Antrag gestellt hat, Nominale 10.700.000 S Österr. Draukraftwerke-Aktien zu erwerben um den dort angegebenen Preis, um die Begünstigungen nach dem Elektrizitätsförderungsgesetz ausnützen zu können. Damit erwirbt die Steweag 25 Millionen S der Aktien der Österr. Draukraftwerke.

Ich beantrage namens des Finanzausschusses, diesem Antrag stattzugeben.

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des

Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

### 4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 311, betreffend den Ankauf des Hauses in Bruck a. d. Mur, Erzherzog-Johann-Straße Nr. 4, zwecks Unterbringung von Personal des Landeskrankenhauses Bruck a. d. Mur.

Berichterstatter ist Abg. Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Gruber: Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311, beinhaltet den Ankauf eines Hauses in Bruck a. d. Mur, Erzherzog-Johann-Straße Nr. 4, um die Bediensteten des Landeskrankenhauses Bruck a. d. Mur unterzubringen.

Die Vorlage wurde im Finanzausschuß behandelt und beschlossen. Ich stelle namens des Finanzausschusses folgenden Antrag:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ankauf des Mietwohnhauses in Bruck a. d. Mur, Erzherzog-Johann-Straße Nr. 4, zum Betrage von 450.000 S zuzüglich Nebenkosten von 40.000 S zwecks Schaffung von Personalwohnräumen für ca. 25 Bedienstete des Landeskrankenhauses Bruck a. d. Mur wird genehmigt. Die Gesamtausgabe von 490.000 S ist überplanmäßig zu Lasten der Post 29,10 zu verrechnen und durch eine gleich hohe Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage zu bedecken.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

### 5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 321, betreffend Felix Schattleitner, definitiven Anstaltsbediensteten i. R., gnadenweise Zuerkennung eines Hilflosenzuschusses von monatlich 300 S ab 1. Mai 1959.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 321, liegt Ihnen vor. Der Finanzausschuß hat sich vor einigen Wochen mit der Vorlage 289 zum selben Gegenstand beschäftigt und sie abgelehnt. In weiterer Folge wurde eine neue Vorlage eingebracht, die dahingehend lautet, dem Anstaltsbediensteten Felix Schattleitner, einem braven Menschen, durch die Gewährung eines gnadenweisen Hilflosenzuschusses tatkräftig unter die Arme zu greifen. Der Antrag lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Dem definitiven Anstaltsbediensteten i. R. Felix Schattleitner wird mit Wirkung vom 1. Mai 1959 gnadenweise ein Hilflosenzuschuß in der Höhe von monatlich 300 S gewährt.“

Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen. Damit erübrigt sich die Regierungsvorlage 289.

**6. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeigen des 2. Landtagspräsidenten Karl Operschall, des Landtagsabgeordneten Dr. Alfred Rainer und des Landtagsabgeordneten Bert Hofbauer gemäß § 22 des Landesverfassungsgesetzes (Einl.-Zahlen 304, 298 und 305).**

Berichterstatter ist Abg. Hans B a m m e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Hoher Landtag! Ich ersuche, dem Antrag, daß der 2. Landtagspräsident Karl Operschall zu seiner Betätigung als Aufsichtsrat der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft, der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Alfred Rainer zu seiner Betätigung als Aufsichtsrat bei der VOST in Linz a. D. und der Herr Landtagsabgeordnete Bert Hofbauer zu seiner Betätigung als Aufsichtsrat bei den Vereinigten Österreichischen Stahlwerken A.G. die Zustimmung erhält, zu genehmigen.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

**7. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Graz um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Hans Bammer wegen eines Verkehrsunfalles (Einl.-Zahl 318).**

Berichterstatter ist Abg. R a u c h. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Rauch:** Hoher Landtag! Das Bezirksgericht für Strafsachen in Graz hat das Präsidium um Genehmigung ersucht, gegen den Landtagsabgeordneten Hans Bammer ein strafgerichtliches Verfahren einzuleiten, weil der Verdacht vorliegt, daß er an einem Verkehrsunfall schuld sei. Der Herr Abg. Bammer hat ersucht, diesem Auslieferungsbegehren stattzugeben. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich am 11. Dezember 1959 mit diesem Auslieferungsbegehren befaßt und stellt folgenden Antrag:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes für Strafsachen in Graz vom 27. November 1959 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Hans Bammer wegen eines Verkehrsunfalles wird über dessen Wunsch stattgegeben.“

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt. Bevor ich die Sitzung schließe, erlaube ich mir, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und des Hohen Hauses, unseren Mitarbeitern und namens des Landtages der ganzen Bevölkerung des Landes gesegnete Weihnachten und viel Glück im kommenden Jahr zu wünschen.

Die nächste Landtagssitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung am 23. Dezember 1959 um 22.15 Uhr.)

**Berichtigung:** Im stenographischen Bericht über die 39. Sitzung des Steiermärkischen Landtages ist auf Seite 670, 2. Spalte, dritte Zeile von unten, die Ziffer 562,946.000 durch die richtige Ziffer 523'2 Millionen Schilling zu ersetzen.